



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

## Der Zerfall der Sowjetunion und das Ende des Kalten Krieges

verfasst von

Clemens Hahn

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2014

Studienkennzahl laut Studienblatt: A 190 482 313

Studienrichtung laut Studienblatt: Lehramtsstudium UF Bewegung und Sport UF Geschichte,  
Sozialkunde und Politische Bildung

Betreuer: Assoz. Prof. Doz. Dr. Bertrand Perz

## **Danksagung**

An dieser Stelle möchte ich mich bei all jenen bedanken, die mich im Laufe meiner Ausbildungszeit und meines Studiums begleitet und unterstützt haben. Das Dankeschön gilt meinen Eltern, Geschwistern, meiner Freundin und meinen Studienkollegen, die über die Jahre hinweg zu engen Freunden wurden.

## Eidesstattliche Erklärung

Hiermit versichere ich,

dass ich die vorliegende Diplomarbeit selbstständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubter Hilfe bedient habe,

dass ich dieses Diplomarbeitsthema bisher weder im In- noch im Ausland als Prüfungsarbeit vorgelegt habe und dass diese Arbeit mit der vom Begutachter beurteilten Arbeit vollständig übereinstimmt.

Wien, 30. Mai 2014



---

# Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort .....	1
1.1 Problemaufriss und Aufbau der Arbeit .....	3
1.2 Begriffsbestimmung und forschungsleitende Fragen.....	6
2. Der Weg in die Konfrontation.....	8
2.1 Das Revolutionsjahr 1917 und die Entstehung der Sowjetunion .....	8
2.2 Die Beziehung zwischen der Sowjetunion und den USA bis 1947 .....	11
3. Der Kalte Krieg im Überblick.....	17
3.1 Die „ideologischen Kriegserklärungen“ .....	18
3.2 Von den Krisen zur Entspannung .....	21
3.3 Von der Entspannung zum „Zweiten Kalten Krieg“ .....	28
4. Der Kalte Krieg und seine offensive Schlussphase .....	38
4.1 Die Sowjetunion schlittert in die Krise .....	41
4.2 Die Ära Gorbatschow: Die zweite russische Revolution .....	48
4.2.1 Der gescheiterte Reformversuch: Perestroika und Glasnost .....	51
4.2.2 Reykjavik und die Welle der Abrüstung.....	60
4.2.3 Von der Breschnew-Doktrin zur „Sinatra-Doktrin“ .....	64
5. Der Transformationsprozess in den Satellitenstaaten .....	69
5.1 Polen und Ungarn lösen den Dominoeffekt aus.....	71
5.2 Die Revolution verselbstständigt sich .....	74
5.3 Der Fall der Berliner Mauer.....	78
5.4 Bilanz des Demokratisierungsprozesses .....	86
6. Ein System kollabiert – der Untergang der Sowjetunion .....	90
7. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen.....	98
8. Anhang .....	117
Literaturverzeichnis .....	117
Abbildungsverzeichnis .....	123
Abkürzungsverzeichnis .....	124
Lebenslauf.....	125

# 1. Vorwort

*„Krieg besteht nicht nur aus großen Schlachten oder Kampfhandlungen, sondern auch aus einer Zeitspanne, in der der Wille, sich zu bekriegen, ausreichend vorhanden ist.“<sup>1</sup>*

(Thomas Hobbes)

Der Kalte Krieg, der Konkurrenzkampf zwischen „Ost“ und „West“, der die internationale Szene nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Zerfall der Sowjetunion 1991 beherrschte, stellt zweifelsohne eine solche Zeitspanne dar, die mit dem eingangs erwähnten Zitat des Philosophen Thomas Hobbes beschrieben wurde. Der Kalte Krieg hatte Zentren und Peripherien. Trotz verschiedener Intensitäten in verschiedenen Gebieten der Erde war es ein globaler Konflikt und viele politische Entscheidungen, die auf dem ersten Blick nichts mit der Systemkonfrontation zu tun hatten, fanden bei näherer Betrachtung doch wieder Anknüpfungspunkte zu dieser weltweiten Auseinandersetzung. Die Schauplätze wechselten von Europa, nach Asien, in den Nahen Osten, Afrika, Lateinamerika und in der Endphase wurden Europa und Osteuropa wieder zu Zentren der Konfrontation.

Deutschland spielte eine bedeutende Rolle im Kalten Krieg. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion befürchteten, dass sich ein vereinigtes und wiedererstarktes Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg der jeweils anderen Seite annähern könnte. Um dies zu verhindern, wurden Deutschland und Berlin geteilt. Über die vier Jahrzehnte des Kalten Krieges wurde dieser Status aufrechterhalten. Mit der Öffnung der Berliner Mauer 1989 und der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 wurden daher wesentliche Schritte zur Beendigung der Konfrontation gesetzt.<sup>2</sup>

Der Kalte Krieg prägte die internationale Politik ab dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Dabei standen sich mit den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zwei Hegemonialmächte gegenüber, die politisch, wirtschaftlich, militärisch und gesellschaftlich in einen Wettstreit traten und dabei versuchten, ihren Einfluss und ihre Vorherrschaft durch die Anziehung und Eingliederung von Bündnispartnern zu stärken. Spätestens mit der Auflösung der Sowjetunion fand dieser alles bestimmende Konflikt 1991 sein Ende. Die Sowjetunion wurde dabei aber nicht von außen her zerstört, sondern brach von innen her zusammen, wie ein morsch gewordenes Konstrukt.<sup>3</sup>

Es gab mehrere Gründe, warum ich mich intensiver mit der Thematik des Kalten Krieges beschäftigen wollte. Ein Grund liegt in meiner Herkunft. Ich bin im nördlichen Niederösterreich (Bezirk Zwettl) aufgewachsen. Aufgrund der geografischen Nähe zur

---

<sup>1</sup> Eric Hobsbawm, Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1995, 286

<sup>2</sup> John Lewis Gaddis, Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte, München 2007, 10

<sup>3</sup> Hans Hecker, Untergang eines Weltreiches. In: Osteuropa, 6 (1992), 465-481, hier 469

ehemaligen tschechoslowakischen Grenze wurde der Fall des Eisernen Vorhanges intensiver thematisiert. Obwohl ich erst im Volksschulalter war, kann ich mich noch daran erinnern, als die Nachricht vom Fall der Berliner Mauer und der Öffnung des Eisernen Vorhangs und verbreitet wurde. Aus heutiger Sicht finde ich es spannend, dass ich bei diesem weltpolitischen Ereignis schon dabei war, auch wenn es für mich noch zu früh kam, um zu verstehen, was hier vor sich ging. Die Tatsache aber, dass ich damals schon „Zeitzeuge“ von diesem Geschehen sein durfte, war mir ein Ansporn, mich näher mit der Thematik rund um das Ende des Kalten Krieges auseinanderzusetzen. Aus heutiger Sicht beeindruckt mich die Tragweite dieses Konflikts: Der Konkurrenzkampf zweier verschiedener Systeme prägte die politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche, militärische und ideologische Entwicklung von Millionen von Menschen – und das über vier Jahrzehnte hinweg. Zwischen 1945 und 1985 fand kein bedeutender Konflikt ohne amerikanische oder sowjetische Beteiligung auf der jeweils anderen Seite statt.<sup>4</sup> Hinzu kommt ein weiteres, zentrales Merkmal dieser Konfrontation: Die andauernde, nukleare Bedrohung, die in der Kubakrise 1962 ihren kritischen Höhepunkt fand.

Letzten Endes finde ich es spannend, dass es im Jahr 1991 aus verschiedenen Gründen zu einer Selbstauflösung der Sowjetunion kam, die am Ende anscheinend nicht mehr aufzuhalten war. Drei Merkmale charakterisieren dieses Ereignis: Der Zerfall kam erstaunlich schnell, verlief angesichts der Dimension erstaunlich gewaltfrei und kam für viele Beobachter ziemlich unerwartet.<sup>5</sup> Lange Zeit versuchte das sowjetische Regime jegliche Anzeichen von Selbstbestimmung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterdrücken – wie dies 1953 in der DDR (Deutsche Demokratische Republik), 1956 in Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei aber auch 1981 in Polen der Fall war. Warum kam es zwischen 1989 und 1991 nicht dazu? Was verursachte diesen beinahe überfallsartigen Zusammenbruch? Wie konnte es sein, dass sich ein nahezu gewaltloser Übergang von einem totalitären System hin zu einer offenen Gesellschaft vollzog, obwohl die Herrschenden im Vollbesitz aller Gewaltmittel waren? Gab die Demokratisierungswelle in Ostmitteleuropa den Ausschlag? Gerieten die von Gorbatschow ins Leben gerufenen Reformprogramme außer Kontrolle? Lag es an den grundlegenden, strukturellen Problemen der Wirtschafts- und Lenkungsmethoden des Staates? Oder sorgte eine amerikanische Politik der Stärke zu Beginn der achtziger Jahre für den entscheidenden Impuls? In der vorliegenden Arbeit wird versucht, diese Fragen zu beantworten und den Zerfallsprozess der Sowjetunion im Kontext des Kalten Krieges zu analysieren.

---

<sup>4</sup> Bernd *Bonwetsch*, Das Ende der Sowjetunion: die untragbare Bürde der Weltmacht. In: Osteuropa, 7 (1992), 551-563, hier 559

<sup>5</sup> Gerhard *Simon*, Nadja *Simon*, Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, München 1993, 10

## 1.1 Problemaufriss und Aufbau der Arbeit

Mit dem Ende der siebziger Jahre endete auch die Phase der Entspannung im Kalten Krieg und der Konflikt ging neuerlich in eine radikalere Phase über. Deshalb wird dieser Abschnitt der Systemkonfrontation von einigen Autoren auch als „Zweiter Kalter Krieg“ bezeichnet.<sup>6</sup> Der Doppelbeschluss der NATO im Jahr 1979 (Plan zur Stationierung und Nachrüstung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa), die expansive sowjetische Außenpolitik in Afrika und der sowjetische Einmarsch in Afghanistan waren deutliche Zeichen, dass der Kalte Krieg wieder an Dynamik gewann. In den Vereinigten Staaten trat 1981 mit dem Republikaner Ronald Reagan ein politischer Hardliner die Nachfolge des Demokraten Jimmy Carter an. Er denunzierte die UdSSR (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken) als „*Reich des Bösen*“ und sprach über den Kommunismus als „*vorrübergehende Verirrung, die eines Tages von der Erde verschwinden wird, weil sie der menschlichen Natur zuwiderläuft*“.<sup>7</sup> Reagan trat mit dem Ziel an, den Kalten Krieg zu beenden und dafür setzte er ein gewaltiges Aufrüstungsprogramm in Gang, welches die Vereinigten Staaten selbst an den Rand der Überschuldung führen sollte.

Währenddessen glich die politische, wirtschaftliche und personelle Situation innerhalb der KPdSU (Kommunistische Partei der Sowjetunion) und der Sowjetunion am Beginn des letzten Jahrzehnts des Kalten Krieges einem Scherbenhaufen. Mit Leonid Breschnew regierte ein Generalsekretär, der seit seinem Schlaganfall von 1976 schwer gezeichnet und nicht mehr regierungsfähig war. Seine Ära galt als Zeit der politischen und ökonomischen Stagnation: Unter ihm erreichte das Durchschnittsalter der Mitglieder des Politbüros über 70 Jahre. Die KPdSU war in den letzten Jahren der Breschnew-Ära nahezu handlungsunfähig. Innenpolitische Probleme wurden beschönigt, oder unter den Teppich gekehrt, wirtschaftliche Bilanzen wurden gefälscht und aufpoliert. Die sowjetische Wirtschaft war am Boden. Die Wachstumsraten tendierten gegen Null und die Bevölkerung kämpfte gegen den sinkenden Lebensstandard.<sup>8</sup>

Die außenpolitische Situation hatte sich nach dem Einmarsch in Afghanistan radikal verschlechtert: Der Krieg isolierte das Land politisch und mit dem einhergehenden Ende der Entspannungspolitik setzte eine neue Runde der Aufrüstung ein, welche die Vereinigten Staaten beinahe und die UdSSR gänzlich überforderte. Der Versuch der Sowjetunion, Rüstungsparität mit den Vereinigten Staaten zu halten, stürzte die finanziell angeschlagene Union endgültig in den Ruin. Die Sowjetunion sah sich immer deutlicher mit jenem Problem konfrontiert, das wesentlich zum Zerfall beitragen sollte: Der

---

<sup>6</sup> Hannes Adomeit, Die Wellen der Détente. Entspannungspolitik in den siebziger und achtziger Jahren. In: Dierk Walter (Hg.), Krisen im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg, Hamburg 2008, 215-221, hier 215

<sup>7</sup> Gaddis, Der Kalte Krieg, 270

<sup>8</sup> Bernd Stöver, Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947-1991, München 2007, 437

permanenten Überforderung der wirtschaftlichen Möglichkeiten durch den angestrebten Weltmachtstatus.<sup>9</sup> Der elfte Fünfjahresplan von 1981-1985 „bezeichnete ein historisches Tief in der Geschichte der Sowjetunion“.<sup>10</sup>

Am 10. November 1982 verstarb Leonid Breschnew und Juri Andropow übernahm die Regierungsgeschäfte. Dieser war zum Zeitpunkt seiner Wahl schon 68 Jahre alt und damit der älteste bestellte Generalsekretär in der Geschichte der UdSSR. Nicht einmal zwei Jahre nach Breschnews Tod verstarb Andropow am 9. Februar 1984. Mit Konstantin Tschernenko kam erneut ein konservativer und noch älterer Parteichef an die Spitze der KPdSU. Seine Regierungszeit war noch kürzer: Tschernenko starb im März 1985 und hinterließ erneut eine Lücke an der Parteispitze. Diese wurde im April 1985 vom 52-jährigen und vergleichsweise jungen Michael Gorbatschow geschlossen.<sup>11</sup> Als er sein Amt antrat, konnte er noch nicht ahnen, dass er der letzte Generalsekretär der Sowjetunion sein sollte. Geleitet von der Erkenntnis, dass Veränderungen für den Fortbestand der Sowjetunion unausweichlich sein würden, rief er ein Reformprogramm – Perestrojka (Umgestaltung) und Glasnost (Transparenz, Offenheit) – ins Leben, um die zunehmend kritische Lage im Staat zu stabilisieren und den Sozialismus, die KPdSU und die Union zu retten.

Im Laufe seiner sechsjährigen Amtszeit wurde jedoch immer deutlicher, dass mit dem eingeschlagenen Weg zwar das alte System demontiert, aber kein neues System aufgebaut werden konnte. Ab dem Jahr 1989 nahm die sowjetische Tragödie ihren Lauf: Die KPdSU verlor zunehmend ihre Legitimation als zentrale Staatsmacht, die Wirtschaftskrise schritt voran, zentrifugale Kräfte stellten das Reich vor die Zerreißprobe, die kommunistischen Regime in Polen, Ungarn, der DDR, der Tschechoslowakei, in Bulgarien und in Rumänien stürzten ein und die Stützen des Eisernen Vorhangs wurden rostig. Angesichts dieser Ereignisse erklärte Gorbatschow bereits beim Gipfeltreffen 1989 in Malta das „Zeitalter der Konfrontationen“, den Kalten Krieg, für beendet.<sup>12</sup> Nachdem sich die Staaten Osteuropas ihrer kommunistischen Regime entledigt hatten, war auch die Emanzipationsbewegung innerhalb der UdSSR nicht mehr zu bremsen. Alle 15 Teilrepubliken der Union erklärten sich bis zum Jahresende 1990 für unabhängig.

Nach dem missglückten Putschversuch gegen Gorbatschow im August 1991 trat dieser als Generalsekretär der KPdSU zurück. Boris Jelzin, das erste demokratisch gewählte Staatsoberhaupt Russlands, setzte am 8. Dezember 1991 den Unionsvertrag außer Kraft

---

<sup>9</sup> Bernd *Bonwetsch*, Das Ende der Sowjetunion: die untragbare Bürde der Weltmacht. In: Osteuropa, 7 (1992), 551-563, hier 555

<sup>10</sup> Gerhard *Simon*, Nadja *Simon*, Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, München 1993, 17

<sup>11</sup> *Stöver*, Der Kalte Krieg, 437f

<sup>12</sup> Helmut *Altrichter*, Russland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums, München 2009, 9

und rief am 21. Dezember die „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“ (GUS) aus. Vier Tage später trat Michael Gorbatschow auch vom Amt als Staatspräsident der UdSSR zurück. Am 31. Dezember 1991 endete die Ära der Sowjetunion – fast genau 69 Jahre nach ihrer Gründung. Spätestens mit dem Zusammenbruch der UdSSR erreichte auch der Kalte Krieg, der 1947 offiziell erklärt wurde, sein Ende.<sup>13</sup> Am letzten Tag des Jahres 1991 verschwand ein Staat von gewaltiger Dimension. Damit endete auch ein politisches, wirtschaftliches, militärisches und ideologisches System. Die Sowjetunion zerfiel nicht in Folge von kriegerischen Auseinandersetzungen. Aufgrund von inneren und äußeren Ursachen, die in der vorliegenden Arbeit erläutert werden, war Gorbatschow nicht mehr im Stande, den Fortbestand der Union zu sichern.<sup>14</sup>

Diese letzte Phase des Kalten Krieges stellt den Kern der vorliegenden Arbeit dar. Um das Ende eines Prozesses zu erklären, erscheint es aber auch sinnvoll, den Anfang zu beleuchten. Daher soll die Ereignisgeschichte kurz, aber doch rekonstruiert werden. Zu diesem Zweck möchte ich zunächst auf die Entstehung der Sowjetunion eingehen und den Weg hin zum Konflikt des Kalten Krieges beschreiben. In der Folge wird ein Überblick über die Systemkonfrontation, die von Krisen und Entspannungsphasen gekennzeichnet war, gegeben, um dann das Hauptaugenmerk auf die letzte Dekade des Kalten Krieges zu legen.

Dabei sollen die (schon länger vorhandenen) Probleme der Sowjetunion im Verlauf der achtziger Jahre beleuchtet und die Rolle Michael Gorbatschows hinterfragt werden – sowohl was den Zusammenbruch der UdSSR, als auch die Beendigung des Kalten Krieges betrifft. Darüber hinaus wird der Demokratisierungsprozess der ostmitteleuropäischen Staaten dargestellt und deren Einfluss in Bezug auf das Ende des Kalten Krieges analysiert. Im weiteren Verlauf werden der Fall der Berliner Mauer, das Ende der DDR und die Bedeutung der deutschen Wiedervereinigung behandelt. Im Schlusskapitel wird der Zerfallsprozess der Sowjetunion bis hin zur offiziellen Auflösung am 31. Dezember 1991 dargestellt und die Relevanz dieses Ereignisses in Hinblick auf die Beendigung des Kalten Krieges analysiert.

Die methodische Herangehensweise zur Beantwortung der Fragestellungen erfolgt hermeneutisch. Nach der Literaturrecherche und Literaturverarbeitung kommt es zur Interpretation und zum neuen Verständnis der Thematik. Darüber hinaus sollen eventuell gegensätzliche Thesen der Forschungsliteratur miteinander verglichen werden.

---

<sup>13</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 462

<sup>14</sup> Hecker, Untergang eines Weltreiches, 469

## 1.2 Begriffsbestimmung und forschungsleitende Fragen

Der Begriff des Kalten Krieges stammt vom Journalisten Herbert B. Swope. In Zusammenarbeit mit Bernard M. Baruch, dem Berater verschiedener US-Präsidenten, prägte er 1946 diesen Begriff der 1947 vom bekannten Journalisten Walter Lippmann in der Broschüre „The Cold War“ veröffentlicht wurde.<sup>15</sup>

Die Formel vom Kalten Krieg ist zwar bekannt und gebräuchlich, allein die große Menge an verschiedenen Definitionen und Erklärungsmodellen zeigt jedoch, wie schwer es ist, diesen Konflikt in wenigen Worten zu beschreiben. In den folgenden Zeilen wird versucht, die Dimension, Tragweite und Vielfalt dieses Konflikts knapp darzustellen.

Der Kalte Krieg verfügte über folgende Charakteristika: Er kann als einheitliche Epoche betrachtet werden, doch die Konfrontation weist verschiedene Intensitäten zu verschiedenen Zeitpunkten an verschiedenen Schauplätzen auf. Er wurde global, regional und lokal geführt. Der Kalte Krieg stellte eine eigene, radikale Phase innerhalb der Ost-West-Konfrontation dar, die nach gängigen Definitionen bereits 1917 begann. Der Kalte Krieg war ein permanenter „Nicht-Frieden“ verbunden mit einer noch nie dagewesenen nuklearen Aufrüstung. Vor allem diese atomare Bedrohung galt als ein Spezifikum des Kalten Krieges. Die Auseinandersetzung war ein globales Phänomen und war von einer politisch-ideologischen, technologischen, wissenschaftlichen, ökonomischen, kulturell-sozialen und militärischen Konkurrenz gekennzeichnet. Der Kalte Krieg war einerseits ein bipolarer Konflikt, der durch die gegensätzlichen und unvereinbaren Positionen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gekennzeichnet war. Vor allem die militärische Macht der beiden Hauptkontrahenten, verbunden mit der Blockbildung durch NATO und Warschauer Pakt, spricht für die Bipolarität des Kalten Krieges. Doch es gab auch eine multipolare Komponente: China entwickelte sich als sekundäre Macht und die blockfreie Bewegung etablierte sich als eigener Pol der Weltpolitik. Darüber hinaus kristallisierten sich weitere Subsysteme des Kalten Krieges heraus, die man in private, nationale oder supranationale Bewegungen zusammenfassen kann (Lobby-Gruppen der „Dritten Welt“, NGO's, Religionsgemeinschaften, Menschenrechts- und Umweltorganisationen).<sup>16</sup>

An dieser Stelle möchte ich darauf verweisen, dass die Begriffe Ost-West-Konflikt und Systemkonkurrenz in der vorliegenden Arbeit als Synonyme für den Kalten Krieg verwendet werden. Mit dem Begriff „Ostblock“ werden jene Länder bezeichnet, die unter

---

<sup>15</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 11

<sup>16</sup> Ebd., 19-26

dem Einfluss der Sowjetunion standen. Als Osteuropa wird im weitesten Sinne jener Bereich Europas östlich der deutschen und italienischen Sprachgrenze bezeichnet.<sup>17</sup>

Die vorliegende Arbeit nimmt die folgenden forschungsleitenden Fragen in den Fokus: Welche Ursachen und Ereignisse führten zum Zusammenbruch der Sowjetunion? Welche Ereignisse und politischen Entscheidungen waren für die Beendigung des Kalten Krieges ausschlaggebend? In diesem Zusammenhang wird die zentrale These überprüft, ob das Ende des Kalten Krieges mit dem Zerfall der Sowjetunion gleichgesetzt werden kann – so wie im der Titel der Arbeit behauptet wird – oder nicht. Schlussendlich wird noch die Rolle Michael Gorbatschows in diesem Prozess erläutert. Dabei wird der Frage nachgegangen, was seine politische Absicht war. War der Zerfallsprozess der UdSSR eine von Gorbatschow eingeleitete Revolution „von oben“, eine Revolution „von unten“ (aus der Gesellschaft heraus), oder eine in sich übergreifende Entwicklung? Wollte er tatsächlich die Demokratisierung Osteuropas und der UdSSR vorantreiben und den Kalten Krieg beenden, oder verlor er am Ende lediglich die Kontrolle über seine ins Leben gerufene Politik der Liberalisierung?

---

<sup>17</sup> Hans *Lemberg*, Osteuropa, Mitteleuropa, Europa. Formen und Probleme der „Rückkehr nach Europa“. In: Jürgen *Elvert* (Hg.), Der Umbruch in Osteuropa, Stuttgart 1993, 15-28, hier 18

## 2. Der Weg in die Konfrontation

In diesem Kapitel wird zunächst das Revolutionsjahr 1917 in Russland mit der Machtübernahme Lenins beschrieben, an dessen Ende – nach dem Russischen Bürgerkrieg – die Gründung der UdSSR (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken) stand. Im zweiten Teil soll überblicksartig die Beziehung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion dargestellt werden. Dabei soll gezeigt werden, wie und warum man aus der anfänglichen Kooperation im Zweiten Weltkrieg (der „Großen Allianz“) schrittweise in die Konfrontation schlitterte, bis man sich im Jahr 1947 im Kalten Krieg gegenüberstand.

### 2.1 Das Revolutionsjahr 1917 und die Entstehung der Sowjetunion

Durch die Februarrevolution von 1917 wurde die verhasste Zarenherrschaft in Russland endgültig beendet. Die Proteste der Arbeiter in St. Petersburg lösten eine Massenbewegung mit ungeahnter Durchschlagskraft aus. Zwei wichtige Faktoren waren dabei für den Erfolg ausschlaggebend: Zum einen verwandelte die Solidarisierung der Soldaten mit den Aufständischen den Protest in eine Revolution, zum anderen agierten die staatlichen Machthaber vor Ort hilflos. Die Strukturkrise Russlands, die Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung gepaart mit Hunger und Existenzkampf ließen darüber hinaus jene gesellschaftlichen Spannungen wieder aufbrechen, die durch den Beginn des Ersten Weltkrieges nochmals überdeckt werden konnten. Von der Februarrevolution bis zum Oktober 1917 erfuhr Russland mehr Freiheit als je zuvor. Bis zum Jahr 1992 waren dies die einzigen Monate, wo sich die Demokratie entfalten konnte. Doch der neuen Ordnung fehlte es an Stabilität und Durchsetzungskraft, die ersehnte Freiheit war nur ein kurzes Interregnum. Die Doppelherrschaft zwischen der Provisorischen Regierung unter Alexander Kerenskij und den Arbeiter- und Soldatenräten war nicht im Stande, die sozialen und politischen Probleme des Landes zu lösen. Hildermeier führt die These an, dass das Ende der Monarchie die gesellschaftliche Polarisierung nicht beseitigt, sondern nur verändert habe.<sup>18</sup>

Zwischen März und Oktober 1917<sup>19</sup> gab es in Hinblick auf wirtschaftliche oder gesellschaftliche Fragen immer wieder Auseinandersetzungen zwischen den beiden Machtzentren Russlands. Die radikale Fraktion der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die Bolschewiki, unternahm unter deren Führer Wladimir Iljitsch Lenin im

---

<sup>18</sup> Manfred Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998, 63f

<sup>19</sup> Datierungen beziehen auf den julianischen Kalender, der in Russland bis 1918 gültig war. Der gregorianische Kalender weicht um 13 Tage ab

Juli 1917 einen ersten Putschversuch, der allerdings scheiterte. Lenin wurde hierfür mit Hilfe der deutschen Militärführung in einem versiegelten Eisenbahnwagen von seinem Schweizer Exil über Deutschland, Schweden und Finnland nach St. Petersburg gebracht, in der Hoffnung, er würde eine Revolution anzetteln, die Russland aus dem Krieg austreten lassen könnte. Nach dem gescheiterten Putschversuch musste Lenin erneut kurzzeitig fliehen, doch schon im Oktober sollte der Umsturz gelingen.<sup>20</sup>

Der bolschewistischen Spitze gelang es, das am 16. Oktober geschaffene Militär-Revolutionäre Komitee (VRK) unter ihre Führung zu bringen und es für den Sturz der Regierung zu nützen. Am 25. Oktober um zwei Uhr morgens besetzten Soldaten des VRK die wichtigsten zentralen Einrichtungen in St. Petersburg: den Bahnhof für die Strecke nach Moskau, das Elektrizitätswerk, Post- und Telegrafenamts, die Staatsbank und die wichtigsten Brücken. Damit wurde der Machtwechsel kampflos und ohne Blutvergießen vollzogen, Ministerpräsident Kerenskji floh in einem Auto in die amerikanische Botschaft. In der Folge wurde der Winterpalast von der Roten Garde besetzt, die Regierung zur Kapitulation gezwungen und das Kabinett in den Morgenstunden des 26. Oktobers verhaftet. Es wurde zur berühmten Phrase, dass die politische Macht Russlands im Oktober auf der Straße lag und dass es ein leichtes war, sie aufzulesen. Die Bewährungsprobe stand den Bolschewiki aber noch bevor: Der Umsturz erfolgte ohne großen Widerstand, die Sicherung der Macht gestaltete sich aber schwieriger.<sup>21</sup>

Nach den beiden gescheiterten Revolutionen – jener von 1905 und der Februarrevolution 1917 – stellte die Oktoberrevolution 1917 laut Meissner einen historischen Wendepunkt dar. Es erfolgte eine tiefgreifende Umwälzung der Staats- und Gesellschaftsordnung. Lenin und Trotzki verstanden es, die Friedenssehnsucht der Volksmassen und die revolutionäre Stimmung für die Umsetzung ihrer Ziele zu nutzen. Lenin ließ die Konstituierende Versammlung auflösen, damit wurde die bolschewistische Machtergreifung abgeschlossen und die Minderheitsdiktatur gefestigt. Der Charakter des Einparteienstaates war hergestellt. Doch daraufhin formierte sich eine Widerstandsbewegung gegen die bolschewistische Machtergreifung, ein Bürgerkrieg war die Folge. Eine Opposition aus Monarchisten, Bürgerlichen und gemäßigten Sozialisten – die „Weißen“ – kämpften gegen die von Trotzki organisierte Rote Armee, die sich nach anfänglichen Rückschlägen durchsetzte. Neben dem Bürgerkrieg im Land sorgte auch der harte Frieden von Brest-Litowsk für einen herben Rückschlag. Er bedeutete für Russland den Verlust von Polen, Finnland, den baltischen Ländern und der Ukraine.<sup>22</sup>

---

<sup>20</sup> Daniel Marc Segesser, *Der Erste Weltkrieg in globaler Perspektive*, Wiesbaden 2010, 182-184

<sup>21</sup> *Hildemeier*, *Geschichte der Sowjetunion 1917-1991*, 105-117

<sup>22</sup> Boris Meissner, *Die Sowjetunion im Umbruch. Historische Hintergründe, Ziele und Grenzen der Reformpolitik Gorbatschows*, Stuttgart 1989, 15-19

Der Bürgerkrieg gilt als eines der verheerendsten Ereignisse der russischen Geschichte. Die Revolution und der Bürgerkrieg forderten neun bis zehn Millionen Menschenleben, das Land war verwüstet, die Gesellschaft gespalten, etwa zwei Millionen Menschen flüchteten. Das bolschewistische Regime konnte sich Dank der militärischen Überlegenheit durchsetzen, der „Kriegskommunismus“ siegte, der Triumph wurde jedoch teuer erkaufte.<sup>23</sup>

Als es darum ging, den Vielvölkerstaat zu organisieren, griff Lenin zunächst auf das Prinzip des Föderalismus zurück. 1918 wurde Russland zur Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) ernannt. Die peripheren Republiken blieben zunächst formal unabhängig und waren durch Militärallianzen und Wirtschaftsabkommen mit Russland verbunden. Am 30. Dezember 1922 wurden die von den Bolschewiki kontrollierten Gebiete dann in einem föderalistischen Bundesstaat zusammengefasst – die UdSSR (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken) wurde gegründet. 1936 wurde die Union durch die Stalin-Verfassung dann in elf Sowjetrepubliken strukturiert (Russland, Ukraine, Weißrussland, Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Usbekistan, Turkmenistan, Tadschikistan, Kasachstan, Kirgisien). Trotz dieser Unionsgründung behielt das russische Reich dennoch den Charakter eines Vielvölkerstaates.<sup>24</sup>

Laut Hobsbawm bestand die außergewöhnliche Leistung Lenins darin, dass er die unkontrollierte, revolutionäre Stimmung im Land auf die bolschewistische Ideologie transformieren konnte. Er erkannte die Sehnsucht nach „Brot, Frieden und Land“ und schaffte es, die kleine Gruppe von wenigen tausend Bolschewiken innerhalb kurzer Zeit – von März 1917 bis zum Sommer desselben Jahres – auf eine Mitgliederzahl von einer Viertelmillion auszubauen. Aus der Oktoberrevolution in Russland ging in der Folge die gewaltigste Revolutionsbewegung der modernen Geschichte hervor. Die Herrschaft der kommunistischen Partei dehnte sich auf ein Drittel der Menschheit aus. Die Oktoberrevolution sollte Russland nicht zu Freiheit und Sozialismus verhelfen, sondern die proletarische Revolution in der Welt vorantreiben.<sup>25</sup>

Die Bedingungen für eine sozialistische Revolution waren in Russland – einem Agrarland mit Armut, Existenzkampf, Rückständigkeit – jedoch nicht gegeben. Daher wollten die marxistischen Revolutionäre die Revolution nach dem Ersten Weltkrieg auf andere, fortgeschrittene, Länder ausbreiten. Und dieses Ziel war angesichts des politischen

---

<sup>23</sup> *Hildemeier*, Geschichte der Sowjetunion 1917-1991, 155

<sup>24</sup> *Andreas Kappeler*, Russland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Zerfall, München 1992, 301f

<sup>25</sup> *Eric Hobsbawm*, Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1995, 80f

Zusammenbruchs nach Kriegsende in den besiegten Ländern und der dortigen Sehnsucht nach Frieden keine Illusion.<sup>26</sup>

## **2.2 Die Beziehung zwischen der Sowjetunion und den USA bis 1947**

Der ideologische Gegensatz zwischen den USA und Russland unterliegt einer langen Tradition und ließe sich bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen. Intensiviert haben sich die Spannungen besonders ab der Oktoberrevolution 1917. Davon zeugt auch das Friedensprogramm des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson. Seine „Vierzehn Punkte“, die er im Jänner 1918 veröffentlichte, stellen ein Konzept des Westens gegen das Regime der Bolschewiken und die „Diktatur des Proletariats“ dar. Ein erster Ansatz zur Blockbildung, beziehungsweise ein „Freund-Feind-Schema“, wurde auch erkennbar, als die westlichen Alliierten (besonders Frankreich, Großbritannien und die USA) im russischen Bürgerkrieg die antikommunistischen „Weißen Truppen“ im Kampf gegen die Bolschewiken unterstützten. Dies gipfelte im sogenannten „Lettischen Komplott“, als der britische Geheimdienst MI 6 und lettische Wachmannschaften 1918 den Versuch unternahm, Lenin und Trotzki zu ermorden.<sup>27</sup>

In den zwanziger Jahren konzentrierte sich die Sowjetunion auf den Aufbau diplomatischer Beziehungen in Europa. Während die versuchte Annäherung zu Frankreich und England scheiterte, wurden mit Deutschland und dem Vertrag von Rapallo 1922 diplomatische Beziehungen aufgenommen. Später resultierte daraus auch militärische Zusammenarbeit, was die Distanz anderer Länder gegenüber der UdSSR verstärkte. Darüber hinaus sorgte die von Lenins Nachfolger Stalin propagierte sowjetische Vorreiterrolle für die Weltrevolution im Westen für tiefes Misstrauen gegenüber der Sowjetunion. Zur 1922 gegründeten UdSSR wurden von amerikanischer Seite erst unter Franklin D. Roosevelt im Jahr 1933 diplomatische Beziehungen aufgenommen. Die Gründe dafür erläuterte zuvor schon Präsident Wilson in einem Memorandum, wo er anmerkte, dass die Vereinigten Staaten die Machthaber des russischen Regimes nicht als Regierung anerkennen werden. Diese politische Linie wurde ab 1921 auch von Wilsons Nachfolgern Harding, Coolidge und Hoover fortgesetzt.<sup>28</sup>

Doch mit dem Amtsantritt des neuen US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt 1933 wurde ein neuer Weg in der amerikanischen Außenpolitik eingeschlagen. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern versuchte Roosevelt, Amerika aus der isolierten Rolle der zwanziger Jahre wieder mehr und mehr herauszuführen. Nach Verhandlungen mit Maxim Litwinow

---

<sup>26</sup> Eric Hobsbawm, Zeitalter der Extreme, 85f

<sup>27</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 29f

<sup>28</sup> Ebd., 29-32

(Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR) gelang im Herbst 1933 der Abschluss der Verhandlungen und die offizielle Anerkennung der Sowjetunion durch die USA. Für die UdSSR war die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu den USA ein großer Erfolg. Litwinow merkte gegenüber Roosevelt seine Hoffnungen an, dass die Beziehung zwischen den Völkern Russlands und Amerikas für immer freundschaftlich bleiben mögen und dass beide Nationen für die Erhaltung des Weltfriedens zusammenarbeiten mögen.<sup>29</sup>

Die Annäherung zwischen den beiden Weltmächten verlief also zögerlich. Gaddis verweist auf die tiefliegenden historischen Gegensätze der beiden Supermächte, die sich ab 1947 im Kalten Krieg gegenüberstanden. Beide Länder sind jeweils aus Revolutionen unterschiedlicher Ideologien entstanden. Die Gründungsväter der Vereinigten Staaten waren der Ansicht, dass Freiheit und Gerechtigkeit nur durch Einschränkung der politischen Macht zu gewährleisten ist. Trotz aller Schwierigkeiten im Verlauf ihrer Geschichte (Sklaverei, Rassendiskriminierung, etc.) lebten die Bürger der Vereinigten Staaten zu Beginn des Kalten Krieges wohl in einer der freiesten Gesellschaften der Welt.<sup>30</sup>

Im Gegensatz dazu ist die vergleichsweise kurz zurückliegende Revolution der Bolschewiken auf eine Ballung von Macht zurückzuführen, die es möglich machte, Klassenfeinde zu besiegen und ein Fundament aufzubauen, von dem aus sich die proletarische Revolution verbreiten lässt. Durch die Oktoberrevolution 1917 kam Wladimir Iljitsch Lenin an die Macht und stülpte dem agrarisch geprägten Land die Ideologie des Marxismus über. Dies widersprach allerdings der Theorie von Marx, dass die Revolution nur in einer fortgeschrittenen Industriegesellschaft ausbrechen könne. Lenins Nachfolger Stalin versuchte dies dadurch zu lösen, indem er den Umbau zu einem industrialisierten Land ohne jede Freiheit vorantrieb. Gegenüber der weitgehend freien Gesellschaft der USA war die UdSSR am Ende des Zweiten Weltkriegs das autoritärste Land der Welt.<sup>31</sup>

Bis zum Zweiten Weltkrieg blieben die Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR insgesamt schwach. In den dreißiger Jahren – der sogenannten „Roten Dekade“ – gab es in den USA zwar eine intellektuelle Begeisterung für kommunistisches und sozialistisches Ideengut, überwiegend herrschte in den Vereinigten Staaten aber eine antikommunistische Grundstimmung. Grundlegend verändert hat sich das russisch-amerikanische Verhältnis 1941, als die deutsche Wehrmacht die Sowjetunion angriff. Hitler galt als der gemeinsame und größere Feind und so entstand mit der Anti-Hitler-

---

<sup>29</sup> Nolte, Deutschland und der Kalte Krieg, 96f

<sup>30</sup> John Lewis Gaddis, Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte, München 2007, 20

<sup>31</sup> Gaddis, Der Kalte Krieg, 18-21

Koalition ein „unnatürliches Bündnis“ zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten. Ab Juli 1941 überrannte die deutsche Wehrmacht die Rote Armee und stand im Oktober bereits vor Moskau. Um einen Zusammenbruch der UdSSR (und Hitlers Vormarsch) zu verhindern lieferten die USA bis Ende 1941 etwa 350.000 Tonnen Hilfsgüter in die Sowjetunion. Später wurde bekannt, dass Stalin den enormen Umfang dieser Hilfslieferungen gegenüber der Bevölkerung bewusst verschwiegen hat. Dies sorgte für ein zusätzliches Ärgernis im ohnehin angespannten russisch-amerikanischen Verhältnis.<sup>32</sup>

Diesem unnatürlichen Bündnis der Anti-Hitler-Koalition traten 1941 auch die Briten unter Winston Churchill bei. Trotz der schwerwiegenden politisch-ideologischen Gegensätze (vor allem Churchills) mit dem sowjetischen Diktator Stalin, war es das größere, gemeinsame Ziel, Hitler zu stoppen. Wenige Tage vor dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor erklärte Churchill, dass die deutsche Gefahr ein für alle Mal zu beseitigen sei. Doch in den letzten Kriegsjahren zeigten verschiedenste Vorfälle bereits die Schwierigkeiten dieser Koalition auf. Besonders bei der Befreiung Polens wurden die Probleme zwischen westlichen und sowjetischen Interessen deutlich. Als sich die polnische Untergrundarmee im August 1944 in Warschau den deutschen Truppen entgegenstellte untersagte Stalin der Roten Armee bewusst jegliche Unterstützung der Aufständischen, bis die polnische Revolte im Oktober endgültig niedergeschlagen wurde. Auch Hilfestellungen der Westalliierten wurden von Stalin bewusst blockiert. Er fürchtete eine Stärkung der polnischen Widerstandsbewegung, die seine geplante Nachkriegsordnung und die Annexion Polens gefährden hätte können.<sup>33</sup>

Ein weiterer Streitpunkt war die vom Westen misstrauisch betrachtete Organisation der „Komintern“ (Kommunistische Internationale). Diese politische Organisation wurde 1919 unter Lenin gegründet. Sie war ein internationaler Zusammenschluss der kommunistischen Parteien und sollte die proletarische Weltrevolution vorantreiben. Stalin kündigte 1943 gegenüber seinen Verbündeten die Auflösung der Komintern an. Tatsächlich erfolgte die als großes Zugeständnis gegenüber dem Westen erklärte Auflösung aber nicht. Die Komintern blieb als unscheinbare „Abteilung für Internationale Information“ innerhalb der KPdSU (Kommunistische Partei der Sowjetunion) bestehen. 1947 entstand daraus die Nachfolgeorganisation „Kominform“ (Kommunistisches Informationsbüro).<sup>34</sup>

---

<sup>32</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 33-36

<sup>33</sup> Ebd., 36-42

<sup>34</sup> Ebd., 40f

Bei der Konferenz von Jalta im Februar 1945 unterschrieb Stalin die „Erklärung über das befreite Europa“. Damit bestätigte er nochmals die zuvor zugesicherten Prinzipien der Atlantik-Charta: Das bedeutete ein Selbstbestimmungsrecht der Völker mit freier Wahl der Regierungsform und Ablehnung von Annexion. Doch auch diese Zusage wurde von Stalin gebrochen. Die sowjetische Besetzung Ostmitteleuropas nach dem Zweiten Weltkrieg und die Abkehr von der Jalta-Deklaration wurden zu zentralen Gründen für das Zerwürfnis zwischen den Bündnispartnern. In Rumänien, Bulgarien, Ungarn und der Tschechoslowakei wurde die Sowjetisierung und Gleichschaltung unter Stalin nach dem Zweiten Weltkrieg mit Härte vorangetrieben.<sup>35</sup>

Mit dem Selbstmord Adolf Hitlers am 30. April 1945 und der Kapitulation Deutschlands am 8. Mai wurde eines deutlich: Der Zweite Weltkrieg wurde von einem „unnatürlichen Bündnis“ gewonnen und die Hauptpartner dieser Allianz befanden sich – zumindest ideologisch und geopolitisch – bereits miteinander im Krieg. Zwei unvereinbare Systeme verfolgten ein größeres, gemeinsames Ziel: Die Niederschlagung Nazi-Deutschlands. Mit dem Erreichen des Ziels waren die Gemeinsamkeiten aber am Ende. Für diesen Sieg musste vor allem die Sowjetunion einen hohen Preis zahlen. Schätzungen gehen davon aus, dass 27 Millionen Sowjetbürger durch Kriegseinwirkung ihr Leben lassen mussten. Das sind etwa neunzigmal mehr, als auf amerikanischer Seite. Dennoch gab es in dieser schwierigen Situation auch Vorteile für die Sowjetunion. Mit Stalin hatten die Sowjets seit 1929 einen erprobten Führer, während in den USA nach dem Tod Roosevelts im April 1945 der unerfahrene Vizepräsident Harry S. Truman das höchste Amt im Staat übernahm. Darüber hinaus fand die kommunistische Ideologie in Europa breite Zustimmung, da der Widerstand gegen die Nationalsozialisten überwiegend von Kommunisten organisiert wurde. Außerdem hatte man durch den hart erkämpften Sieg der Roten Armee über Hitler auch moralischen Anspruch und Mitspracherecht bei der Gestaltung der Nachkriegsordnung. Ob die Zukunft nach 1945 daher dem autoritären Kommunismus oder dem demokratischen Kapitalismus gehören sollte, war zunächst nicht so einfach zu beantworten. Vor allem das besiegte Deutschland stellte nach dem Zweiten Weltkrieg so etwas wie das Zünglein an der Waage dar. Die beiden Supermächte hatten die Befürchtung, dass sich ein wiedererstarktes Deutschland der jeweils anderen Seite annähern könnte – darum war die deutsche Teilung bis zum Ende des Kalten Krieges aktuell. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands wurde deshalb auch ein zentraler Schritt zur Beendigung des Kalten Krieges gesetzt.<sup>36</sup>

---

<sup>35</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 33-40

<sup>36</sup> Gaddis, Der Kalte Krieg, 10-22

Die amerikanischen, britischen und sowjetischen Vorstellungen über die Nachkriegsordnung waren nur schwer vereinbar. Stalin forderte aufgrund der enormen sowjetischen Verluste im Zweiten Weltkrieg große Entschädigungen. Die Sowjetunion sollte jene Gebiete wiederbekommen, die sie im Krieg an Deutschland verloren hatte und darüber hinaus jene Gebiete behalten dürfen, die sie durch den Nichtangriffspakt mit Hitler 1939 zugesprochen bekam – die drei baltischen Staaten, Teile von Finnland, Polen und Rumänien. Doch Stalin brauchte nach Kriegsende Sicherheit und das angloamerikanische Wohlwollen, ansonsten wären seine Vorstellungen nicht umsetzbar gewesen. Auch Roosevelt und Churchill trachteten nach Sicherheit und versuchten gemeinsam mit Stalin die unterschiedlichen Vorstellungen über die Nachkriegsordnung in Einklang zu bringen. Doch schon bald zeigte sich die Unvereinbarkeit der unterschiedlichen Ansprüche. Roosevelt und Churchill forderten Stalin auf, in Osteuropa freie Wahlen zuzulassen. Nach seiner Zusage bei der Konferenz von Jalta wich er später aber wieder davon ab. Wahlen wurden teilweise manipuliert und Stalin zwang Polen eine sowjethörige Regierung auf. Roosevelt erklärte kurz vor seinem Tod enttäuscht, dass Stalin jedes seiner Versprechen von Jalta gebrochen hatte.<sup>37</sup>

Während Roosevelt am Ende des Zweiten Weltkrieges noch die Vorstellung hatte, dass die USA und die Sowjetunion künftig in einen friedlichen Wettbewerb treten werden, so wurde das Verhältnis spätestens nach der Konferenz von Jalta im Februar 1945 schlechter. Stalins vorgehen – „Säuberungen“ in Bulgarien, Verhaftungen von Widerstandsführern in Polen und Einrichtung einer sowjethörigen Regierung, Ablösung der Regierung in Rumänien – hatte eine neue US-Politik zur Folge, eine Politik der Härte gegenüber dem sowjetischen Diktator. Von einem Kurs der Kooperation ging man zur Strategie der Konfrontation über. Eine Zusammenarbeit sei, falls überhaupt, nur durch eine harte Politik Washingtons möglich, so der Tenor. Innerhalb von nur zwei Jahren – von 1945 bis zum offiziellen Beginn des Kalten Krieges 1947 – verhärteten sich die Fronten. Roosevelts Nachfolger Harry S. Truman kündigte bei seiner Rede am 27. Oktober 1945 in New York an, dass die Vereinigten Staaten keine Regierung anerkennen werden, die einem Volk von einer fremden Macht gewaltsam aufgezwungen wird. Seinem Außenminister James Byrnes teilte er im Jänner 1946 mit: *„Wenn man mit Russland nicht eine deutliche Sprache spricht und ihm nicht mit eiserner Faust entgegentritt, ist der nächste Krieg in Sicht. [...] Ich bin es leid, die Sowjets weiter zu hätscheln.“*<sup>38</sup>

Stalins Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Am 9. Februar 1946 hielt er in Moskau eine Rede, wo er von der Überlegenheit des Sozialismus und der Krise des Kapitalismus

---

<sup>37</sup> Gaddis, Der Kalte Krieg, 23-35

<sup>38</sup> Rolf Steininger, Der Kalte Krieg, Frankfurt am Main 2003, 7

sprach, welche unweigerlich zur Selbstzerfleischung führen werde.<sup>39</sup> Im amerikanischen State Department wurde diese Aussage als Provokation gewertet. George F. Kennan, der in der amerikanischen Botschaft in Moskau arbeitete, schickte am 22. Februar 1946 das berühmte, 8000 Worte umfassende, „lange Telegramm“ nach Washington. Darin hielt er fest, dass die sowjetische Außenpolitik aggressiv, expansionistisch und kompromisslos sei und dass man die kommunistischen Parteien in Europa dazu benutze, den Sieg des Weltkommunismus zu verwirklichen. Es gebe daher keinen „modus vivendi“, also keine Übereinkunft, mit der UdSSR. Am 5. März folgte die Rede Churchills in Fulton, Missouri. In dieser Rede erwähnte Churchill zum ersten Mal den Begriff des Eisernen Vorhangs: *„Von Stettin an der Ostsee bis Triest an der Adria ist ein eiserner Vorhang über den Kontinent heruntergegangen.“*<sup>40</sup> Weiters sprach er davon, dass sich die Russen das Nachkriegschaos zu Nutze machen wollen, um ihre Macht und Ideologie auszuweiten. Die Anwesenheit des US-Präsidenten Harry S. Truman verlieh dieser Rede zusätzliche Bedeutung.<sup>41</sup>

Bei allen Gegensätzen blieb nach Kriegsende eine Frage offen: Was sollte mit Deutschland passieren? Einigkeit herrschte darüber, dass der Weltfrieden durch Deutschland nie wieder bedroht werden dürfe, dass die Kriegsindustrie und das nationalsozialistisches Gedankengut ausgerottet und die Kriegsverbrecher bestraft werden sollten. Die Alliierten übernahmen mit der „Juni-Deklaration“ einen Monat nach der deutschen Kapitulation die Regierungsgewalt in Deutschland. Die einzelnen Befehlshaber hatten in ihrer jeweiligen Zone dabei die Entscheidungsgewalt, Gesetze zu erlassen. Damit war bereits das Fundament für eine unterschiedliche Entwicklung zwischen der sowjetischen Besatzungszone und den drei Westzonen gelegt worden. Stalins Taktik bestand zunächst aber noch darin, mit den West-Alliierten zusammenzuarbeiten. Aufgrund der schweren Kriegsverluste war er auf Ruhe für den Wiederaufbau angewiesen. Eine rasche Sowjetisierung der deutschen Zone hätte die Westmächte provoziert und mögliche sowjetische Reparationsforderungen gefährdet.<sup>42</sup>

Für die deutsche Entwicklung wurde die Pariser Außenministerkonferenz im Frühjahr 1946 bedeutend. Die Amerikaner und Briten einigten sich darauf, ihre Besatzungszonen unter Ausschluss der russischen Zone zusammenzulegen. Dass damit der Grundstein zu einer Spaltung Deutschlands gelegt wurde war offensichtlich. Doch angesichts der Entwicklung innerhalb der sowjetischen Besatzungszone, die immer mehr auf die Errichtung eines separaten Staates zusteuerte, wurde diese Entscheidung notwendig.

---

<sup>39</sup> Hildemeier, Geschichte der Sowjetunion 1917-1991, 735

<sup>40</sup> Steininger, Der Kalte Krieg, 14

<sup>41</sup> Ebd., 13f

<sup>42</sup> Hermann Weber, DDR. Grundriss der Geschichte 1945-1990, Hannover 1991, 19f

Beide Seiten konzentrierten sich fortan darauf, ihren jeweiligen Herrschaftsbereich zu stabilisieren.<sup>43</sup> Die Währungsreform der Westmächte im Juni 1948 war der bedeutsamste Schritt für den Zusammenschluss der westlichen Zonen. Die Sowjetunion versuchte dies hart an der Grenze der militärischen Konfrontation zu vereiteln, was dann zur Berlinblockade und beinahe zum „heißen Krieg“ geführt hätte.<sup>44</sup>

Binnen kurzer Zeit wurden die Bündnispartner der großen Allianz zu Gegner im Kalten Krieg. Nach dem Wegfall des gemeinsamen Gegners Adolf Hitler traten wieder die eigenen Interessen in den Vordergrund, die der Weltkrieg noch einmal unterdrückt hatte. Dies wurde spätestens seit der Konferenz von Jalta und der folgenden Kehrtwendung Stalins deutlich. Die ungeklärte Rolle Deutschlands und der steigende sowjetische Einfluss in Osteuropa verschärften diese Spannungen zusätzlich.

### 3. Der Kalte Krieg im Überblick

Wie so oft kann man für den Beginn historischer Ereignisse kein präzises Anfangsdatum festlegen, dies gilt grundsätzlich auch für den Beginn des Kalten Krieges. Lenin prophezeite beispielsweise bereits 1915 einen unausweichlichen ideologischen Krieg zwischen den sozialistischen Staaten (oder dem *einen* sozialistischen Staat) und dem Rest der Welt und blieb Zeit seines Lebens davon überzeugt, dass eine kriegerische Auseinandersetzung unausweichlich sei.<sup>45</sup>

In diesem Kapitel soll gezeigt werden, dass das Jahr 1947 als Ausgangspunkt für die Systemkonfrontation gesetzt werden kann. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es zwar weder eine offizielle Kriegserklärung zwischen „Ost“ und „West“, noch wurden diplomatische Beziehungen abgebrochen, oder gar Überraschungsangriffe durchgeführt. Doch ab dem Jahreswechsel 1946/47 wurde das Klima auf beiden Seiten rauer. Nach 1945 gab es in Geheimdienstkreisen immer wieder Gerüchte über einen Krieg zwischen den Westmächten und der Sowjetunion. Aus Berlin wurde im September 1945 beispielsweise berichtet, dass ein Bombardement der sowjetischen Besatzungszone von Seiten der Westmächte bevorstehen würde. Solche und andere öffentliche Berichte beeinflussten die gegenseitige Wahrnehmung und waren für die Entstehung der Konfrontation mit verantwortlich. Dies führte auch zu den radikaler werdenden öffentlichen Reden und Berichten von Truman, Stalin, Kennan und Churchill die im vorangegangenen Kapitel beschrieben wurden. In den politischen Gremien der USA ging man zu einer

---

<sup>43</sup> *Steininger*, Der Kalte Krieg, 16f

<sup>44</sup> *Hildemeier*, Geschichte der Sowjetunion 1917-1991, 739

<sup>45</sup> *Nolte*, Deutschland und der Kalte Krieg, 73

offensiveren Außenpolitik über. Diese Strategie fußte auf der Annahme, dass der Nationalsozialismus und der Bolschewismus hinsichtlich ihrer Aggressivität vergleichbar seien und dass Stalin so handeln werde wie Hitler.<sup>46</sup>

Das „lange Telegramm“ George F. Kennans bestimmte in der Folge die Strategie der amerikanischen Außenpolitik. In einer veröffentlichten Fassung stellte er fest, dass eine *„langfristige, geduldige, aber feste und wachsame Eindämmung der russischen Expansionstendenzen“* notwendig sein werde.<sup>47</sup> Als Reaktion darauf ließ Stalin in der sowjetischen Botschaft in Washington eine Stellungnahme verfassen, die im September 1946 nach Moskau gesendet wurde. Darin wurde festgehalten, dass die Außenpolitik der Vereinigten Staaten imperialistisch und durch das Streben nach Weltherrschaft gekennzeichnet sei.<sup>48</sup>

Die größer werdenden Spannungen die sich Ende 1946 abzeichneten traten 1947 immer deutlicher zu Tage. Stalin forderte von der Türkei territoriale Zugeständnisse (die Dardanellen und der Bosphorus sollten unter sowjetische Kontrolle fallen, um den Mittelmeereszugang sicherzustellen). Daraufhin erklärte Dean Acheson, Vizechef des US-Außenministeriums, im Februar 1947 vor führenden Mitgliedern des Kongresses, dass dies ein Ende der türkischen Unabhängigkeit bedeuten würde. Auch Griechenland drohe unter kommunistische Diktatur zu kommen und brauche großzügige Hilfe. Sollte die westliche Welt die Türkei, Griechenland und das östliche Mittelmeer aufgeben, könnte das verheerende Folgen für weitere europäische Länder haben. Auch Deutschland, Frankreich und Österreich wären dann ernsthaft bedroht. Im Hinblick auf die Sicherheit der Vereinigten Staaten, die für Demokratie und individuelle Freiheit stehen, sei es daher notwendig, die von der sowjetischen Diktatur bedrohten Länder zu unterstützen.<sup>49</sup>

Die Erklärung Achesons bildete die Grundlage für die folgende Truman-Doktrin und die Entwicklung des Marshallplans. Diese beiden Ereignisse können angesichts der sich verhärtenden Fronten als Beginn des Kalten Krieges bezeichnet werden.

### **3.1 Die „ideologischen Kriegserklärungen“**

Am 12. März 1947 hielt US-Präsident Harry S. Truman vor beiden Häusern des Kongresses eine Rede, deren Anlass der eskalierende Bürgerkrieg in Griechenland war. Es ging über die Gewährung einer Wirtschafts- und Militärhilfe für die betroffene Region. Im Vordergrund der Ansprache stand aber der Kampf gegen totalitäre Regierungsformen.

---

<sup>46</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 67f

<sup>47</sup> Gaddis, Der Kalte Krieg, 44

<sup>48</sup> Ebd., 44

<sup>49</sup> Steininger, Der Kalte Krieg, 17f

Dabei stellte er die These auf, dass das kommunistische Expansionsstreben letztendlich auch die Freiheit und Sicherheit der USA gefährden würde. Nach einer allgemeinen Einleitung entwickelte seine Rede den Charakter einer ideologischen Kriegserklärung:

*„Im gegenwärtigen Augenblick der Weltgeschichte muß beinahe jede Nation zwischen zwei Lebensformen wählen. Oft genug sind sie bei dieser Wahl nicht frei. Die eine Lebensform beruht auf dem Willen der Mehrheit und ist gekennzeichnet durch freie Institutionen, [...] freie Wahlen, Garantien für die Freiheit des einzelnen, Freiheit der Rede und der Religion und Freiheit von politischer Unterdrückung. Die zweite Lebensform beruht auf dem Willen einer Minderheit, die der Mehrheit gewaltsam aufgezwungen wurde. Sie beruht auf Terror und Unterdrückung, kontrolliertem Presse- und Rundfunkwesen, unfreien Wahlen und der Unterdrückung der persönlichen Freiheiten. [...] Die freien Völker der Welt erwarten von uns Unterstützung zur Aufrechterhaltung ihrer Freiheiten.“<sup>50</sup>*

Nolte weist darauf hin, dass diese Truman-Doktrin – so wurde diese Botschaft bald genannt – aus der Tradition der Amerikaner und ihrem Selbstverständnis entsprungen ist. Die Amerikaner hätten seit jeher die Neigung gehabt, zwei Welten gegenüber zu stellen, wobei sie sich selbst als den Kern der besseren Welt sehen würden, als Vorkämpfer der „neuen, freien Welt“ gegenüber der „alten Welt“. Die Truman-Doktrin bezeichnet Nolte als epochales Ereignis, dass den Beginn des Kalten Krieges markiert.<sup>51</sup>

Auch die öffentlichen Reaktionen ließen erkennen, dass die Truman-Rede als offizieller Beginn der Ost-West-Konfrontation galt. Innerhalb kurzer Zeit meldeten sich bei den Amerikanern zahlreiche Organisationen, die sich für den Kampf gegen den Kommunismus stark machten. Die Zahl dieser antikommunistischen Gruppierungen wuchs in der Westzone Deutschlands in den fünfziger Jahren auf über zweihundert an. Ein Großteil davon berief sich dabei auf die von Truman propagierte amerikanische Offensive.<sup>52</sup>

Der Rede von Truman folgte im Juni eine Ansprache von Außenminister George Marshall an der Harvard Universität, wo er das „European Recovery Program“ (Europäisches Wiederaufbauprogramm, kurz ERP) vorstellte, welches als „Marshall-Plan“ in die Geschichte einging. Dieses Hilfsprogramm sollte den wirtschaftlichen und sozialen Absturz Europas verhindern und war laut Marshall für alle Länder gedacht, die es

---

<sup>50</sup> Nolte, Deutschland und der Kalte Krieg, 186

<sup>51</sup> Ebd., 187f

<sup>52</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 71f

annehmen wollten.<sup>53</sup> Denn die Gefahr war aus amerikanischer Sicht gegeben, dass Hunger, Armut und Verzweiflung die Europäer womöglich in den Kommunismus getrieben hätten. Außerdem hatte das Hilfsprogramm eine nicht zu unterschätzende psychologische/propagandistische Wirkung in Westeuropa ausgelöst, die eine stärkere ideologische Bindung an die USA zur Folge hatte. Auch der Gedanke, dass der Marshall-Plan einen Keil zwischen Stalin und seine Satellitenstaaten treiben könnte, sollte sich bewahrheiten. Denn der sowjetische Diktator untersagte den Bruderstaaten die Annahme des Wiederaufbauprogramms. Am deutlichsten wurde dies am Beispiel der Tschechoslowakei. Das angemeldete Interesse an US-Krediten musste nach einer Zurechtweisung Stalins offiziell wieder zurückgewiesen werden.<sup>54</sup>

Die sowjetische Antwort auf die Truman-Doktrin und den Marshall-Plan ließ erneut nicht lange auf sich warten – sie erfolgte durch den Leningrader Parteisekretär Andrej Schdanow. Er war einer der engsten Vertrauten Stalins und galt als Chefideologe im Politbüro. Bei seiner Rede wurde zunächst die Gründung der Kominform als Nachfolgeorganisation der 1943 aufgelösten Komintern angekündigt (siehe Kapitel 2.2). Im Anschluss präsentierte er dann die „Zwei-Lager-Theorie“, die als Reaktion auf die Truman-Doktrin als sowjetische „Kriegserklärung“ gegenüber den Vereinigten Staaten interpretiert werden kann: Nach dem Zweiten Weltkrieg seien zwei Lager entstanden, wobei das „imperialistisch-antidemokratische“ Lager des Westens dem „antiimperialistisch-demokratischen“ Lager der Sowjetunion unvereinbar gegenüberstehen würde. Die USA würden sich mit den verbündeten Staaten bereits auf einen neuen Krieg vorbereiten, daher sei man selbst gezwungen, nun ebenfalls aufzurüsten. Er warf Truman vor, dass er durch militärisch-strategische Maßnahmen, wirtschaftliche Expansion und ideologischen Kampf aggressiv gegen die Sowjetunion vorgehen würde.<sup>55</sup>

Die beiden Reden von Truman und Schdanow hatten den Charakter von „ideologischen Kriegserklärungen“ und markierten damit den Beginn der Systemkonfrontation und des Kalten Krieges. Dieser wurde (zumindest zwischen den beiden Hauptakteuren) zwar nicht militärisch geführt, war aber ab dem Jahr 1947 ein permanenter „Nicht-Frieden“, der auf politisch-ideologischem, kulturell-sozialem, ökonomischem, technologisch-wissenschaftlichem und militärischem Gebiet betrieben wurde.<sup>56</sup> Wie nah oder weit man von einem heißen Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion tatsächlich entfernt war, ist schwer zu sagen. Die vier Jahrzehnte des Kalten Krieges waren von Phasen der

---

<sup>53</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 79

<sup>54</sup> Gaddis, Der Kalte Krieg, 47

<sup>55</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 74

<sup>56</sup> Ebd., 76

Spannung und Entspannung geprägt, die wichtigsten Stationen sollen im nächsten Kapitel überblicksartig dargestellt werden.

### **3.2 Von den Krisen zur Entspannung**

Bevor das letzte Jahrzehnt des Kalten Krieges – und damit der Kern der vorliegenden Arbeit – in den Fokus rückt, sollen in diesem Kapitel die wichtigsten Stationen des ideologischen Konflikts dargestellt werden. Denn die lange Phase dieser Konfrontation war keine homogene Periode. Es gab Krisen, in denen der Konflikt an die Grenze der (nuklear geführten) Eskalation rückte, aber auch Entspannungsphasen, wo bereits vor dem Jahr 1991 von einem möglichen Ende der Auseinandersetzung gesprochen wurde, wie etwa 1949 nach der Überwindung der Berlinblockade, 1953 nach Stalins Tod, 1962 nach der Kuba-Krise oder während der Hochphase der Entspannung zu Beginn der siebziger Jahre. Insgesamt war knapp die Hälfte des vier Jahrzehnte andauernden Kalten Krieges von militärischen und politischen Krisen geprägt. Teilweise wurden diese Konflikte an der „zentralen Front“ in Europa ausgetragen, teilweise in Asien, Afrika oder Lateinamerika.<sup>57</sup> Das Kapitel soll aufzeigen, wie diese Krisen beigelegt werden konnten und wie sie das Verhältnis und die gegenseitige Wahrnehmung nachhaltig beeinflussten.

Die erste Krise im Kalten Krieg zeichnete sich schon kurz nach Beginn der Konfrontation in Deutschland ab. Mit der Währungsreform im Juni 1948 wurde ein wichtiger Schritt für den Zusammenschluss in den Westzonen Deutschlands gesetzt. Stalin reagierte darauf mit einer totalen Blockade der Zufahrtswege und der Versorgung Westberlins (Ostberlin war aus propagandistischen davon Gründen nicht betroffen). Die Westmächte nützten daraufhin die einzig verbleibenden offenen Luftkorridore und versorgten die Millionenstadt mit Flugtransporten. Die berühmt gewordene „Luftbrücke“ sorgte für einen nicht zu unterschätzenden Image-Gewinn der Westmächte. Zurecht hatte Stalin die Befürchtung, dass die Situation eskalieren könnte, würde er auch den Luftraum unter sowjetische Kontrolle bringen wollen, denn Westberlin sollte mit aller Entschlossenheit gehalten werden. Eine Aufgabe der Stadt wäre einer empfindlichen Niederlage gegenüber dem Kommunismus gleichgekommen. Die Westmächte rückten ideologisch enger zusammen und sahen sich in ihrem harten Kurs gegenüber dem sowjetischen Diktator bestätigt. Der britische Außenminister Ernest Bevin sollte Recht behalten, als er meinte, dass die Russen nachgeben werden, wenn man jetzt Härte demonstrieren würde. Die Berlin-Blockade sorgte auch für ein militärisches Zusammenrücken der Westmächte. Unter der

---

<sup>57</sup> Bernd Greiner, Krisen im Kalten Krieg. Bilanz und Ausblick. In: Bernd Greiner, Christian Th. Müller, Dierk Walter (Hg.), Krisen im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg, Hamburg 2008, 7-23, hier 7f

Führung der USA wurde in Washington am 4. April 1949 der Gründungsvertrag der NATO (North Atlantic Treaty Organization) unterzeichnet.<sup>58</sup>

Die Blockade Westberlins war einer der schwersten Fehler der sowjetischen Politik und Stalins. Widerwillig gab er die Blockade im Mai 1949 auf. Die Westmächte sahen sich in ihrem harten Kurs gegenüber Stalin bestätigt und die Berlinkrise prägte auch die US-Außenpolitik der folgenden Jahre. Die Versorgung Westberlins über die Luftbrücke wurde zum politischen Symbol und sorgte für einen werbewirksamen Triumph des Westens. Dem folgte die Gründung der NATO und die Ausrufung der Bundesrepublik Deutschland – die Auswirkungen der Blockade drängte Stalin in die Rolle des Verlierers.<sup>59</sup>

Die nächsten Krisen im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis folgten Schlag auf Schlag. Im August 1949 überraschte die Sowjetunion die Amerikaner mit der Zündung ihrer ersten Atombombe in der kasachischen Wüste. Der amerikanische Geheimdienst CIA (Central Intelligence Agency) rechnete erst im Jahr 1953 mit der möglichen Fertigstellung einer sowjetischen Atombombe. Damit wurde der Startschuss für die Hochrüstung zwischen den beiden Supermächten gesetzt und Truman forcierte nach dem Schock über die sowjetische Atombombe die Entwicklung der Wasserstoffbombe.<sup>60</sup>

Konnte während der Berlin-Krise 1948/49 ein militärischer Zusammenstoß noch verhindert werden, so gab es im Jahr 1950 in Korea den ersten „heißen Krieg“, einen Stellvertreterkrieg zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten. In dem seit 1945 geteilten Korea gab es im Süden ab 1948 eine prowestliche Republik Korea und im Norden eine prosowjetische Demokratische Volksrepublik Korea. Im Juni 1950 starteten 200.000 nordkoreanische Soldaten die Invasion in Südkorea. Im anfänglich hart geführten Krieg wurde immer wieder über den Einsatz amerikanischer Nuklearwaffen diskutiert, Truman lehnte diesen jedoch ab. Die Konfrontation in Korea wurde zum Stellungskrieg mit hohen Verlusten, ein Waffenstillstand wurde erst 1953 fixiert.<sup>61</sup> Stalin bestand Ende 1952 auf die Fortsetzung der Kämpfe, obwohl die Nordkoreaner und Chinesen bereit waren, den Krieg zu beenden. Erst nach Stalins Tod wurde unter seinen Nachfolgern ein Waffenstillstand ausgehandelt. Neue Dokumente zeigten, dass es in Korea bei einem Luftgefecht zum einzigen direkten Schlagabtausch zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten kam. Beide Seiten hielten diesen Zwischenfall aber geheim.<sup>62</sup> Der Koreakrieg war die schwerste weltpolitische Krise seit dem Zweiten Weltkrieg, die wichtigsten Entscheidungen im drei Jahre andauernden Konflikt fielen aber innerhalb der

---

<sup>58</sup> *Steininger*, Der Kalte Krieg, 22f

<sup>59</sup> *Gaddis*, Der Kalte Krieg, 49f

<sup>60</sup> *Steininger*, Der Kalte Krieg, 23f

<sup>61</sup> *Stöver*, Der Kalte Krieg, 95-100

<sup>62</sup> *Gaddis*, Der Kalte Krieg, 80

ersten sechs Monate.<sup>63</sup> Im Koreakrieg offenbarte sich zum ersten Mal die Gefahr, dass sich zwei nuklear bewaffnete Parteien gegenüberstanden, US-Präsident Truman übte sich jedoch in Beherrschung und verzichtete auf unüberlegten und massiven Militäreinsatz.<sup>64</sup> Der Krieg in Korea war ergebnislos, intensivierte aber die Blockbildung im globalen Kalten Krieg. Ein ähnlicher Effekt war bereits nach der Berlinkrise bemerkbar. Bis zum Jahr 1955 war die Blockbildung in Osteuropa abgeschlossen. Im Mai 1955 unterschrieben die ostmitteleuropäischen Staaten den von der Sowjetunion dominierten Warschauer Pakt, er bildete das Gegenstück zur NATO. Auch hier verpflichteten sich die Mitgliedsstaaten zur gegenseitigen Hilfe im Falle eines bewaffneten Angriffs.<sup>65</sup>

Zwischen 1953 und 1956 gab es in vier Satellitenstaaten des Ostblocks Aufstände, mit dem Versuch, mehr Unabhängigkeit gegenüber der UdSSR zu erreichen. Die ersten beiden Aufstände im Juni 1953 fanden in der Tschechoslowakei und in der DDR statt. Zwei Monate zuvor war der sowjetische Diktator Josef Stalin gestorben, damit war die Hoffnung auf mehr Unabhängigkeit oder gar auf ein Ende des Kalten Krieges geweckt worden. Stalins Nachfolger Nikita Chruschtschow ging aber hart vor, beide Aufstände wurden von der Roten Armee niedergeschlagen. Besonders brutal wurde in der DDR interveniert, über 50 Menschen verloren ihr Leben. Die Sowjetunion stellte mit der Niederschlagung des Aufstands ihre Entschlossenheit unter Beweis, die Einflussosphäre in Mittel- und Osteuropa zu sichern. Zu gefährlich erschien die Möglichkeit, dass der Aufstand zum Vorbild für die Völker Osteuropas hätte werden können.<sup>66</sup>

Die beiden Aufstände in Polen und Ungarn 1956 sind mit der Phase der „Entstalinisierung“ verbunden. Stalins Nachfolger Chruschtschow deckte am XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 die Gräueltaten seines Vorgängers auf, was das Streben der Aufständischen nach mehr Freiheit und Demokratie beflügelte. Doch die beiden Revolten des Jahres 1956 wurden nach Chruschtschows ausdrücklicher Anweisung von der Roten Armee erneut mit aller Härte niedergeschlagen. Zu groß war auch hier die Furcht in Moskau vor einem „Dominoeffekt“, also einem Übergreifen der Autonomiebestrebungen auf weitere Satellitenstaaten. Die Opfer-Bilanz war erschreckend: In Polen gab es 53 Tote und über 200 Verletzte und in Ungarn waren über 300 Tote und 1000 Verletzte zu beklagen. Wie schon 1953 hätten die Aufständischen auch 1956 auf Hilfe aus dem Westen, insbesondere den Vereinigten Staaten, gehofft. Es blieb aber nur bei verbalen

---

<sup>63</sup> Michael F. *Hopkins*, Acheson, Truman und die Entscheidung im Koreakrieg 1950. In: Bernd *Greiner*, Christian Th. *Müller*, Dierk *Walter* (Hg.), *Krisen im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg*, Hamburg 2008, 48-79, hier 48

<sup>64</sup> *Hopkins*, Acheson, Truman und die Entscheidung im Koreakrieg 1950, 77f

<sup>65</sup> *Stöver*, *Der Kalte Krieg*, 100

<sup>66</sup> Mark *Kramer*, Der Aufstand in Ostdeutschland im Juni 1953. In: Bernd *Greiner*, Christian Th. *Müller*, Dierk *Walter* (Hg.), *Krisen im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg*, Hamburg 2008, 80-126, hier 121

Unterstützungserklärungen, zu groß war die Angst vor einer atomaren Konfrontation.<sup>67</sup> Angesichts ihrer Rolle im Ungarnaufstand mussten die Vereinigten Staaten einiges an Kritik einstecken. Nach dem Ablauf der Archiv-Sperre und dem Zugang zu amerikanischen Geheimdokumenten wurde deutlich, dass die Vereinigten Staaten die revolutionären Hoffnungen der Ungarn bewusst am Leben hielten, militärische oder diplomatische Unterstützung wurde jedoch nicht angeboten. So wurde die Abkürzung NATO sarkastisch mit „No Action, Talk Only“ übersetzt.<sup>68</sup>

Im November 1958, zehn Jahre nach der ersten Berlinkrise unter Stalin, begann sich die zweite Krise rund um die geteilte Stadt abzuzeichnen. Nikita Chruschtschow stellte den USA, Großbritannien und Frankreich das Ultimatum, im nächsten halben Jahr ihre Truppen aus den besetzten Sektoren Berlins abzuziehen. Sollte dies nicht erfolgen, würde er den Ostdeutschen die Kontrolle über Zufahrtswege nach Westberlin übergeben. Die kapitalistische Enklave mitten im kommunistischen Ostdeutschland war der UdSSR ein Dorn im Auge. Michail Perwuchin, sowjetischer Botschafter in Ostberlin, teilte 1959 mit vorsichtig gewählten Worten mit, dass die offene Grenze zwischen der sozialistischen und der kapitalistischen Welt in Berlin die Bevölkerung provoziere, einen Vergleich zwischen den beiden Teilen der Stadt zu ziehen, der leider nicht immer zu Gunsten des demokratischen Ostberlins ausfallen würde.<sup>69</sup> Chruschtschows Versuch, dieses Problem mit dem gestellten Ultimatum zu lösen, scheiterte an der festen Haltung des damaligen US-Präsidenten Dwight Eisenhower. Ein Rückzug aus dem symbolträchtigen Westberlin stand nicht zur Debatte. Man diskutierte auch den Ernstfall, einen Atomkrieg gegen die Sowjetunion zu führen, oder Moskau zu bombardieren. Nach dem Ablauf des Ultimatus musste sich die sowjetische Führung eingestehen, dass die erhoffte Eingliederung Westberlins in die DDR am harten amerikanischen Widerstand scheiterte.<sup>70</sup>

Kennedy betonte in einem Interview, dass die Amerikaner ihre Entschlossenheit im Kampf um Berlin deutlich machen müssten: *„Falls die Sowjets unsere dortige Stellung gefährdeten, könnte das meiner Meinung nach sehr wohl zu einem militärischen Konflikt führen. [...] Es wäre ein großer Irrtum, wollten wir glauben, der eigentliche Kampf gehe lediglich um Berlin. Sie kämpfen um New York und Paris, wenn sie um Berlin kämpfen. Darum denke ich, wir müssen klarmachen [...], daß wir entschlossen wären zu kämpfen.“*<sup>71</sup>

---

<sup>67</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 117-126

<sup>68</sup> Charles Gati, Zur Neubewertung des ungarischen Aufstands 1956. In: Bernd Greiner, Christian Th. Müller, Dierk Walter (Hg.), Krisen im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg, Hamburg 2008, 127-158, hier 128

<sup>69</sup> Gaddis, Der Kalte Krieg, 144

<sup>70</sup> Steininger, Der Kalte Krieg, 33f

<sup>71</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 135f

Es zeigte sich, dass konkrete Planungen für einen demonstrativen nuklearen Einsatz während der zweiten Berlinkrise existierten. Als das sowjetische Ultimatum ohne Konsequenzen abgelaufen war, stellte sich die Kriegsfrage nicht mehr. Der Raum Berlin war ein Mikrokosmos des Kalten Krieges, er spiegelte allgemeine Merkmale und typische Handlungsmuster des Kalten Krieges wider, die auch den weiteren Verlauf des Systemkonflikts beeinflussten. Die Berlinkrisen zeigten die Notwendigkeit auf, ansatzweise Kompromisse einzugehen, beziehungsweise Konfliktlösungen und Alternativen zur Konfrontation zu suchen. Schneller und intensiver als an anderen Schauplätzen wurde in Berlin ein System zur Interaktion entwickelt, welches die Überleitung des Kalten Krieges in eine Phase der Entspannung ermöglichte.<sup>72</sup>

Die Pattstellung in Berlin mündete in den Bau der Berliner Mauer. 2,7 Millionen Ostdeutsche waren bis zum Jahr 1961 über die offene Grenze nach Westberlin und weiter nach Westdeutschland geflüchtet, der Kommunismus befand sich in der Krise. Allein im Juli 1961 hatten 30.000 Menschen die DDR verlassen. Der ostdeutsche Regierungschef Walter Ulbricht hatte den Bau einer Mauer schon lange im Sinn, auch wenn er wenige Wochen vor Baubeginn in einem Interview noch versicherte, dass niemand die Absicht hätte, eine Mauer zu errichten.<sup>73</sup> Angesichts mangelnder Alternativen und unter dem Druck der Massenflucht gab Chruschtschow die Zustimmung für den Mauerbau. In der Nacht vom 12. auf den 13. August 1961 wurde mit dem Bau der Berliner Mauer begonnen. Die 3,7 Meter hohe und 150 Kilometer lange Betonplattenmauer war durch Wachtürme, Minenfelder, Stacheldraht und Soldaten abgesichert. Mit der Entscheidung zum Mauerbau wurde auch die amerikanisch-sowjetische Spannung rund um die Berlinfrage entschärft. US-Präsident John F. Kennedy, der ab Jänner 1961 im Amt war, meinte, dass die Mauer keine angenehme Lösung, aber besser als der Krieg sei. Bei seiner Berlinreise im Juni 1963 ließ er der Öffentlichkeit wissen: „*Wir hatten es nie nötig, eine Mauer aufzubauen, um unsere Leute bei uns zu halten und sie daran zu hindern, woanders hinzugehen.*“ Das hässliche Bauwerk sei die stärkste Demonstration für das Versagen des Kommunismus.<sup>74</sup>

Quellen belegen, dass das Drängen zur Schließung der Grenze von Ulbricht und der Führung in Ost-Berlin und nicht von Chruschtschow ausging. Zwei innenpolitische Ursachen, die sich gegenseitig bedingten und verstärkten, machten den Bau der Mauer notwendig: Die fortschreitende wirtschaftliche Krise und der ansteigende Flüchtlingsstrom aus der DDR. Die Interessensphären der Weltmächte wurden in Europa mit dem

---

<sup>72</sup> Michael Lemke, Die Berlinkrisen von 1948/49 und 1958 bis 1963. In: Bernd Greiner, Christian Th. Müller, Dierk Walter (Hg.), Krisen im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg, Hamburg 2008, 204-273, hier 204

<sup>73</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 130-136

<sup>74</sup> Gaddis, Der Kalte Krieg, 146f

Mauerbau klar abgegrenzt. Damit verlagerten sich die Schauplätze des Kalten Krieges weg von Europa in Richtung Asien, Afrika und Lateinamerika.<sup>75</sup>

Die Krisen zu Beginn der sechziger Jahre stellten das Verhältnis der beiden Hauptakteure im Kalten Krieg auf eine harte Probe. Die Berlinfrage, der sich abzeichnende Konflikt in Vietnam und die Kubakrise sorgten für eine dramatische Zuspitzung im Ost-West-Konflikt. Nachdem sich die Lage in Berlin durch den Mauerbau entspannte, rückte die Welt durch die Kubakrise 1962 an den Rand des Atomkrieges. Chruschtschow ließ, nach Absprache mit Fidel Castros Bruder, Raul Castro, Mittelstreckenraketen nach Kuba transportieren. Bei insgesamt 183 Schiffslieferungen, an denen 42.000 Soldaten beteiligt waren, wurden 230.000 Tonnen Ausrüstung nach Kuba gebracht. Über 150 zum Teil atomare Sprengköpfe standen den sowjetischen Streitkräften zur Verfügung.<sup>76</sup> Sie wurden als Gegengewicht zu den von den USA in Europa stationierten Mittelstreckenraketen aufgebaut. Die Regierung Eisenhowers hatte diese Raketen in den späten fünfziger Jahren in Großbritannien, Italien und der Türkei stationiert und auf die Sowjetunion gerichtet. Chruschtschow meinte daher, dass auch die Amerikaner erfahren sollten, *„wie einem zumute ist, wenn feindliche Raketen auf einen gerichtet sind.“*<sup>77</sup>

Amerikanische U2-Spionageflugzeuge entdeckten im September die sowjetischen Waffenarsenale auf Kuba. Kennedy forderte Chruschtschow am 22. Oktober ultimativ auf, die Raketenstellungen abzubauen und in die UdSSR zurückzuliefern. Einen Tag später sprach der US-Präsident mit seinen Beratern über die Vorbereitung eines nuklearen Schlagabtauschs, den man im Notfall führen werde. Am 24. Oktober ließ Kennedy die Alarmstufe „DEFCON 2“ (Defense Readiness Condition, Verteidigungszustand) ausrufen – eine Stufe unterhalb der Auslösung des Atomkrieges. Als die Welt am Rande der atomaren Eskalation stand einigten sich Chruschtschow und Kennedy. Am 28. Oktober 1962 wurden die sowjetischen Raketenstellungen auf Kuba abgebaut. Im Gegenzug verpflichtete sich Kennedy in einem geheim gehaltenen Zusatz, die in der Türkei stationierten US-Mittelstreckenraketen zurückzuziehen. Der Schock der Kubakrise führte in der Folge zu Entspannungsbemühungen auf russischer und amerikanischer Seite. Als unmittelbare Konsequenz wurde im Juni 1963 das berühmte „Rote Telefon“ eingerichtet – eine direkte Verbindung für die Regierungschefs der USA und UdSSR, um drohende Krisen zu entschärfen.<sup>78</sup>

---

<sup>75</sup> Hans-Hermann Hertle, Konrad H. Jarausch, Christoph Kleßmann (Hg.), Die fatale Stabilisierung. Einleitung. In: Kleßmann (Hg.), Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen, Berlin 2002, 9-18, hier 10

<sup>76</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 377

<sup>77</sup> Gaddis, Der Kalte Krieg, 99

<sup>78</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 378-380

Die Kubakrise war ein nicht zu Ende gedachter Schachzug Chruschtschows und untergrub seine Glaubwürdigkeit – sowohl im sozialistischen Lager, als auch in den Augen der US-Regierung. Künftige Drohungen der UdSSR an die Adresse der USA wirkten nach dem demütigen Abzug aus Kuba weniger überzeugend. Chruschtschow musste seine Hoffnungen begraben, durch die Raketenstationierung auf Kuba ein ausgeglichenes Kräfteverhältnis zwischen den USA und der UdSSR demonstrieren zu können. Die Kubakrise verschlechterte das kubanisch-sowjetische Verhältnis und trug außerdem zum Fall Chruschtschows als Sowjetchef bei. 1964 musste er als Parteichef der KPdSU und Generalsekretär der UdSSR abtreten.<sup>79</sup>

Gaddis weist darauf hin, dass bis heute nicht klar sei, was Chruschtschow mit der Raketenstationierung erreichen wollte. Die Revolution Castros faszinierte ihn und vermutlich wollte er auch die eigene Revolution in Lateinamerika vorantreiben, ohne die Konsequenzen zu Ende zu denken. Er verfügte über ein weit größeres Vernichtungspotential als seine Vorgänger im Kreml, verhielt sich aber verantwortungslos und wie ein „*bockiges Kind, das mit einem geladenen Gewehr spielt*“.<sup>80</sup> Die wichtigsten zwei politischen Ziele Chruschtschows waren vermutlich die Herstellung eines strategisch-militärischen Gleichgewichts und die Eindämmung der amerikanischen Gefahr, die seiner Meinung nach die kubanische Revolution bedrohte.<sup>81</sup> Auch wenn Chruschtschow am Ende den Abzug 15 amerikanischer Raketen aus der Türkei erreichen konnte, Kennedy galt in der öffentlichen Wahrnehmung als Gewinner der Kubakrise, denn das amerikanische Zugeständnis des Raketenabzugs wurde geheim gehalten und gelangte erst Jahre später an die Öffentlichkeit.<sup>82</sup> Als weitere Konsequenz der Kubakrise wurden Verträge für den Umgang mit Atomwaffen abgeschlossen. 1963 wurde ein teilweises Verbot von Atomwaffentests durchgesetzt, 1968 folgte der Atomwaffensperrvertrag, in dem man sich verpflichtete, keinem Staat bei der Entwicklung oder Beschaffung atomarer Waffen zu helfen.<sup>83</sup>

1968 sah sich die Sowjetunion in einem Konflikt mit einem abtrünnigen Satellitenstaat konfrontiert, der Tschechoslowakei. Seit Beginn des Jahres entwickelten sich dort Reformvorstellungen mit demokratischen Grundsätzen, die von Moskau aus skeptisch beobachtet wurden. Nachdem der „*Sozialismus mit menschlichem Antlitz*“<sup>84</sup> zunächst noch geduldet wurde, verschärfte sich die Situation ab dem Sommer. Man befürchtete,

---

<sup>79</sup> Daniela Spenser, Die Kubakrise 1962 und ihre Folgen für das kubanisch-sowjetische Verhältnis. In: Dierk Walter (Hg.), Krisen im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg, Hamburg 2008, 297-320, hier 308

<sup>80</sup> Gaddis, Der Kalte Krieg, 100f

<sup>81</sup> Joshua C. Andy, Operation „Anadyr“. Die sowjetische militärische Führung und die Kubakrise 1962. In: Dierk Walter (Hg.), Krisen im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg, Hamburg 2008, 321-342, hier 325

<sup>82</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 374

<sup>83</sup> Gaddis, Der Kalte Krieg, 105

<sup>84</sup> Hildemeier, Geschichte der Sowjetunion 1917-1991, 998

dass weitere Reformen einerseits das kommunistische System in der Tschechoslowakei und andererseits die Zugehörigkeit der ČSSR (Tschechoslowakische Sozialistische Republik) zum Warschauer Pakt gefährden könnten. Am 20. August 1968 veranlasste Moskau die militärische Intervention, der Widerstand blieb weitgehend ohnmächtig.<sup>85</sup>

Die Entscheidung, militärische Gewalt anzuwenden, um den Kommunismus zu sichern, machte laut Gaddis eines deutlich: Es wurde jegliche Illusion darüber zerstört, dass irgendwer freiwillig die sowjetische Ideologie des Marxismus-Leninismus übernommen hätte. Die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ hatte auch eine psychologische Nebenwirkung: Immer mehr Menschen innerhalb und außerhalb der Sowjetunion huldigten öffentlich zwar weiterhin den Marxismus-Leninismus, hörten insgeheim aber auf, an den Erfolg dieser Ideologie zu glauben. Es entwickelte sich ein für die Ostblockländer typisches „Doppelleben“. Es entstand eine Kluft zwischen einem „öffentlichen“ und einem „privaten Ich“, beziehungsweise zwischen äußerer Konformität und innerer Ablehnung. Der Prager Aufstand machte also deutlich, dass die Moskauer Führung vor einem Glaubwürdigkeitsproblem stand.<sup>86</sup> Dennoch wurde an der Tschechoslowakei ein Exempel statuiert: Bestrebungen zu mehr Souveränität konnten von der Sowjetunion nach Belieben, notfalls also auch militärisch, eingeschränkt werden. Diese Vorgehensweise wurde als „Breschnew-Doktrin“ bekannt und galt für alle Satellitenstaaten der UdSSR.<sup>87</sup>

Die Vereinigten Staaten hielten sich bei der sowjetischen Niederschlagung des „Prager Frühlings“ erneut zurück und mischten sich nicht in die gegnerische Interessensphäre ein. Dies hatte verschiedene Ursachen. Zum einen schien der Durchbruch zu wesentlichen Reformen innerhalb der KPČ (Kommunistische Partei der Tschechoslowakei) unrealistisch, zum anderen hätte eine politische oder gar militärische Unterstützung der USA die Situation im Kalten Krieg verschärft. Dies wollte man jedoch vermeiden, denn angesichts der begonnenen Entspannungspolitik und des Vietnamkrieges brauchte US-Präsident Lyndon B. Johnson Ruhe und Rückendeckung in Europa. Ein Konflikt in der Tschechoslowakei passte daher nicht in die politische Großwetterlage.<sup>88</sup>

### **3.3 Von der Entspannung zum „Zweiten Kalten Krieg“**

Wie das vorangegangene Kapitel zeigte, waren die Krisen im Kalten Krieg nach dem Mauerbau 1961 von Europa an die Peripherien der dritten Welt gerückt. Auch wenn die sechziger Jahre mit der Kubakrise, dem Vietnamkrieg und der Niederschlagung des

---

<sup>85</sup> *Hildemeier*, Geschichte der Sowjetunion 1917-1991, 998

<sup>86</sup> *Gaddis*, Der Kalte Krieg, 230

<sup>87</sup> *Steininger*, Der Kalte Krieg, 37

<sup>88</sup> *Oliver Bange*, Das Ende des Prager Frühlings 1968 und die bundesdeutsche Ostpolitik. In: Dierk Walter (Hg.), Krisen im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg, Hamburg 2008, 411-445, hier 412

„Prager Frühlings“ noch genügend Herausforderungen für die beiden Supermächte bereit hielten, zeichnete sich aus verschiedenen Gründen eine Strategie der Entspannungspolitik ab. Diese Phase endete aber mit dem Auslaufen der siebziger Jahre. Die Situation verschärfte sich nicht akut, oder durch ein bestimmtes Ereignis, sondern war das Resultat eines langwierigen Prozesses, der von verschiedenen Geschehnissen gespeist wurde. Im folgenden Kapitel wird die Bedeutung der Entspannungspolitik aber auch ihr fortschreitender Niedergang beschrieben, ehe die Ost-West-Konfrontation am Ende der siebziger Jahre wiederbelebt wurde und man damit dem gegenüberstand, was auch als „Zweiter Kalter Krieg“ bezeichnet wird. Spätestens das Jahr 1979 markierte mit dem „NATO-Doppelbeschluss“ und dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan die Rückkehr zur verstärkten Konfrontation.<sup>89</sup> Die Warnung von US-Präsident Richard Nixon, die er 1974 gegenüber dem sowjetischen Generalsekretär Leonid Breschnew aussprach, sollte sich letztendlich bewahrheiten. Er meinte, dass im Falle einer gescheiterten Entspannungspolitik in Amerika die Falken das Kommando übernehmen würden, nicht die Tauben.<sup>90</sup>

Nachdem die zweite Berlinkrise mit dem Mauerbau 1961 und die Kubakrise 1962 überwunden werden konnten, 1963 mit dem „Roten Telefon“ eine direkte Verbindung zwischen Weißem Haus und Kreml eingerichtet wurde und im August 1963 ein Verbot über Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser unterzeichnet wurde, setzte allmählich eine Phase der Entspannung (Détante) zwischen Ost und West ein.<sup>91</sup>

Auf einer Tagung der Warschauer Vertragsstaaten im März 1969 in Budapest wurden von Seiten der Sowjetunion deutliche Signale in Richtung einer verstärkten Entspannungspolitik gesetzt. Dabei gab es verschiedene Beweggründe für den eingeschlagenen Kurs. Einer der Hauptgründe war die wirtschaftliche Stagnation in der Sowjetunion. Man musste sich eingestehen, dass sich das Parteiprogramm der KPdSU von 1961 nicht bewahrheitet hatte. Chruschtschow verlautbarte darin seine Vorstellung, dass die UdSSR die Vereinigten Staaten im Jahr 1970 auf wirtschaftlichem Gebiet überholen werde. Als dieses Ziel nicht erreicht wurde, versuchte Breschnew die sowjetische Wirtschaft durch Strukturreformen und „Import westlichen Know-Hows“ anzukurbeln und war daher auf stärkere Kooperation angewiesen. Bisher war es der Sowjetunion nur auf militärischem Gebiet gelungen, in Europa ein Gleichgewicht herzustellen. Angesichts dieser militärstrategischen Parität sollte in den Augen

---

<sup>89</sup> Hannes *Adomeit*, Die Wellen der Détente. Entspannungspolitik in den siebziger und achtziger Jahren. In: Dierk *Walter* (Hg.), *Krisen im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg*, Hamburg 2008, 215-221, hier 215

<sup>90</sup> Olav *Njølstad*, The collapse of superpower détente, 1975-1980. In: Melvyn P. *Leffler* (Hg.), *The Cambridge history of the Cold War. Volume III Endings*, Cambridge 2010, 135-155, hier 135

<sup>91</sup> *Steininger*, *Der Kalte Krieg*, 34f

sowjetischer Ideologen mit den Vereinigten Staaten daher auch ein politisches Gleichgewicht hergestellt werden, um mehr Mitsprache bei der Lösung internationaler Probleme zu haben. Eine Politik der Entspannung würde diesen Prozess daher fördern. Ein weiterer Grund war das schlechter werdende sowjetisch-chinesische Verhältnis. Parallel zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen China und der UdSSR im Jahr 1969 zeichnete sich eine amerikanisch-chinesische Annäherung ab. US-Präsident Richard Nixon und sein Sicherheitsberater Henry Kissinger wollten damit bewusst die „chinesische Karte“ gegen die Sowjetunion ausspielen. Eine aktivere sowjetisch-amerikanische Entspannungspolitik sollte diese Tendenz untergraben.<sup>92</sup>

Auf Seiten der Vereinigten Staaten gab es drei große Motive für eine Politik der Entspannung. Es herrschte die Idee vor, dass sich die kommunistischen Systeme in Osteuropa durch einen konstruktiveren Umgang mit der Sowjetunion „liberalisieren“ ließen. Besonders in der populär gewordenen Diskussion um die Menschenrechte, sollte Moskau Bereitschaft zu einem zivileren Umgang mit Dissidenten und auswanderungswilligen Juden zeigen. Der zweite Bereich betraf die Rüstung. Man hoffte, dass die Entspannungspolitik dazu beitragen könnte, die angekurbelte sowjetische Rüstungs-Maschinerie verlangsamen zu können. Ein weiteres Motiv betraf die Friedensstrategie im kaum mehr vertretbaren Vietnamkrieg. Hier erhofften sich die USA, dass Moskau dazu beitragen würde, den amerikanischen Einsatz in Vietnam „in Ehren zu beenden.“<sup>93</sup> Zu Beginn der siebziger Jahre hatten also die politischen Führer beider Seiten verschiedene Gründe, die bilateralen Beziehungen zu stärken.

Vor allem die Anstrengungen der beiden Supermächte, das nukleare Wettrüsten zu reduzieren, bezeichnet Gaddis als das „Herzstück der Entspannung“.<sup>94</sup> Nachdem 1969 die Verhandlungen zur Begrenzung der strategischen Rüstung („SALT“: Strategic Arms Limitation Talks) begonnen wurden, konnten 1972 zwei Verträge abgeschlossen werden. Bei einem Gipfeltreffen in Moskau unterzeichneten Breschnew und Nixon das SALT-I-Abkommen. Es war insofern bedeutsam, als es die Erkenntnis der beiden Supermächte widerspiegelte, dass der ungebremste Rüstungswettkampf die eigene Sicherheit nicht steigern, sondern reduzieren würde. Die abgeschlossenen Verträge sparten bestimmte Themen der Abrüstung allerdings aus. Sie beinhalteten Asymmetrien angesichts der Anzahl der verschiedenen Raketensysteme, deren Präzision und deren Bestückung mit Sprengköpfen. Dies führte zu jahrelangen Verhandlungen über ein SALT-II-Abkommen, welches am 18. Juni 1979, knapp sieben Jahre nach Beginn der Gespräche, von US-Präsident Jimmy Carter und Leonid Breschnew in Wien unterzeichnet wurde. Die Kritik in

---

<sup>92</sup> Adomeit, Die Wellen der Détente, 216

<sup>93</sup> Ebd., 217

<sup>94</sup> Gaddis, Der Kalte Krieg, 248

den USA über den Abrüstungsprozess und die Entspannungspolitik sowie über den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan 1979, führte dann aber dazu, dass der US-Kongress SALT II nicht ratifizierte.<sup>95</sup>

Bevor das Ende der Entspannungsphase und der Übergang in den „Zweiten Kalten Krieg“ beleuchtet werden, soll an dieser Stelle noch auf die Bedeutung der Entspannungspolitik hingewiesen werden – auch wenn sie vorerst zum Scheitern verurteilt war. Laut Hanhimäki<sup>96</sup> war diese Phase ein bedeutender Wendepunkt im Kalten Krieg. Speziell die frühen siebziger Jahre charakterisiert er, in Bezug auf das amerikanisch-sowjetische Verhältnis, aber auch in Anbetracht der internationalen Beziehungen, als eine entscheidende Periode im Ost-West-Konflikt. Vor allem deswegen, weil sie eine länger andauernde Wirkung auf das Klima und die Gesprächsbereitschaft der beiden Supermächte hatte, was sich nicht zuletzt ab der Mitte der achtziger Jahre widerspiegelte. Die vielen Gipfeltreffen, Verhandlungen und Vertragsabschlüsse dieser Ära stellten einen signifikanten Bruch zum Klima der sechziger Jahre dar, als die Kubakrise, der Vietnamkrieg und die Niederschlagung des Prager Frühlings immer wieder für Rückschläge in der amerikanisch-sowjetischen Beziehung sorgten. Zehn Jahre nach der Kubakrise, in der sich die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten am Rande der nuklearen Eskalation gegenüberstanden, wurde 1972 mit dem SALT-I-Abkommen ein wichtiger Schritt zur Eindämmung des Wettrüstens gesetzt. Gleichzeitig merkt Hanhimäki aber an, dass sich das Verhältnis nach 1972 wieder zusehends verschlechterte und dass man sich mit der Frage konfrontieren müsse, ob all die Bemühungen umsonst gewesen seien<sup>97</sup>. Denn die Hoffnungen der frühen siebziger Jahre auf eine dauerhafte Veränderung der amerikanisch-sowjetischen Beziehung waren offensichtlich nicht eingetreten, was in der zweiten, unvollendeten Amtszeit Richard Nixons deutlich wurde.

Der Begriff der Entspannungspolitik wurde mit Fortdauer der siebziger Jahre so unpopulär, dass ihn Gerald Ford 1976 aus seiner Präsidentschaftskampagne verbannte. Besonders deutlich wurde dies auch während der Kandidatur von Ronald Reagan zu Beginn der achtziger Jahre. Seine harsche Rhetorik und das wieder eröffnete Wettrüsten ließen keinen Zweifel daran, dass die außenpolitische Strategie von Nixon und seinem Sicherheitsberater Henry Kissinger der Vergangenheit angehörte und dass eine Radikalisierung im Kalten Krieg bevorstand.<sup>98</sup>

---

<sup>95</sup> Gaddis, *Der Kalte Krieg*, 248-252

<sup>96</sup> Jussi Hanhimäki, *Ironies and Turning Points: Détente in Perspective*. In: Odd Arne Westad (Hg.), *Reviewing the Cold War. Approaches, Interpretations, Theory*, London 2001, 326-342, hier 327f

<sup>97</sup> Hanhimäki, *Ironies and Turning Points: Détente in Perspective*, 329

<sup>98</sup> *Ebd.*, 329

Die Ursachen für das Scheitern der Entspannungspolitik wurden kontrovers diskutiert. Konservative Kritiker meinten, dass das Expansionsstreben und die Hochrüstung des kommunistischen Sowjetregimes dafür verantwortlich gewesen seien. Liberalere Betrachter konstatieren dagegen, dass die fortschreitende konservative Stimmung innerhalb der Vereinigten Staaten, begleitet von der Überzeugung der Überlegenheit des eigenen Systems, die entscheidenden Gründe dafür gewesen seien. Möglicherweise waren aber auch die ideologischen, sozioökonomischen und militärischen Widersprüche zwischen den beiden Supermächten unvereinbar und die Absicht einer tatsächlichen Entspannungspolitik nicht realisierbar.<sup>99</sup>

Njølstad argumentiert, dass die Phase der Entspannung in vier aufeinanderfolgenden Etappen zusammenbrach. Zunächst merkt er an, dass die Bewegung ab Mitte der siebziger Jahre an Schwung verlor. Zwei Entwicklungen waren dafür verantwortlich: Der Rücktritt Richard Nixons vom Amt des US-Präsidenten und ein neues politisches Thema, die Menschenrechte. Als Nixon nach der Watergate-Affäre 1974 zurücktrat, verlor Breschnew einen Partner, dem er vertraute. Nixons Nachfolger Gerald Ford versicherte gegenüber Breschnew zwar, dass er den Kurs seines Vorgängers fortsetzen werde, um SALT II möglichst rasch zu einem Abschluss führen zu können. Doch besonders innerhalb der USA war die Strategie der Entspannung bereits zunehmend auf Kritik gestoßen. Mit dem Rücktritt von Nixon erlitt die „Détente“ (Entspannung) einen herben Rückschlag. Denn der demokratische Senator Henry Jackson machte sich Hoffnungen, Nixons Nachfolger zu werden und brachte ein neues politisches Thema aufs Tablett: Die Menschenrechtsfrage. Im Gegenzug für die wirtschaftlichen Hilfeleistungen der Vereinigten Staaten an die UdSSR, forderte er den Kreml dazu auf, jährlich 60.000 Juden emigrieren zu lassen. Breschnew sah dies als Einmischung in interne sowjetische Angelegenheiten. Diese Entwicklung sorgte für einen ersten Dämpfer in der Ost-West-Beziehung und die Situation wurde noch prekärer, als die Menschenrechtsfrage den Präsidentschafts-Wahlkampf 1976 dominierte. Für viele, speziell konservative Bürger in den USA, war Entspannungspolitik gegenstandslos beziehungsweise unmoralisch, solange sich die Menschenrechts-Situation in Osteuropa und innerhalb der Sowjetunion nicht besserte.<sup>100</sup>

Ford sah sich im anstehenden Wahlkampf daher gezwungen, den Kurs der Entspannungspolitik zu verlassen. Auch deshalb, weil er bei der Nominierung des republikanischen Präsidentschaftskandidaten einen harten Kontrahenten hatte: Den früheren kalifornischen Gouverneur Ronald Reagan, der eine starke Anti-Détante-

---

<sup>99</sup> Njølstad, *The collapse of superpower détente, 1975-1980*, 136

<sup>100</sup> *Ebd.*, 136-139

Plattform vertrat. Damit fand sich Ford in einem Wahlkampf wieder, wo er mit dem Slogan „Frieden durch Stärke“ einen neuen politischen Kurs eingeschlagen hatte. Der Hauptgrund für diese politische Kehrtwende Fords war die Unzufriedenheit der amerikanischen Gesellschaft mit der Politik der Entspannung, vor allem aufgrund der ungeklärten militärischen Balance (hier gab es offene Punkte im SALT-I-Abkommen) und hinsichtlich der Menschenrechtsfrage.<sup>101</sup>

Der zweite Schritt, der zum Kollaps der Détente beigetragen hatte, war laut Njølstad die Wahl Jimmy Carters zum US-Präsidenten. Seine Präsidentschaft markierte einen Wendepunkt im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis. Dabei wollte Carter die Zusammenarbeit nicht bewusst schwächen, sondern hoffte darauf, eine neue und aufrichtige Form der Politik forcieren zu können. Zu diesem Zweck forderte er, dass man Themen umfassend und nicht nur punktuell diskutieren sollte und dass etwaige Anliegen nicht ausgespart werden sollten, nur weil Moskau dazu vielleicht nicht gesprächsbereit sein könnte. Diese Einstellung machte ihn innerhalb des Kremls allerdings vom ersten Tag seines Amtsantrittes an unpopulär. An die Spitze seines außenpolitischen Programmes platzierte Carter die für die Sowjetunion unangenehme Menschenrechtsfrage. Sein nationaler Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski überzeugte ihn, dass dies Moskau ideologisch in die Defensive drängen und oppositionelle Strömungen innerhalb der sowjetischen Gesellschaft bestärken würde.<sup>102</sup> Der Ursprung dieser außenpolitischen Strategie ist in der „Schlussakte von Helsinki“ zu finden. In Helsinki wurde 1975 ein lang verhandeltes Abkommen bei der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) unterzeichnet. Mit der sowjetischen Unterschrift unter die Schlussakte von Helsinki, wurde auch ein Passus über die Einhaltung der Menschenrechte wirksam. Für Carter wurde die Menschenrechtsfrage gegenüber der Sowjetunion in der Folge zum wirksamen außenpolitischen Instrument.<sup>103</sup>

Die öffentliche Unterstützung Carters von prominenten Dissidenten wie Andrej Sacharow oder Valdimir Bukovskii war der sowjetischen Führung ein Dorn im Auge. Es wurde als Affront empfunden, als Bukovskii am 1. März 1977 ins Weiße Haus eingeladen wurde. Die sowjetische Führung betrachtete die von ihm forcierte Menschenrechts-Kampagne als direkte Einmischung in innere politische Angelegenheiten. Im Verlauf des Jahres 1977 wurde es offensichtlich, dass Breschnew nicht zu der von Carter propagierten Form einer neuen und aufrichtigen Entspannungspolitik bereit war. Dies hatte sowohl auf amerikanischer, als auch auf sowjetischer Seite einen ähnlichen Effekt zur Folge: In den Vereinigten Staaten sahen sich die Kritiker der Détante in ihrer Vorahnung bestätigt, dass

---

<sup>101</sup> Njølstad, The collapse of superpower détente, 1975-1980, 139-142

<sup>102</sup> Ebd., 142-144

<sup>103</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 402f

die Entspannungspolitik eine Einbahnstraße war und dass sowjetische Zugeständnisse letztendlich nur durch eine Politik der Stärke zu erreichen seien. Auf sowjetischer Seite sahen Kritiker die Détante als eine von der US-Regierung gestellte Falle, die dazu dienen sollte, die militärische Stärke und das internationale Ansehen der Sowjetunion zu Schwächen.<sup>104</sup>

In der dritten Phase von 1977 bis 1979 schwankte die Détante laut Njølstad ständig zwischen Zusammenarbeit und Wettkampf, wobei beide Seiten zunehmend versuchten, einen Vorteil für sich selbst verbuchen zu können, oder den Gegner zu schwächen. Die Spannung im bilateralen Verhältnis stieg in diesen beiden Jahren zunehmend an. Ein wesentlicher Grund dafür waren auch militärische Verflechtungen der Sowjetunion in Angola, Somalia und Äthiopien. Als der US-Geheimdienst sowjetische Aktivitäten in Äthiopien aufdeckte und Carter den sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko am 27. Mai 1978 bei einem Besuch im Weißen Haus darauf ansprach, meinte dieser nur, dass kein sowjetischer Napoleon in Afrika sei. Dies war für Carter ein entscheidender Moment, denn er war schockiert, wie offensichtlich er von Gromyko belogen wurde. In einer Ansprache im Juni 1978 warnte er die Sowjetunion, dass man sich entweder für Kooperation oder für Konfrontation entscheiden müsse.<sup>105</sup>

Doch was erhoffte sich die Sowjetunion vom Engagement in der Dritten Welt? Anatoli Dobrynin, sowjetischer Botschafter in Washington, meinte dazu, dass es der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees (ZK) der KPdSU gelungen sei, das Politbüro in viele Dritte-Welt-Abenteuer zu verwickeln, um den ideologischen Klassenkampf gewinnen zu können. Er meinte, es würde einige der höchsten Generäle mit hämischer Freude erfüllen, Amerika ihre Verachtung zeigen zu können, indem in entlegenen Gebieten sowjetische Fahnen gehisst würden. Nach den sowjetischen Erfolgen in Vietnam und Angola belastete das Engagement in Äthiopien aber nachhaltig die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und auch die Entspannungspolitik.<sup>106</sup>

Am 18. Juni 1979 kam es in Wien zum Gipfeltreffen von Carter und Breschnew und nach Jahren der Verhandlungen wurde das SALT-II-Abkommen doch noch unterzeichnet. Der Handschlag zwischen den erleichtert wirkenden Staatsmännern und das Bild der Harmonie war symbolisch für die widersprüchliche Phase der Détante, in der Spannung und Entspannung, Konfrontation und Kooperation beinahe gleichzeitig auftreten konnten.<sup>107</sup> Denn nur ein halbes Jahr nach der Unterzeichnung von SALT II, waren die Bemühungen der Entspannungspolitik endgültig gescheitert. Die Ratifizierung des

---

<sup>104</sup> Njølstad, The collapse of superpower détente, 1975-1980, 144f

<sup>105</sup> Ebd., 146f

<sup>106</sup> Gaddis, Der Kalte Krieg, 257

<sup>107</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 407

Vertrages wurde vom US-Senat blockiert. Angesichts der militärischen Stärke der Sowjetunion, vor allem aufgrund der in Europa gefürchteten sowjetischen SS-20 Raketen, reagierte die NATO am 12. Dezember 1979 mit dem berüchtigten „Doppelbeschluss“. Dieser beinhaltete einerseits die Stationierung und Nachrüstung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa ab 1983, andererseits wurden Verhandlungen über eine beidseitige Begrenzung von strategischen Waffen angeboten. Die Sowjetunion reagierte darauf am 27. Dezember 1979 mit der Invasion in Afghanistan. Damit war die Phase der Entspannung endgültig beendet.<sup>108</sup>

Dieser sowjetische Einmarsch in Afghanistan stellt für Njølstad den vierten und letzten Schritt am Weg zum Kollaps der Détante dar. Der Einsatz wurde hauptsächlich aus zwei Motiven durchgeführt: Man befürchtete, dass Machthaber Hafizullah Amin mit den USA zusammenarbeiten und den Kreml hintergehen könnte, außerdem wollte man das marxistisch-leninistische Regime in Kabul aus ideologischen Gründen unterstützen. Die sowjetischen Führer unterschätzten aber die Auswirkungen der Invasion. Die Reaktion der westlichen Welt, speziell jene in den Vereinigten Staaten war weitreichend. Carter war schockiert über den Einmarsch, bezeichnete ihn als die größte Gefährdung des Friedens seit dem Zweiten Weltkrieg<sup>109</sup> und war besorgt über die strategischen und politischen Folgen dieser Operation. Er reagierte im Jänner 1980 mit einem Getreide- und Technologieembargo, mit dem Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau sowie der Ausweisung sowjetischer Diplomaten aus den Vereinigten Staaten. Dem sowjetischen Einmarsch viel auch das jahrelang verhandelte SALT-II-Abkommen zum Opfer. Carter zog es vom US-Senat zurück, es wurde nicht mehr ratifiziert. Für den Rest seiner Präsidentschaft wurde die Entspannungspolitik auf Eis gelegt.<sup>110</sup>

Mit der sowjetischen Intervention in einem souveränen Staat wurde die ohnehin angeschlagene Politik der Entspannung endgültig beendet. Zudem ereignete sich in den USA ein Präsidentenwechsel. Der Demokrat Jimmy Carter scheiterte mit seinem Versuch, einer neuen und aufrichtigen Politik der Entspannung und öffnete damit die Tür für einen republikanischen Hardliner: Ronald Reagan. Er trat Anfang 1981 die Nachfolge von Carter an und ordnete eine erneute Aufrüstung in den Vereinigten Staaten an. Nicht vorhersehbar war aber die Tatsache, dass der Afghanistan-Krieg und die folgende amerikanische Aufrüstung die Sowjetunion in eine innere Systemkrise schlittern lassen sollten, an deren Ende noch nicht absehbare Ergebnisse standen.<sup>111</sup>

---

<sup>108</sup> Gaddis, *Der Kalte Krieg*, 262

<sup>109</sup> Njølstad, *The collapse of superpower détente, 1975-1980*, 150

<sup>110</sup> *Ebd.*, 150f

<sup>111</sup> Hildemeier, *Geschichte der Sowjetunion 1917-1991*, 1004

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Ergebnisse der Détante insgesamt bescheiden waren. Eine Liberalisierung der kommunistischen Systeme in Osteuropa war gegen Ende der siebziger Jahre noch nicht in Sicht und auch im Bereich der Menschenrechtsfrage beharrte die Sowjetunion auf ihrem Grundsatz, dass es keine Einmischung in innere Angelegenheiten sozialistischer Staaten geben dürfe. Die Verfehlung dieser Ziele mündete innerhalb der Vereinigten Staaten zunehmend in eine kritische Stimmung gegenüber der Entspannungspolitik. Dies zeichnete sich zunächst beim Wahlkampf 1976 zwischen Ford und Carter ab, in der Folge wurde es auch am Kurswechsel von Carter sichtbar, der seine gut gemeinte Absicht einer neuen und aufrichtigen Détante mit Breschnew nicht umsetzen konnte und sich zunehmend wieder auf militärische Stärke besann. Auch die Aneinanderreihung militärischer Einsätze der Sowjetunion in der Dritten Welt ab der Mitte der siebziger Jahre war für die US-Regierung schwer mit dem Kurs der Détante in Einklang zu bringen. Die Krisen im bipolaren Verhältnis nahmen ab diesem Zeitpunkt stetig zu. Bei der Beendigung des Vietnamkriegs klagte die US-Führung über fehlende sowjetische Unterstützung. 1975/76 folgte die militärische Hilfeleistung der Sowjetunion für das marxistische Regime in Angola. Ein Jahr später wiederholte sich dieser Vorgang in Äthiopien. 1978 ermöglichten sowjetische Waffenlieferungen an Hanoi, die vietnamesische Besetzung Kambodschas. Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan 1979 brachte das Fass aus amerikanischer Sicht schließlich zum Überlaufen. Die sowjetische Führung war ihrerseits aus zwei Gründen mit dem Verlauf der Entspannungspolitik enttäuscht worden: In wirtschaftlichen Fragen und mit der amerikanischen Thematisierung der Menschenrechte. Die amerikanische Bindung von Wirtschafts-Krediten an die Auswanderungsquote für russische Juden und die Unterstützung der Carter-Administration für prominente Dissidenten war aus sowjetischer Sicht nicht tragbar.<sup>112</sup>

Njølstad fasst fünf Gründe zusammen, die für das Scheitern der Détante ausschlaggebend waren:<sup>113</sup>

1. Die Détante litt unter dem fehlenden gegenseitigen Vertrauen. Die gegenseitige Skepsis war untrennbar mit der Historie des Kalten Krieges verbunden und konnte nicht überwunden werden.
2. Es fehlte an gemeinsamen Werten, Vorstellungen und Visionen, denn der Kalte Krieg war in erster Linie ein Zusammenstoß verschiedener Sozialsysteme und Ideologien.

---

<sup>112</sup> Adomeit, Die Wellen der Détente, 218f

<sup>113</sup> Njølstad, The collapse of superpower détente, 1975-1980, 152-155

3. Die unzureichenden wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen der sowjetischen Planwirtschaft und der kapitalistischen Marktwirtschaft machten keine langfristige Zusammenarbeit notwendig.

4. Beide Supermächte versuchten, geopolitische Vorteile auf Kosten des Partners zu lukrieren – speziell im mittleren Osten, in Angola, in Afrika und in der Region des Persischen Golfs. Die Vereinigten Staaten spielten beispielsweise die „China-Karte“ aus, um die Sowjetunion unter Druck zu setzen, oder versuchten, ihre strategische Position zu verbessern, indem sie oppositionelle Gruppen und Regierungen in Osteuropa unterstützten.

5. Die Dynamik des Wettrüstens war dermaßen komplex, dass der Versuch, ein tatsächliches Gleichgewicht herzustellen, scheitern musste.

Die Entspannungspolitik trug dazu bei, die amerikanisch-sowjetische Beziehung für kurze Zeit zu verbessern. Die Geschehnisse gegen Ende der siebziger Jahre machten die Détante aber zunehmend irrelevant.<sup>114</sup> Es ereigneten sich zu viele Zwischenfälle in zu kurzer Zeit und schließlich trug auch noch eine schwierige personelle Konstellation zur Verhärtung der Fronten bei: Mit Ronald Reagan saß ab 1981 ein neuer, militant auftretender Präsident in Washington, in Moskau befand sich eine starre und vergreiste Führungsriege unter Breschnew. Die Beziehung der Großmächte wurde so schlecht, wie dies zuletzt vor fast zwanzig Jahren der Fall war – seit Überwindung der Kubakrise 1962.<sup>115</sup>

Hanhimäki spricht in Hinblick auf die forschungsleitende Frage dieser Arbeit noch einen wichtigen Aspekt der Détante an: Die Entspannungspolitik schaffte es zwar nicht, den Kalten Krieg zu beenden, beschleunigte diesen Prozess aber vermutlich. Nach der amerikanischen Schmach im Vietnamkrieg sah die sowjetische Elite im Politbüro die Chance gekommen, sich im gegenseitigen Wettrennen absetzen zu können. Diese Gelegenheit beflügelte die Sowjetunion, ab der Mitte der siebziger Jahre, militärisch einen Weg einzuschlagen, der letztendlich nicht zum Triumph, sondern zur Überschuldung führen sollte. Die Konsequenz des eingeschlagenen Weges war für Breschnew und sein Politbüro zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht absehbar.<sup>116</sup>

---

<sup>114</sup> *Njølstad*, The collapse of superpower détente, 1975-1980, 155

<sup>115</sup> *Peter Bender*, Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, München 1995, 208

<sup>116</sup> *Hanhimäki*, Ironies and Turning Points: Détente in Perspective, 337f

## 4. Der Kalte Krieg und seine offensive Schlussphase

Obwohl sich die politische Situation zu Beginn der achtziger Jahre wieder verschärfte, konnte noch niemand das Ende des Systemkonflikts und den beginnenden Zusammenbruch der UdSSR am Ende dieser Dekade erahnen. Im Jahr 1988 kursierten zwar erste Meldungen über ein absehbares Ende des Kalten Krieges, die Skepsis gegenüber solchen Aussagen blieb jedoch groß. Zu oft und zu voreilig wurde schon über ein mögliches Ende gesprochen, etwa nach dem Tod Stalins, dem Bau der Berliner Mauer, nach der Bewältigung der Kubakrise oder während der Hochphase der Entspannung. Im Laufe der vier Jahrzehnte der Konfrontation hatte man sich mit dem Status quo abgefunden und alles andere als eine kriegerische Beendigung des Konflikts, galt als unrealistische Vision. Da ein Krieg aber die nukleare Ausrottung jeglicher Zivilisation bedeutet hätte, sah man die Fortsetzung des Kalten Krieges als eine Art Frieden des geringsten Übels an. Erst mit dem beginnenden Transformationsprozess in den ostmitteleuropäischen Staaten im Jahr 1989 wurde deutlich, dass ein mögliches Ende im Ost-West-Konflikt doch bevorstehen könnte. Die weitgehend friedliche Revolution in Ostmitteleuropa und die Auflösung der UdSSR kam für die meisten Beobachter allerdings unerwartet schnell.<sup>117</sup>

Wie und warum es derart schnell zur (meist) friedvollen Demokratisierung des ehemaligen Ostblocks gekommen ist, wird in den folgenden Kapiteln dargestellt. Ein wesentlicher Grund dafür war vermutlich auch die spezielle Konstellation jener Führungspersönlichkeiten, die sich nicht mit dem scheinbar festgefahrenen Status quo des Kalten Krieges zufrieden geben wollten und die durch ihre Reden, ihre Beharrlichkeit und Furchtlosigkeit einen Prozess in Gang gesetzt hatten, der entscheidend zur Beendigung des Konflikts beitragen sollte. Es waren Persönlichkeiten wie Deng Xiaoping, Lech Wałęsa, Papst Johannes Paul II., Margaret Thatcher, Michael Gorbatschow und Ronald Reagan die in der letzten Dekade des Kalten Krieges das Fundament für den Transformationsprozess legten. Wobei hier vor allem die Rolle Ronald Reagans ausführlicher beleuchtet werden soll. Wie viel oder wenig die jeweiligen Persönlichkeiten zur Beendigung des Kalten Krieges beigetragen haben wird nach wie vor von verschiedenen Autoren des Kalten Krieges kontrovers diskutiert. Fest steht, dass sie allesamt bereit waren, für eine Änderung der bestehenden Ordnung einzutreten.<sup>118</sup>

Deng Xiaoping wurde nach einem Konflikt mit Mao verbannt, musste fliehen und wurde nach Maos Tod 1978 zu Chinas oberstem Führer. Er setzte in China marktwirtschaftliche

---

<sup>117</sup> Vladislav M. Zubok, *Why Did the Cold War End in 1989? Explanations of 'The Turn'*. In: Odd Arne Westad (Hg.), *Reviewing the Cold War. Approaches, Interpretations, Theory*, London 2001, 343-367, hier 343.

<sup>118</sup> Gaddis, *Der Kalte Krieg*, 265f

Reformen durch und legte den Grundstein für den wirtschaftlichen Aufstieg des Landes. Im Gegensatz zu den rückläufigen sowjetischen Wachstumsraten vervierfachte sich das chinesische Bruttosozialprodukt zwischen 1978 und 1994, die Exportraten stiegen auf das Zehnfache an und als Deng 1997 starb war China bereits zu einer der größten Wirtschaftsmächte der Welt geworden. In Polen gründete Lech Wałęsa 1980 die erste unabhängige Gewerkschaft in der marxistisch-leninistischen Welt: Die Solidarność, die sich zu westlichen Prinzipien der Demokratie und zum Christentum bekannte.<sup>119</sup> Dementsprechend wurde die Bewegung vom polnischen Papst Johannes Paul II., für den die Kommunisten Todfeinde waren,<sup>120</sup> unterstützt. Der damit verbundene (und vermutlich von der Sowjetunion in Auftrag gegebene) Attentatsversuch, bei dem der Papst am 31. Mai 1981 vom jungen Türken Ali Ağca angeschossen wurde, scheiterte. Der Papst überlebte und auch die Solidarność-Bewegung konnte zunächst nicht unterbunden werden. Anders als 1953 in Ostdeutschland, 1956 in Ungarn oder 1968 in der Tschechoslowakei, wich die Sowjetunion unter Gorbatschow erstmals von der „Breschnew-Doktrin“ ab und verzichtete aufgrund von innenpolitischen (Wirtschaftskrise) und außenpolitischen (Afghanistankrieg) Gründen auf ein militärisches Einschreiten in Polen. Dennoch wurde der Ausnahmezustand verhängt, Polen stand ab dem 13. Dezember 1981 (bis Juli 1983) unter Kriegsrecht. Die bereits auf etwa zehn Millionen Mitglieder angewachsene Solidarność wurde 1982 verboten, Wałęsa wurde verhaftet.<sup>121</sup>

Mit Englands erster Premierministerin Margaret Thatcher und mit dem 1980 gewählten US-Präsident Ronald Reagan traten zwei Führungspersönlichkeiten in den Vordergrund, die sie sich klar vom Kurs der Entspannungspolitik distanzieren, der Sowjetunion offensiver entgegenzutreten und dies in zahlreichen Reden auch deutlich machten. Der ehemalige Schauspieler Ronald Reagan war ebenso unerwartet an die Macht gekommen wie Deng oder Thatcher. Aufgrund seiner Vergangenheit wurde er von seinen Gegenspielern oft unterschätzt. Laut Gaddis war das ein schwerwiegender Fehler, denn Reagan sei einer der geschicktesten Politiker und fähigsten Strategen gewesen, den die Vereinigten Staaten seit langem gehabt hätten.<sup>122</sup>

Die Entspannungspolitik war in Reagans Augen ein schwerwiegender strategischer Fehler, denn sie wäre von der Sowjetunion nur zu dem Zweck forciert worden, um sich als gleichberechtigter Partner der Vereinigten Staaten und anderer westlicher Demokratien darstellen zu können und um den Status quo des Kalten Krieges verlängern zu können. Ein Ende der Entspannung, so Reagan, würde daher auch unweigerlich zu einem Ende

---

<sup>119</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 426

<sup>120</sup> Steininger, Der Kalte Krieg, 49

<sup>121</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 427

<sup>122</sup> Gaddis, Der Kalte Krieg, 270

des Kalten Krieges führen. Entspannungspolitik sei eine Einbahnstraße und gleichbedeutend mit westlicher Schwäche. Reagan trat die Nachfolge des Demokraten Jimmy Carter an, um den Kalten Krieg gegen die Sowjetunion, die er bei einer Rede 1983 als „Reich des Bösen“ bezeichnete, zu gewinnen.<sup>123</sup> Mit seiner Präsidentschaft startete er einen weltweiten anti-sowjetischen und anti-kommunistischen Kreuzzug.<sup>124</sup> Den Kommunismus charakterisierte Reagan als „*vorübergehende Verirrung, die eines Tages von der Erde verschwinden wird, weil sie der menschlichen Natur zuwiderläuft.*“<sup>125</sup> In den Jahren 1981 bis 1986 ließ er das größte Aufrüstungsprogramm in den USA durchführen, dass es in Friedenszeiten je gegeben hat. Die Ausgaben dafür stiegen von 171 auf 376 Milliarden Dollar. Reagan war der Überzeugung, dass die wirtschaftlich angeschlagene Sowjetunion bei einer derartigen Verstärkung des Drucks implodieren würde.<sup>126</sup>

Die stärkste Waffe des neuen US-Präsidenten war die öffentliche Rede. Dabei griff er die Sowjetunion oftmals direkt an, wie die folgenden Beispiele zeigen. Im Mai 1981 (sechs Wochen, nachdem auch er von einem Attentäter angeschossen worden war) meinte er: „*Der Westen wird den Kommunismus nicht übernehmen, er wird ihn überwinden.*“<sup>127</sup> Im Juni 1982 sprach er vor den Häusern des britischen Parlaments davon, dass die vom Totalitarismus errichteten Regime über 30 Jahre Zeit gehabt hätten, ihre Legitimität zu beweisen. „*[...] Aber keines von ihnen – nicht ein einziges – hat es bisher gewagt, freie Wahlen abzuhalten.*“<sup>128</sup> 1983 gelang es Reagan, die Sowjetunion enorm unter Druck zu setzen. Mit der Ankündigung, ein Raketenabwehrsystem aufbauen zu wollen (die sogenannte „Strategische Verteidigungsinitiative“ – SDI), trieb er die sowjetische Führung in die Enge. So stellte er bei einer Fernsehansprache die Frage: „*Was, wenn [...] wir strategische Raketen abfangen und zerstören können, bevor sie unseren eigenen Boden oder den unserer Verbündeten erreichen können?*“<sup>129</sup> Dies war ein Schock für die Sowjetunion, die vom angekündigten Raketenabwehrsystem aus zwei Gründen unter Druck gesetzt wurde: Erstens nahm ein derartiges Abwehrsystem den eigenen militärisch-politischen Forderungen den Wind aus den Segeln. Zweitens musste man sich in Moskau eingestehen, dass man technisch, aber vor allem wirtschaftlich nicht in der Lage war, darauf reagieren zu können.<sup>130</sup> Auch wenn die Vereinigten Staaten selbst noch weit davon

---

<sup>123</sup> Steininger, Der Kalte Krieg, 47

<sup>124</sup> Vladislav M. Zubok, Soviet foreign policy from détente to Gorbachev, 1975-1985. In: Melvyn P. Leffler (Hg.), The Cambridge history of the Cold War. Volume III Endings, Cambridge 2010, 89-111, hier 45

<sup>125</sup> Gaddis, Der Kalte Krieg, 270

<sup>126</sup> Steininger, Der Kalte Krieg, 47f

<sup>127</sup> Gaddis, Der Kalte Krieg, 277

<sup>128</sup> Ebd., 277

<sup>129</sup> Ebd., 280

<sup>130</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 417

entfernt waren, ein derartiges System zu installieren, Reagan konnte die Kremführer überzeugen, dass die Einführung von SDI unmittelbar bevorstand.<sup>131</sup>

All diese Führungspersönlichkeiten (insbesondere auch Michael Gorbatschow, dem das Kapitel 4.2 gewidmet ist) setzten durch ihr Handeln verschiedene Züge im Schachspiel des Kalten Krieges, die letztendlich (beabsichtigt oder nicht) zur Beendigung des Konflikts beigetragen hatten.

#### **4.1 Die Sowjetunion schlittert in die Krise**

Während in den USA nach den Präsidentschaftswahlen im November 1980 mit Ronald Reagan ein politischer Hardliner die Nachfolge von Jimmy Carter antrat, glich die politische, wirtschaftliche und personelle Situation innerhalb der KPdSU und der Sowjetunion am Beginn des letzten Jahrzehnts des Kalten Krieges einem Scherbenhaufen.<sup>132</sup>

Meisner merkt an, dass die gesamte Breschnew-Ära von der innenpolitischen Frage geprägt war, welche Reformschritte zur Ankurbelung der Sowjetwirtschaft gesetzt werden sollten. Die Wachstumsschwierigkeiten hatten vor allem zwei Ursachen: Erstens sorgte das zentralistisch-bürokratische System für ökonomischen Stillstand. Zweitens versuchte man, trotz des geringeren Wirtschaftspotentials, eine globale außenpolitische Strategie im Wettkampf mit den Vereinigten Staaten zu verfolgen. Dies verschlang enorme finanzielle Mittel, die letztlich bei der inneren, wirtschaftlichen Entwicklung fehlten. Die Sowjetunion musste für die umfassende Aufrüstung in der zweiten Hälfte der Breschnew-Ära einen doppelt so hohen Anteil des Bruttosozialprodukts aufbringen als die Vereinigten Staaten.<sup>133</sup>

Die grundlegenden Fehlentwicklungen innerhalb der Sowjetunion waren spätestens seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre erkennbar. Nicht zu leugnen war die katastrophale ökonomische Lage. Dies zog das zweite Problem mit sich, nämlich die mangelnde Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Konsumgütern. Für den notwendig gewordenen Kurswechsel gab es nun zwei Möglichkeiten: Eine Steigerung der Produktivität, oder eine Änderung der Prioritäten – also eine Abkehr von der Hochrüstung. Mit dem NATO-Doppelbeschluss und der Invasion in Afghanistan war dies im politischen Kräftespiel gegen Ende der siebziger Jahre aber scheinbar unmöglich. Breschnews Nachfolger Juri Andropow unternahm zögerliche Reformversuche, diese durften jedoch

---

<sup>131</sup> Gaddis, Der Kalte Krieg, 281

<sup>132</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 437

<sup>133</sup> Meissner, Die Sowjetunion im Umbruch, 54

die Grundpfeiler der kommunistischen Ordnung nicht verschieben. Gorbatschow gelangte ab 1985 zu der Einsicht, dass der Sowjetunion nicht mehr viel Zeit bleiben würde und man ein gewisses Risiko in Kauf nehmen müsse, um schnelle Erfolge erzielen zu können.<sup>134</sup>

Stöver merkt an, dass die Sowjetunion Anfang der achtziger Jahre ein desaströses Bild bot und zwar weit dramatischer, als dies im Westen vermutet wurde. Breschnew war seit 1964 Parteichef der KPdSU, gesundheitlich seit seinem Schlaganfall 1976 schwer gezeichnet und sein politischer Einfluss war bereits weitgehend zurückgedrängt. Seine Ära galt als Zeit der politischen und ökonomischen Stagnation. Unter ihm erreichte das Durchschnittsalter der Mitglieder des Politbüros über 70 Jahre. Mit dem Stellvertreterkrieg in Afghanistan schlitterte Breschnew in ein politisches Debakel, auch wenn die Entscheidung zum Einmarsch schon von seinem späteren Nachfolger Juri Andropow gefällt wurde.<sup>135</sup>

Eine zentrale Leitung der Partei war aufgrund der aufgeblasenen und weitverzweigten Bürokratie kaum mehr möglich und von den alltäglichen Problemen des sowjetischen Volkes war die KPdSU weit entfernt. Kritik an der Parteiführung zu üben war schon zu Lenins Zeiten, speziell aber während der Stalin-Ära, untersagt. Doch selbst unter Breschnew war es gefährlich, offenkundige Fehlentwicklungen aufzuzeigen. Parteimitglied Fjodor Kulakow fiel beispielsweise 1978 in Ungnade des Politbüros und beging Selbstmord, nachdem er verlautbarte, dass sich die Landwirtschaftspolitik in einer Sackgasse befinden würde. Solche und ähnlich geartete Fälle führten dazu, dass Funktionäre ihren Vorgesetzten aufgebauschte Erfolgsmeldungen vorlegten oder Bilanzen aufpolierten – Fehlentwicklungen wurden also vertuscht. Die verfälschten Meldungen summierten sich bis zur Parteiführung derart, dass die Spitzenpolitiker am Ende nicht mehr sicher sein konnten, was der Realität entsprach.<sup>136</sup> Aufgrund all dieser Umstände war die KPdSU in den letzten Jahren der Breschnew-Ära nahezu handlungsunfähig, innenpolitische Probleme wurden beschönigt, oder unter den Teppich gekehrt. Die sowjetische Wirtschaft war am Boden. Die Wachstumsraten tendierten gegen Null und die sowjetische Bevölkerung kämpfte gegen den sinkenden Lebensstandard. Die außenpolitische Situation hatte sich, verglichen zur Entspannungsphase der frühen siebziger Jahre, radikal verschlechtert. Der Afghanistankrieg isolierte das Land außenpolitisch und mit dem einhergehenden Ende der Entspannungspolitik setzte eine Wiederbelebung des Wettrüstens ein, die die UdSSR finanziell überforderte. Der elfte

---

<sup>134</sup> *Hildemeier*, Geschichte der Sowjetunion 1917-1991, 1014f

<sup>135</sup> *Stöver*, Der Kalte Krieg, 437

<sup>136</sup> Heinz *Brahm*, Voraussetzungen und Verlauf der Reformpolitik Gorbatschows. In: Jürgen *Elvert* (Hg.), Der Umbruch in Osteuropa, Stuttgart 1993, 29-37, hier 29f

Fünfjahresplan von 1981-1985 bezeichnete „*ein historisches Tief in der Geschichte der Sowjetunion*“.<sup>137</sup>

Nach 60 Jahren der Alleinherrschaft hatte sich die KPdSU am Ende der Breschnew-Ära „*im Netzwerk ihrer Bürokratie, im Filz der Korruption und in den Gespinsten der eigenen Propaganda verfangen*“.<sup>138</sup> Das Problem der politischen Führung Moskaus bestand darin, dass es kein Regulativ zur Ablösung des Parteichefs gab. Ein Wechsel an der Spitze der Partei konnte nur durch Verschwörung, Putsch oder durch den Todesfall des „ersten Mannes“ vollzogen werden. Laut Hildemeier wartete man am Ende der Breschnew-Ära „*auf einen biologisch erzwungenen Neuanfang*“.<sup>139</sup> Sein Schlaganfall hatte dauerhafte Schäden hinterlassen und er war kaum mehr in der Lage, vorgefertigte Stellungnahmen abzulesen. Dass der Parteichef nicht mehr im Stande war, sein Amt noch geistesgegenwärtig auszuführen, blieb niemandem verborgen, „*der mehr als nur Standfotos von ihm sah*“.<sup>140</sup>

Am 10. November 1982 verstarb Leonid Breschnew und Juri Andropow übernahm die Regierungsgeschäfte. Doch die Führungskrise innerhalb der KPdSU hielt weiterhin an. Andropow war zum Zeitpunkt seiner Wahl schon 68 Jahre alt und damit der älteste bestellte Generalsekretär in der Geschichte der UdSSR. Nicht einmal zwei Jahre nach Breschnews Tod verstarb Juri Andropow am 9. Februar 1984, Krankheit und zu vorsichtig gesetzte Reformversuche verhinderten politische Erfolge.<sup>141</sup> Das Machtmonopol der Partei, die wirtschaftliche Ordnung und die uneingeschränkte Kontrolle der Gesellschaft durch staatliche Instanzen durften während seiner Amtszeit nicht umgestoßen werden. Dieses autoritäre und streng systemimmanente Vorgehen erlaubte aber bestenfalls langsame Fortschritte.<sup>142</sup>

Nach dem Tod Andropows kam mit Konstantin Tschernenko ein konservativer und noch älterer Parteichef an die Spitze der KPdSU. Doch nur ein Jahr nach Andropow verstarb Tschernenko im März 1985 und hinterließ erneut eine Lücke an der Parteispitze. Diese wurde dann vom 52-jährigen und vergleichsweise jungen Michael Gorbatschow geschlossen, der den schwerkranken Vorgänger schon seit Monaten bei Regierungsangelegenheiten vertrat.<sup>143</sup> Mit Tschernenko starb der dritte Sowjetführer innerhalb von nur zweieinhalb Jahren und alle drei waren in der Schlussphase ihrer Karriere aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr im Stande, ihren Aufgaben

---

<sup>137</sup> Gerhard Simon, Nadja Simon, Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, München 1993, 17

<sup>138</sup> Brahm, Voraussetzungen und Verlauf der Reformpolitik Gorbatschows, 29

<sup>139</sup> Hildemeier, Geschichte der Sowjetunion 1917-1991, 1014

<sup>140</sup> Ebd., 1014

<sup>141</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 437

<sup>142</sup> Hildemeier, Geschichte der Sowjetunion 1917-1991, 1015

<sup>143</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 437f

nachzukommen. Das bedeutete für die UdSSR, dass seit Ende der siebziger Jahre die Staatsgeschäfte im Inneren und Äußeren stagnierten und die Moskauer Weltmacht nicht mehr adäquat auf politische Entwicklungen reagieren konnte. Neben den Generalsekretären musste der veraltete Parteistab der KPdSU in dieser Phase auch die Verluste des langjährigen Regierungschefs Alexej Kossygin (1980), des Chefideologen Michail Suslow (1982) und des Verteidigungsministers Dmitrij Ustinow (1984) verschmerzen.<sup>144</sup>

Die UdSSR sah sich zur Mitte der achtziger Jahre also mit weitverzweigten Problemen konfrontiert: Rasch aufeinanderfolgende Todesfälle an der Parteispitze der KPdSU, stagnierende Wirtschaft, technologische und finanzielle Defizite gegenüber den westlichen Staaten, enorme Ausgaben für den Rüstungswettlauf, sinkender Lebensstandard und ein Krieg in Afghanistan, der das Land außen- wie auch innenpolitisch isolierte.<sup>145</sup>

Eine ähnliche Diagnose stellt auch Hoffer. Er fasst die Systemkrise der UdSSR in folgenden Punkten zusammen:<sup>146</sup>

- kontinuierlich sinkendes Wirtschaftswachstum
- geringe Ausweitung der Produktion aufgrund von fehlendem technischen Fortschritt und einem Mangel an Arbeitskräften
- veralteter Produktionsapparat und verrottete Infrastruktur
- ein aussichtsloser Krieg in Afghanistan
- eine überforderte Volkswirtschaft, weil man versuchte, mit der wirtschaftlich überlegenen Konkurrenz Rüstungsparität herzustellen
- aufgeblasene Bürokratie innerhalb eines überalterten, starren Parteiapparats (da ein Ausscheiden der Mitglieder meist nur durch den Todesfall zu Stande kam)

Die Tragweite der Krise war weiten Teilen der Bevölkerung, aber vermutlich auch Personen innerhalb des Apparats nicht in vollem Ausmaß bekannt. Mit traditionellen Instrumenten sowjetischer Politik waren diese Probleme nicht mehr zu überwinden. Die aussichtslose politische, wirtschaftliche und moralische Lage des Landes machte eine radikale Reform von oben notwendig. Doch auch Gorbatschow sollte mit dem Versuch der Perestroika (Umgestaltung) scheitern. Zu viel wurde in den vorangegangenen Jahren verabsäumt, um die Defizite in kurzer Zeit überwinden zu können. Hoffer hält fest, dass

---

<sup>144</sup> György Dalos, *Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa*, München 2009, 8f

<sup>145</sup> Mir A. *Ferdowsi*, *Das Ende des Kalten Krieges und der Zerfall des Sowjetimperiums. Eine retrospektive Betrachtung*. In: Mir A. *Ferdowsi* (Hg.), *Die Welt der 90er Jahre. Das Ende der Illusionen*, Bonn 1995, 11-22, hier 12

<sup>146</sup> Frank *Hoffer*, *Perestroika am Ende*. In: Eberhard *Fehrmann*, Frank *Neumann* (Hg.), *Gorbatschow und die Folgen: Am Ende eines Zeitalters*, Hamburg 1992, 71-87, hier 71f

jede Wirtschaftsreform, oder jede Variante der Modernisierung vor dem Problem gestanden hätte, „daß gewaltige Infrastrukturmaßnahmen, Modernisierung des Produktionsapparats, Umstellung von Industrieproduktion, Beseitigung der katastrophalsten ökologischen Schäden, Milderung der Wohnungsnot, Schaffung einer menschenwürdigen Gesundheitsversorgung und Hebung des Konsumniveaus nicht auf einmal in kurzer Frist zu realisieren sind.“<sup>147</sup>

Die Wachstumsraten der Fünfjahrespläne ab der Mitte der sechziger Jahre spiegeln die negative Entwicklung innerhalb der Sowjetunion wider. Die durchschnittlichen Zuwachsraten des produzierten Nationaleinkommens verringerten sich von 7,7 Prozent (1966-1970) über 5,7 Prozent (1971-1975) und 4,1 Prozent (1976-1980) auf 2,6 Prozent bis 1982. Westliche Bewertungen sprechen im Jahr 1982 von einer tatsächlichen Zuwachsrate von nur knapp über einem Prozent.<sup>148</sup> Die Zuwachsraten der Industrieproduktion sanken im selben Zeitraum von 8,4 Prozent (1966-1970) über 7,4 Prozent (1971-1975) und 4,4 Prozent (1976-1980) auf 2,8 Prozent bis 1982. Auch die Planziele der chemischen Industrie, der erdölverarbeitenden Industrie, der Metallindustrie und des Maschinenbaus konnten nicht erfüllt werden. Nach den schlechten Ernten von 1981 und 1982 war die Sowjetunion darauf angewiesen, 45 Millionen Tonnen Futtermittel und Getreide einzuführen – hauptsächlich aus den Vereinigten Staaten. Diese angespannte wirtschaftliche Lage am Ende der Breschnew-Ära gab jenen in der Sowjetunion Rückenwind, die der Meinung waren, dass tiefgreifende Reformen notwendig sein würden, um einen Umschwung erreichen zu können.<sup>149</sup>

Diesen Rückgang der Wachstumsraten bezeichnet auch Simon als das sichtbarste Krisensymptom der Sowjetunion zur Mitte der achtziger Jahre. Verglichen mit dem im Westen üblichen Indikator des Bruttosozialprodukts ist die sowjetische Wachstumsrate des produzierten Nationaleinkommens von sieben Prozent in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre auf 1,5 bis zwei Prozent bis zur Mitte der achtziger Jahre gefallen. Derartige Krisensymptome hatte die sowjetische Wirtschaft während Friedenszeiten nie zuvor gezeigt. Dieser Rückgang des Wirtschaftswachstums war deshalb so bedenklich, weil er strukturell bedingt war und ohne grundlegende politische Eingriffe war keine Trendwende in Sicht. Arbeits- und Kapitalproduktivität stagnierten und das planwirtschaftliche System blockierte die Einführung neuer Techniken, selbst dann, wenn sie von der Forschung bereitgestellt wurden. Der Abstand zu westlichen Industrienationen vergrößerte sich zunehmend. 1980 erwirtschaftete die Sowjetunion nach offiziellen Angaben 67 Prozent des amerikanischen Nationaleinkommens, 1985 waren es 66

---

<sup>147</sup> Hoffer, Perestroika am Ende, 72

<sup>148</sup> Meissner, Die Sowjetunion im Umbruch, 64

<sup>149</sup> Ebd., 64f

Prozent. Inoffiziellen russischen Berechnungen zufolge betrug das sowjetische Nationaleinkommen gegen Ende der achtziger Jahre aber nur 14 bis 15 Prozent verglichen mit jenem der Vereinigten Staaten.<sup>150</sup> Auch die Unterstützung der Bruderstaaten mit billigeren Rohstoffen (hier vor allem Öl) konnte man nicht mehr fortsetzen. Dies führte dazu, dass die politischen Führer in Warschau, Budapest, Sofia, Bukarest und Ost-Berlin versuchten, wirtschaftliche Verbindungen mit dem Westen zu suchen.<sup>151</sup>

Der wirtschaftliche Rückfall ging Hand in Hand mit zunehmenden gesellschaftlichen Spannungen. Die zentralistisch-bürokratische Einparteierrschaft war weder in der Lage, den ökonomischen Niedergang zu stoppen, noch die wachsenden gesellschaftlichen Bedürfnisse zu lösen. Die Kluft zwischen einer langsam reifer werdenden Industriegesellschaft und dem diktatorischen System mit überholten Ordnungsvorstellungen wurde zusehends größer.<sup>152</sup> Der Idealismus vergangener Jahrzehnte schwand und speziell die jüngere Generation verlor den Glauben an die Ideologie. Der Marxismus-Leninismus starb während der Regentschaft Breschnews einen schleichenden Tod.<sup>153</sup> Immer weniger Menschen glaubten daran, dass sich die Sowjetunion auf dem richtigen Weg befinden und auf eine glorreiche kommunistische Zukunft zusteuern würde. Die miserablen Lebensverhältnisse zu Beginn der achtziger Jahre wurden überwiegend mit dem schwächelnden kommunistischen System identifiziert. Die Abkehr von der Sowjetideologie war paradoxerweise auch eine Folge der langen Friedensperiode der vergangenen Jahrzehnte. Während kriegerischen Auseinandersetzungen tröstete man die sowjetische Bevölkerung damit, dass der Segen des Sozialismus eintreten werde, sobald man die Periode des Kampfes und der Entbehrungen überwunden hätte. Diese Argumente der Propaganda wirkten aber weniger überzeugend, je länger der Frieden – und damit das Warten auf bessere Zeiten – andauerte.<sup>154</sup>

Neue gesellschaftliche Vorstellungen, die immer stärker aus dem Westen eindrangten, führten zu einem Bewusstseinswandel. Dies zog einerseits eine gesellschaftliche Differenzierung nach sich, andererseits ging damit das Streben nach mehr Mitspracherecht, Rechtssicherheit und nach einem höheren Lebensstandard einher.<sup>155</sup> Speziell der letzte Punkt wurde für die KPdSU zunehmend zu einem politischen Risikofaktor. Der Lebensstandard tendierte seit Ende der siebziger Jahre zum Null- oder

---

<sup>150</sup> *Simon*, Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, 106-108

<sup>151</sup> *Zubok*, Soviet foreign policy from détente to Gorbachev, 97f

<sup>152</sup> *Meissner*, Die Sowjetunion im Umbruch, 65

<sup>153</sup> *Zubok*, Soviet foreign policy from détente to Gorbachev, 1975-1985, 93.

<sup>154</sup> *Simon*, Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, 22

<sup>155</sup> *Meissner*, Die Sowjetunion im Umbruch, 65f

gar zum negativen Wachstum, wobei erhebliche regionale Unterschiede auftraten. Seit Mitte der fünfziger Jahre verbesserte sich das Lebensniveau für breite Schichten der Sowjetgesellschaft langsam, aber kontinuierlich, was für politische Stabilität und Loyalität gegenüber der Einparteiherrschaft sorgte. Die Ansprüche der Bevölkerung der achtziger Jahre hatten gegenüber den fünfziger Jahren jedoch erheblich zugenommen, während der Lebensstandard aber immer schlechter wurde. Diese negative Entwicklung bedrohte die Legitimität der politischen Führung.<sup>156</sup> Die sowjetische Gesellschaft hatte sich gegenüber der Stalin-Ära grundlegend verändert. Die Abschottung der Bevölkerung gegenüber der Außenwelt wurde zunehmend poröser, die Manipulation durch die sowjetische Propaganda wurde dadurch erschwert. Konnten 1940 nur etwa zwei Prozent der Bevölkerung der UdSSR ausländische Radiosender empfangen, so stieg dieser Wert in den fünfziger Jahren auf acht Prozent und in den siebziger Jahren auf 50 Prozent an. Propaganda-Lügen verloren ihre Wirksamkeit und immer mehr Menschen gelangten zur Überzeugung, dass westliche Industrieländer in Hinblick auf technischen und wirtschaftlichen Fortschritt, sozialer Sicherheit und hinsichtlich des Lebensstandards überlegen seien. Die Parole vom Einholen und Überholen des Kapitalismus verlor ihre Glaubwürdigkeit. Die politische Führung war nicht mehr in der Lage, selbstständige Regungen in der Gesellschaft zu kontrollieren und zu unterdrücken. Es wurden vorsichtige, aber unaufhaltsame Schritte zur Emanzipation von der Einparteidiktatur gesetzt. Verschiedene Bürgerrechtsgruppen formierten sich seit den sechziger Jahren und es entstanden erste Ansätze zur Vertretung eigener Interessen und zur Äußerung einer öffentlichen Meinung. Dies ging auf eine wichtige sozialhistorische Voraussetzung zurück: Der Entstehung einer neuen Mittelschicht, die eine qualifizierte berufliche Ausbildung erhalten hatte und nun den Nährboden der Emanzipation bildete. Die Bildungsexplosion ab den fünfziger Jahren hatte das Gesellschaftsbild gegenüber der Stalin-Ära erheblich verändert. Der Analphabetismus wurde beseitigt und die bürgerliche Schicht lebte überwiegend in den Städten. Im Jahr 1940 machte die Zahl der Stadtbewohner nur ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus, während im Jahr 1990 zwei Drittel der Menschen in den Städten ansässig waren.<sup>157</sup>

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Sowjetunion zu Beginn der achtziger Jahre mit unterschiedlichen innen- und außenpolitischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Problemen zu kämpfen hatte, man jedoch keine geeigneten Mittel und Wege fand (oder finden wollte), um eine Trendwende herbeiführen zu können. Unter Breschnews „*brüchiger Herrschaft*“<sup>158</sup> war die Sowjetunion nicht mehr in

---

<sup>156</sup> Simon, Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, 107

<sup>157</sup> Ebd., 24-29

<sup>158</sup> Gaddis, Der Kalte Krieg, 265

der Lage, diese Probleme zu lösen. Meissner charakterisiert die Breschnew-Ära als eine Periode der inneren Ruhe und der Konsolidierung. Doch infolge von nur zögerlichen Reformversuchen und des ausbleibenden Generationenwechsels innerhalb der Partei fand eine Konservierung des zentralistisch-bürokratischen Systems statt, die zur politischen Stagnation führte. *„Daher griff das Gefühl, sich in einer unwegsamen Lage, in einer Sackgasse zu befinden, [...], in den ‚höheren Sphären‘ der Sowjetgesellschaft zunehmend um sich.“*<sup>159</sup> Infolge der höheren Bildung, der Entstehung einer bürgerlichen Schicht, des bescheidenen Lebensstandards und der teilweisen Öffnung der Sowjetunion verloren immer mehr Menschen den Glauben an die Überlegenheit des kommunistischen Systems und an eine sichere Zukunft. Die schnell aufeinander folgenden Todesfälle an der Spitze der Partei verschärften dazu die ohnehin schwierige politische Situation. Diese Zwangslage war aber vermutlich notwendig, um das zu ermöglichen, was unter dem kommenden Generalsekretär der KPdSU umgesetzt wurde. Ein Programm der Umgestaltung und der Öffnung. Die Eliten der Partei, des KGBs und des Militärs verlangten nach einer jungen, dynamischen und tatkräftigen Führungspersönlichkeit. Michael Gorbatschow, ein Schützling des verstorbenen Juri Andropow, erfüllte diese Anforderungen. Er wurde als *„Ein-Mann-Lösung“*<sup>160</sup> für die zahlreichen Probleme der Union betrachtet. Was zu diesem Zeitpunkt noch niemand erahnen konnte, war die Tatsache, dass er der letzte Generalsekretär der Sowjetunion sein würde.

## 4.2 Die Ära Gorbatschow: Die zweite russische Revolution

*„Warten auf Gorbatschow“.*<sup>161</sup> Diese Parole war im Kreml laut Anatoli Tschernajew – zunächst Stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees, ab 1986 außenpolitischer Berater und enger Wegbegleiter Gorbatschows – schon lange vor April 1985 verbreitet. Nach Andropows Tod ruhten bereits die Hoffnungen auf der Wahl Gorbatschows. Zur Enttäuschung vieler wurde zunächst aber noch Konstantin Tschernenko zum Generalsekretär ernannt. Unter ihm wurde *„das politische Leben aber vollends zur lächerlichen Farce degeneriert.“*<sup>162</sup> Tschernenko starb am 10. März 1985 und nur wenige trauerten dem Ende seiner kurzen Regentschaft nach. Er hätte die unter Andropow begonnen Veränderungen im Land lediglich blockiert, so der Tenor im Politbüro. Bereits einen Tag nach dem Tod Tschernenkos verkündete Außenminister Gromyko beim folgenden Plenum des Zentralkomitees, dass Michael Gorbatschow einstimmig zum neuen Generalsekretär der KPdSU gewählt wurde. Die Gründe dafür

<sup>159</sup> Meissner, Die Sowjetunion im Umbruch, 74

<sup>160</sup> Zubok, Soviet foreign policy from détente to Gorbachev, 110

<sup>161</sup> Anatoli Tschernajew, Die letzten Jahre einer Weltmacht. Der Kreml von innen, Stuttgart 1993, 13

<sup>162</sup> Ebd., 13

seien eindeutig: Er sei ein Mann mit Prinzipien und Überzeugungen, verfüge über scharfen, analytischen Verstand, könne auf hohe Bildung und praktische Erfahrung zurückgreifen, habe ein gewinnendes Lächeln, aber eiserne Zähne.<sup>163</sup> Gromyko ließ die Mitglieder des Plenums wissen: *„Mit einem Wort, wir haben einen Mann vor uns, der würdig ist, den Posten in dieser schweren Zeit für unser Land zu übernehmen.“*<sup>164</sup>

Gorbatschow war bäuerlicher Abstammung, studierte am Ende der Stalin-Ära Rechtswissenschaften an der Moskauer Staatsuniversität und war im Politbüro der erste diplomierte Jurist seit Lenin gewesen. Nach seinem abgeschlossenen Jurastudium arbeitete Gorbatschow im Auftrag der Partei in der Jugendorganisation Kosmopol, später als Parteifunktionär. In den sechziger Jahren war er für die landwirtschaftliche Verwaltung der 66.000 Quadratkilometer großen Region Stawropol verantwortlich, daher kannte er die Agrarverhältnisse der UdSSR gut.<sup>165</sup> Ideologisch wurde Gorbatschow – er war als erster Generalsekretär der Nachkriegszeit nicht im Zweiten Weltkrieg beteiligt – von Nikita Chruschtschow und dessen anti-stalinistischer Politik geprägt. Bereits für Andropow war er der gewünschte Nachfolger, wurde dann aber nach der schweren Erkrankung Tschernenkos als dessen Vertreter nominiert und leitete im Hintergrund die Regierungsgeschäfte. Maßgeblichen Einfluss am Aufstieg Gorbatschows hatten die Anhänger des verstorbenen Andropow, die dessen Willen verfolgten.<sup>166</sup>

Nach seiner Wahl zum Generalsekretär gelang es Gorbatschow rasch, bedeutende personelle Veränderungen in der Kreml-Führung umzusetzen und somit seine Machtstellung auszubauen. Bereits im Juli 1985 wurde Gromyko zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets gewählt, seine Nachfolge als Außenminister trat Eduard Schewardnadse an.<sup>167</sup> Dieser Wechsel war für den weiteren Verlauf des Kalten Krieges von Bedeutung. Schewardnadse kehrte während seiner Amtszeit von der imperialen Außenpolitik ab, gewährte den ostmitteleuropäischen Ländern mehr Recht auf Selbstbestimmung und entkrampfte dadurch die Konfrontation zwischen Ost und West.<sup>168</sup>

Mit der Wahl Michael Gorbatschows 1985 an die Spitze der KPdSU wurde sowohl im Osten als auch im Westen die Hoffnung auf einen Umbruch und Neuanfang im Kalten Krieg geweckt. Vor allem westliche Politiker zeigten sich beeindruckt vom neuen Sowjet-Führer. So meinte Charles Powell, Berater der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, nach dem ersten gemeinsamen Treffen: *„[...] Für uns war das eine Offenbarung – wir erlebten eine völlig neue sowjetische Führerpersönlichkeit: einen Mann, der weder*

---

<sup>163</sup> Hildemeier, Geschichte der Sowjetunion 1917-1991, 1021

<sup>164</sup> Tschernajew, Die letzten Jahre einer Weltmacht, 31f

<sup>165</sup> Dalos, Der Vorhang geht auf, 11

<sup>166</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 438

<sup>167</sup> Meissner, Die Sowjetunion im Umbruch, 75-104

<sup>168</sup> Brahm, Voraussetzungen und Verlauf der Reformpolitik Gorbatschows, 31

*Anhänger noch Helfer brauchte, einen Mann, der nicht einfach eine vorgefertigte Rede vom Blatt ablas. Wir sahen einen Mann, der diskutieren und disputieren konnte wie ein Politiker aus dem Westen [...], einen Mann der frei über gewisse Wege sprach, die die Entwicklung in der Sowjetunion nehmen könnte. [...] So waren unsere Hoffnungen auf ein freieres, ein menschlicheres System in der Sowjetunion denn auch hauptsächlich mit der Person Gorbatschows verbunden.*<sup>169</sup> Auch der französische Präsident François Mitterrand betonte, dass es sich bei Gorbatschow um einen völlig neuen Typus eines Sowjetführers handle. Und Hans Dietrich-Genscher, Außenminister der BRD, zeigte sich nach dem ersten Treffen mit Gorbatschow ebenfalls beeindruckt und bestärkte seine Parteikollegen: *„Wir müssen Gorbatschow ernst nehmen, wir müssen ihn beim Wort nehmen, und wir dürfen eine historische Chance nicht versäumen.“*<sup>170</sup>

Innerhalb der Sowjetunion hoffte man auf Reformbemühungen Gorbatschows im ökonomischen Bereich. Die Notwendigkeit zur Umgestaltung der Wirtschaftsweise war sowjetischen Politikern und Wirtschaftsexperten zwar schon vor der Ära Gorbatschow bewusst, angestrebte Reformkonzepte waren aber sachlich meist unzureichend und konnten höchstens partiell realisiert werden. Erste zögerliche Versuche zum Umbau der Sowjetgesellschaft wurden also auch schon vor Gorbatschow durchgeführt, Effekte waren aber nur von kurzer Dauer und zu geringfügig. Besonders im Bereich der Außenpolitik hielten Gorbatschows Vorgänger Andropow und Tschernenko an den starren Positionen der Sowjetunion fest. Keiner von beiden war bereit, vom sowjetischen Standpunkt abzuweichen, obwohl die finanziellen Möglichkeiten schon weit überschritten waren.<sup>171</sup>

Laut Brahm war Gorbatschow trotz seiner Führungsqualitäten und seiner raschen Auffassungsgabe aber nicht ausreichend für die von ihm angestrebten Reformvorhaben gerüstet, denn die Sowjetunion hatte gleichzeitig an zu vielen Fronten zu kämpfen:<sup>172</sup>

- Wirtschaftlich musste sich die UdSSR gegenüber westlichen Industriestaaten einen Rückstand eingestehen.
- Es war nicht gelungen, den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben.
- Ein Großteil der Bevölkerung wandte sich vom Marxismus-Leninismus ab und war enttäuscht von der Partei, die einem wachsenden Zynismus gegenüberstand. Die Arbeitsmoral befand sich am Tiefpunkt.
- Afghanistan entwickelte sich zum „Vietnam der Sowjetunion“.

---

<sup>169</sup> Alexander von Plato, Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer Protokolle, Berlin 2002, 38

<sup>170</sup> Plato, Die Vereinigung Deutschlands, 39

<sup>171</sup> Hansgeorg Conert, Krise und Reform der sowjetischen Wirtschaft. In: Frank Neumann (Hg.), Gorbatschow und die Folgen: Am Ende eines Zeitalters, Hamburg 1992, 53-70, hier 53f

<sup>172</sup> Brahm, Voraussetzungen und Verlauf der Reformpolitik Gorbatschows, 31-36

- Wie die polnische Solidarność-Bewegung gezeigt hatte, brodelte es in Osteuropa. Dies wurde zu einer weiteren wirtschaftlichen und politischen Belastung Moskaus.

Angesichts dieser neuen Probleme brauchte es laut Gorbatschow auch neue Lösungsansätze und ein neues politisches Denken. Dazu sei es auch notwendig, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen zu verbessern und einen konstruktiven Dialog zu führen.<sup>173</sup> Die tiefgreifenden Änderungen, die in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre unter Gorbatschow in der Sowjetunion umgesetzt wurden, verdienen hinsichtlich ihrer Dimension durchaus die Bezeichnung einer Revolution. Laut Brown wandelte sich Gorbatschow in den ersten fünf Jahren seiner Amtszeit von einem kommunistischen Reformler zu einem demokratischen Sozialisten. Auch wenn er es öffentlich nicht verlautbaren konnte, so meinte er 1989 zu seinem politischen Berater Georgi Shakhnazarov, dass er sich der Sozialdemokratie verbunden fühle. Selbstverständlich war die tiefgreifende Reform Gorbatschows nicht nur das Ergebnis der Arbeit eines einzelnen Mannes. Er hatte sich in der Partei sichere Seilschaften aufgebaut, mit deren Hilfe er jene Reformziele in Angriff nahm, die in Bezug auf das Ende des Kalten Krieges noch eine maßgebliche Rolle spielen sollten.<sup>174</sup>

#### **4.2.1 Der gescheiterte Reformversuch: Perestroika und Glasnost**

Die Bestellung Gorbatschows zum Generalsekretär entsprang der Einsicht, dass Reformen innerhalb der Sowjetunion unaufschiebbar wurden. Mit seinem Tatendrang, seiner öffentlichen Wirksamkeit, seinem rhetorischen Talent und seiner für kommunistische Funktionäre untypischen Lebendigkeit, galt er als Idealbesetzung, um die sowjetische Krisensituation zu überwinden. Das Programm der Perestroika (Umgestaltung) ist also keineswegs überraschend vom Himmel gefallen, sondern wurde als notwendiger Schritt gesehen, um die über die Jahre entstandenen inneren und äußeren Probleme der Sowjetunion zu beheben.<sup>175</sup> Es wurde immer deutlicher, dass die UdSSR zwar auf militärischer Ebene mit den USA mithalten konnte, wirtschaftlich aber hoffnungslos hinterherhinkte. Gerade wegen dem maßlosen Ausbau der Rüstungsindustrie geriet die UdSSR ökonomisch an den Rand der Katastrophe. Die Produktion von Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs war daher ungleich schlechter, als jene in den USA.<sup>176</sup> Der sowjetische Außenminister Eduard

<sup>173</sup> Michael *Gorbatschow*, Perestroika. Die zweite Russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1987, 12f

<sup>174</sup> Archie *Brown*, The Gorbachev revolution and the end of the Cold War. In: Melvyn P. Leffler (Hg.), The Cambridge history of the Cold War. Volume III Endings, Cambridge 2010, 244-266, hier 244f

<sup>175</sup> *Hildemeier*, Geschichte der Sowjetunion 1917-1991, 1021

<sup>176</sup> *Stöver*, Der Kalte Krieg, 439

Schewardnadse gab in seinen Memoiren einen klaren Einblick in die prekäre Lage der Sowjetunion der achtziger Jahre:

*„Eine Supermacht waren wir ausschließlich dank unserer militärischen Stärke geworden. Doch durch ihren maßlosen Ausbau gerieten wir in die Lage eines drittrangigen Landes; [...], unsere Rüstungspolitik bewirkte Prozesse, die unser Land an den Rand einer Katastrophe führten. [...] Wir brüsten uns zwar, militärische Parität mit den USA erreicht zu haben, können aber nicht einmal davon träumen, ein annäherndes Gleichgewicht der Produktion von Einwegspritzen, Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs zu erzielen.“<sup>177</sup>*

Gorbatschow hielt in seinem Buch fest, dass die Perestroika der Mittelpunkt des geistigen Lebens sei, denn jeder Sowjetbürger sei davon betroffen und es ginge um lebenswichtige Fragen für die Zukunft.<sup>178</sup> Das Programm wurde nach einer kritischen Analyse der KPdSU formuliert und sollte den sozialen und ökonomischen Fortschritt des Landes beschleunigen. Laut Gorbatschow wurde das Reformprogramm im Westen und in den Vereinigten Staaten falsch interpretiert. Die Perestroika sei nicht wegen des katastrophalen Zustands der sowjetischen Wirtschaft ins Leben gerufen worden, sondern deshalb, weil man das Potential der Sowjetunion und des Sozialismus effektiver nutzen wollte.<sup>179</sup> Den problematischen Zustand innerhalb der Union beschönigte er aber nicht, so schrieb er:

*„Es blieb niemandem verborgen, daß die Zuwachsraten merklich sanken und der gesamte Mechanismus der Qualitätskontrolle nicht funktionierte. Die Fortschritte in Wissenschaft und Technik konnten nicht umgesetzt werden; die Verbesserung des Lebensstandards stagnierte, und bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln, Wohnungen, Konsumgütern und Dienstleistungen kam es zu Engpässen. [...] Es war nur folgerichtig, daß diesem Zustand ein Verlust der Glaubwürdigkeit folgte. Alles was von Rednertribünen verkündet und in Zeitungen und Broschüren gedruckt wurde, stellte man in Frage. Es kam zu einem Zerfall der öffentlichen Moral.“<sup>180</sup>*

Gorbatschow kritisierte, dass es in der Sowjetunion aufgrund ineffizienter und verschwenderischer Nutzung der Ressourcen zu Mangelerscheinungen kam. Es fehlte an einer effektiven Umsetzung des Know-Hows aus dem Bereich der Wissenschaft und der Technik, um den Lebensstandard hoch zu halten. Ein Beispiel hierfür waren die Importe

---

<sup>177</sup> Ferdowsi, Das Ende des Kalten Krieges, 13

<sup>178</sup> Gorbatschow, Perestroika, 8

<sup>179</sup> Ebd., 9

<sup>180</sup> Ebd., 23

von Millionen Tonnen von Futtergetreide, obwohl die Sowjetunion einer der größten Getreideproduzenten der Welt war. Die Schwächen des Systems und der sinkende Lebensstandard führten zu einem Vertrauensverlust an die Stärke und die Ideologie der KPdSU.<sup>181</sup>

Die Hauptaufgabe Gorbatschows war die Bekämpfung des vorherrschenden Immobilismus, denn während der Breschnew-Ära hatte die Sowjetunion wirtschaftlich und technologisch den Anschluss an den Westen weitgehend verloren.<sup>182</sup> Schon bei seiner Antrittsrede im April 1985, besonders aber bei seiner berühmt gewordenen Ansprache am XXVII. Parteitag 1986 verkündete er daher seine Ideologie des „Neuen Denkens“. Er machte deutlich, dass er der sowjetischen Politik ein neues Antlitz verleihen wolle. Dies kündigte er mit den Schlagworten Perestroika (Umgestaltung) und Glasnost (Transparenz, Offenheit) an. Außenpolitisch erbrachte er gegenüber dem Westen schon am 12. März 1985 – einen Tag nach seiner Antrittsrede – den Beleg für sein propagiertes „Neues Denken“: Einerseits nahm er die Gespräche über die Rüstungskontrolle wieder auf (auch aus ökonomischen Gründen), andererseits kam er westlichen Forderungen nach, indem er 1986 die Verbannung des Systemkritikers Andrej Sacharows aufhob und auch andere Dissidenten rehabilitierte. Dies sollte sich allerdings als Bumerang erweisen, denn gerade diese Systemkritiker prangerten Gorbatschow später wegen seiner halbherzigen Veränderungen an, die er letzten Endes doch nicht mit aller Konsequenz verfolgte.<sup>183</sup>

Die Perestroika stellte ein geschlossenes Reformprogramm dar und betraf alle gesellschaftlichen und politischen Bereiche. Die wichtigsten Punkte des Programms lassen sich wie folgt zusammenfassen:<sup>184</sup>

Bereich der Wirtschaftspolitik:

- Abbau des Vorrangs der Schwer- und Rüstungsindustrie
- Priorität für Landwirtschaft, Konsumgüter und Wohnungsbau
- Erneuerungen bei sozialen Diensten und im Bildungsbereich
- Überprüfung, Abbau und Dezentralisierung der Planwirtschaft
- Reform des Preissystems, Erhöhung von Löhnen und Renten
- Übergang zur sozialistischen Marktwirtschaft

---

<sup>181</sup> Gorbatschow, Perestroika, 22

<sup>182</sup> Leonid Luks, Die Geschichte Russlands und der Sowjetunion. Von Lenin bis Jelzin, Regensburg 2000, 484

<sup>183</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 439

<sup>184</sup> Theodor Bergmann, Perspektiven des Sozialismus am Ende der Stalin-Ära. In: Frank Neumann (Hg.), Gorbatschow und die Folgen: Am Ende eines Zeitalters, Hamburg 1992, 41-52, hier 45f

#### Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik:

- Ende des Wettrüstens
- Abbau der Konfrontation mit kapitalistischen Führungsmächten
- Abbau der Rüstung auf das für die Landesverteidigung notwendige Maß
- Rückzug aus Afghanistan, neues Verhältnis zu sozialistischen Staaten

#### Bereich der Innenpolitik:

- Offenheit für Kritik und Debatten auf allen Ebenen
- bürgerliche Freiheiten, Trennung von Partei und Staat
- Vertretung der Interessen aller sozialer Schichten
- Politischer Pluralismus auf der Grundlage des Sozialismus
- Verkleinerung und Verjüngung des Parteiapparats
- Rotation der Funktionen
- Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus

Für die Umsetzung dieser Vorhaben mussten aber einige Grenzen der bisherigen kommunistischen Gesetzmäßigkeiten durchbrochen werden. Angesichts der Tragweite der Reformen gab es innerhalb der KPdSU überraschend wenig Widerstand gegen den neu eingeschlagenen Kurs. Besonders im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik sah man die Notwendigkeit, sich vom Wettrüsten zu verabschieden, um mehr Ressourcen für die Versorgung der eigenen Bevölkerung nutzen zu können. Ein Schwachpunkt dieser Überlegungen war, dass man davon ausging, dass der Westen ähnlich handeln und denken würde. Doch von den führenden Politikern kapitalistischer Länder wurde der Rückzug der Sowjetunion eher als Zeichen der Schwäche und als Beweis der Überlegenheit des eigenen Systems interpretiert.<sup>185</sup>

Die geplanten Reformen innerhalb der Union sollten die Grundprinzipien des Kommunismus aber nicht zur Gänze über Bord werfen, sondern die bestehende Ordnung modifizieren und verbessern. Der Umbau im politischen und wirtschaftlichen Bereich sollte den Niedergang der angeschlagenen Sowjetunion verhindern und ihr Fortbestehen sichern.<sup>186</sup> Um dieses Vorhaben umzusetzen, war laut Gorbatschow eine umfassende Demokratisierung aller Bereiche der Gesellschaft notwendig, denn die Perestroika sei nur auf der Grundlage der Demokratie möglich. Dies sei aber kein Widerspruch zur Ideologie Lenins. Er sei im Westen fälschlicherweise als Verfechter autoritärer

---

<sup>185</sup> *Bergmann*, Perspektiven des Sozialismus, 45

<sup>186</sup> *Ferdowsi*, Das Ende des Kalten Krieges, 13

Verwaltungsmethoden dargestellt worden. Tatsächlich seien Demokratie und Sozialismus laut Lenin aber untrennbar miteinander verbunden.<sup>187</sup> Für Gorbatschow war Lenin ein politisches Idol. Dessen Programm der Neuen Ökonomischen Politik ab dem Jahr 1921 symbolisierte die innerparteiliche Demokratie und den Kampf gegen die Bürokratie. Diese Entwicklung wurde durch Stalin abgewürgt und sollte unter Gorbatschow wieder ins Leben gerufen werden. Eine der wichtigsten Aufgaben der Perestroika war für Gorbatschow die *„Befreiung der Gesellschaft von der erstickenden Umarmung des Apparates“*.<sup>188</sup>

In den ersten Jahren nach den eingeleiteten Reformen zeichnete sich jedoch ab, dass sich die Wirtschaftspolitik der Perestroika als Misserfolg erwies. Der Versuch, an der Grundstruktur der sozialistischen Planung und Leitung der Wirtschaft festzuhalten, andererseits aber marktwirtschaftliche Elemente einzuführen, erwies sich als nicht realisierbar. Gorbatschow war gezwungen, einen Spagat zwischen dem alten System und dem Reformenprogramm zu machen. Der experimentelle Charakter der Perestroika kann dabei nicht vom Tisch gewischt werden. Es gab bis zu diesem Zeitpunkt keinen Präzedenzfall, der aufgezeigt hätte, wie eine überzentralisierte Planwirtschaft einem Demokratisierungsprozess unterworfen und allmählich in eine sozial-verträgliche Marktwirtschaft übergeleitet würde.<sup>189</sup> Es zeigte sich, dass die versuchte Einführung einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ nicht realisierbar war. Die Wirtschaftspolitik der Perestroika endete 1991 mit einem Fiasko. Die Planung und Lenkung im Sinne des alten Modells befand sich in Auflösung und gesetzliche Rahmenbedingungen für die Etablierung marktwirtschaftlicher Strukturen wurden nicht geschaffen. Simon bilanziert: *„Ohne es zu wollen, hatte Perestroika das alte Lenkungssystem der Wirtschaft zerstört, war aber nicht bereit und in der Lage gewesen, Grundlagen für eine Marktwirtschaft zu legen“*.<sup>190</sup>

Gorbatschow musste schon bald erkennen, dass die Reform der Wirtschaft ohne eine Reform des Gesellschaftssystems nicht zu verwirklichen war. So kam er zum Programm von Glasnost, mit dem Ziel der politischen und gesellschaftlichen Öffnung und Transparenz:

*„Wir wollen Offenheit in allen öffentlichen Angelegenheiten und in allen Bereichen des Lebens. Das Volk muß wissen, was gut und was schlecht ist, um das Gute zu mehren und das Schlechte zu bekämpfen. [...] Wahrheit ist die Hauptsache. Glasnost ist heute ein lebendiges Beispiel für eine gesunde, positive geistige und moralische Atmosphäre in der Gesellschaft, die es dem*

---

<sup>187</sup> Gorbatschow, Perestroika, 36f

<sup>188</sup> Luks, Die Geschichte Russlands und der Sowjetunion, 487

<sup>189</sup> Bergmann, Perspektiven des Sozialismus, 47

<sup>190</sup> Simon, Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, 106

*Volk leichter macht, zu verstehen, was bei uns geschieht, was vor sich geht, was wir anstreben und planen, und, auf der Grundlage dieses Verstehens, bewußt an der Umgestaltung mitzuwirken. [...] Im Volk reift die Überzeugung, daß Glasnost eine effektive Form ist, die Aktivitäten aller, und zwar ausnahmslos aller Regierungsorgane zu kontrollieren, ein mächtiger Hebel, mit dem Fehler korrigiert werden können.*<sup>191</sup>

Gorbatschow forderte die Bevölkerung auf, sich politisch und gesellschaftlich stärker zu engagieren. In der Folge bildeten sich unterschiedlichste Vereinigungen, etwa Diskussionsklubs, ökologische Gruppen oder Friedensinitiativen. Die Zahl der verschiedenen Gruppierungen stieg bis ins Jahr 1988 auf 30.000 an. Auch die Presse und regimekritische Autoren begannen sich immer detaillierter mit den Missständen der sowjetischen Vergangenheit und Gegenwart auseinanderzusetzen. Dies führte zu Flügelkämpfen in der Partei, denn die Verfechter der alten Ordnung waren entsetzt über das Abrücken vom kommunistischen Unfehlbarkeitsdogma. Sie warnten Gorbatschow davor, dass die Förderung der gesellschaftlichen Eigeninitiative und die Auflockerung der bestehenden Machtstruktur katastrophale Folgen für das Regime haben könnte. Sie kritisierten, dass Gorbatschows Reformprojekt das Land in den Abgrund stürzen würde. Gorbatschow reagierte darauf, indem er seine Anhängerschaft stärkte und seine politischen Gegner absetzte. Sechs der 14 Parteichefs der Unionsrepubliken und 75 von 150 Parteichefs in einzelnen Regionen wurden bis August 1987 ersetzt. Dennoch gelang es nicht, den stärker werdenden Widerstand gegen das Reformprojekt zu brechen. Boris Jelzin – er wurde von Gorbatschow 1986 mit der Leitung des Moskauer Parteikomitees beauftragt – meinte allerdings, dass die Reformen zu zaghaft und nicht radikal genug seien. Für ihn war der neue Kurs nicht konsequent genug. Als er dies 1987 offenkundig bei einem ZK-Plenum kritisierte, wurden ihm alle Partei- und Regierungsämter entzogen. Durch einen Wahlsieg beim „Kongress der Volksdeputierten“ feierte Jelzin 1989 sein politisches Comeback und sägte am politischen Stuhl Gorbatschows (siehe Kapitel 6).<sup>192</sup>

Mit der größer werdenden Versorgungskrise und der Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation verlor das Reformprojekt auch unter der Bevölkerung die Glaubwürdigkeit. Die städtische Versorgung mit Grundnahrungsmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs war gegen Ende der achtziger Jahre nicht mehr gesichert. Waren im Jahr 1983 innerhalb der UdSSR etwa 90 Prozent der Grundnahrungsmitteln erhältlich, so sank dieser Anteil 1989 auf 22 Prozent und 1990 sogar auf 11 Prozent ab. Die Ursachen hierfür lagen in der Verschärfung der ökonomischen Situation. Das Bruttosozialprodukt fiel

---

<sup>191</sup> Gorbatschow, Perestroika, 92f

<sup>192</sup> Luks, Die Geschichte Russlands und der Sowjetunion, 487-490

1989 um drei bis vier Prozent, 1990 nochmals um fünf bis sieben Prozent und 1991 um über 15 Prozent ab. Parallel dazu stieg die Inflation enorm: Befanden sich 1987 etwa 80 Milliarden Rubel im Umlauf, stieg die Zahl 1990 auf 104 Milliarden an und erreichte Anfang 1991 den Rekordwert von 132 Milliarden. Die Geldmenge nahm also bei sinkendem Warenangebot und schlechter werdender Produktion permanent zu, was zu einer verschärften Inflation führte.<sup>193</sup>

Hildemeier gliedert Gorbatschows Ära mit den Reformversuchen von Perestroika und Glasnost in vier Phasen:<sup>194</sup>

Phase eins erstreckt sich von der Wahl Gorbatschows im März 1985 bis Ende 1986. Im Mittelpunkt standen dabei wirtschaftliche Reformprojekte, mit denen er eine Beschleunigung des ökonomischen und sozialen Fortschritts erreichen wollte.

Phase zwei dauerte von Ende 1986 bis Mitte 1988 und stand im Zeichen von Glasnost, also von Transparenz und Offenheit. Dieses Programm führte erstmals über ökonomische Reformen hinaus. Es war ein erster und entscheidender Schritt, die Grenzen der bestehenden Ordnung zu überschreiten – geleitet von der Überzeugung, dass wirtschaftlicher Fortschritt ohne politische Bewegungsfreiheit nicht umsetzbar sei. Dadurch signalisierte Gorbatschow, dass er bereit war, den Sprung ins Ungewisse zu wagen. Dies festigte zwar seine Glaubwürdigkeit im In- und Ausland, sorgte aber auch erstmals für erheblichen Widerstand der konservativen Kräfte und für eine Polarisierung der sowjetischen Gesellschaft und der politischen Öffentlichkeit.

Die dritte Phase erstreckte sich von der Mitte des Jahres 1988 bis zum Herbst 1990. Das herausragende Ereignis bildet dabei die 19. Parteikonferenz im Juni 1988. Zwischen den regulären Parteitagen stellte diese Konferenz – zuletzt wurde eine derartige Versammlung 1941, also vor 47 Jahren einberufen – eine außerordentliche Zusammenkunft dar. Die inhaltlichen Parolen lauteten „Vertiefung der Perestroika“, „Reform des politischen Systems“ und „Demokratisierung der Partei und Gesellschaft“. An ihrem Ergebnis stand eine Demokratisierung des politischen Systems. Mit dem Volksdeputiertenkongress wurde eine neue oberste gesetzgebende Institution ins Leben gerufen, die aus den geplanten allgemeinen Wahlen im April 1989 hervorgehen sollte. Auch wenn der Kongress politisch nicht viel bewegte, so veränderte er durch seine bloße Existenz den politischen Prozess. So gab es beispielsweise Live-Übertragungen aller Debatten im Fernsehen. Dieser ungewohnte politische Pluralismus mit öffentlicher Kritik und harschen Forderungen hinterließ bei der Bevölkerung zweifelsohne einen bleibenden Eindruck. Der zweite bedeutsame Schritt lag darin, dass die Mitglieder des Kongresses nicht mehr streng an

---

<sup>193</sup> *Ferdowsi*, Das Ende des Kalten Krieges, 14

<sup>194</sup> *Hildemeier*, Geschichte der Sowjetunion 1917-1991, 1022-1053

die KPdSU gebunden waren. Dies war die Voraussetzung für die Bildung neuer Parteien, aus der im Oktober 1989 die „Russische Volksfront“ hervorging. Damit war der zentrale Eckpfeiler der kommunistischen Alleinherrschaft formell beseitigt. Es war ein revolutionärer Schritt, der den kommunistischen Exklusivanspruch auf die kontrollierende Lenkung des öffentlichen und politischen Lebens der Menschen über Bord warf.<sup>195</sup>

Gorbatschow hoffte, dass er mit diesem ersten Schritt zum Parlamentarismus eine neue Vertrauensbasis der Gesellschaft in das Einparteiensystem erzeugen könnte. Das Risiko dieser Entscheidung, mit den noch nicht absehbaren Nebeneffekten, wurde dabei offenbar unterschätzt. Die Einführung parlamentarischer Institutionen oder des Schein-Parlamentarismus stärkte das Vertrauen in die politische Führung nicht, sondern zog die Forderung nach umfassendem Parlamentarismus mit einem Mehrparteiensystem nach sich und sorgte für eine weitere Schwächung der ohnehin angeschlagenen KPdSU. Wieder versuchte Gorbatschow, einen Mittelweg zu gehen, der Spagat im Reformprogramm konnte aber erneut nicht gehalten werden.<sup>196</sup>

Im Februar 1990 strich der in einer außerordentlichen Sitzung zusammengerufene Volksdeputiertenkongress den 6. Artikel aus der Verfassung – dieser schrieb die alleinige Führungsrolle der KPdSU fest. Die vierte und letzte Phase der Perestroika reicht von der Erosion der Zentralgewalt 1990 bis zum Putsch im August 1991, an dessen Ende das historische Ereignis der Auflösung der Sowjetunion am 31. Dezember desselben Jahres stand.<sup>197</sup>

Die Bilanz des Reformversuchs mit Perestroika und Glasnost fällt laut Hoffer ernüchternd aus. Gorbatschow litt unter dem Dilemma, „*in der Kontinuität der alten, erschöpften Ordnung zu stehen.*“<sup>198</sup> Seine Versprechungen der Jahre 1985-1987 konnten nicht umgesetzt werden, die grundlegende Rationalisierung der Ökonomie scheiterte. Einerseits wurden die positiven Effekte der Zulassung größerer Autonomie überschätzt, andererseits wurden die negativen Auswirkungen der Zulassung von marktwirtschaftlichen Elementen auf Funktionszusammenhänge der bestehenden Wirtschaftsordnung unterschätzt.<sup>199</sup> Die Perestroika stellt den misslungenen Versuch dar, eine Dynamik kapitalistischer Entwicklung mit nicht kapitalistischen Mitteln zu erreichen. Damit führte die Perestroika nicht zur Systemreform, sondern zum Systemzusammenbruch.

---

<sup>195</sup> Hildemeier, Geschichte der Sowjetunion 1917-1991, 1022-1053

<sup>196</sup> Simon, Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, 73

<sup>197</sup> Hildemeier, Geschichte der Sowjetunion 1917-1991, 1053

<sup>198</sup> Hoffer, Perestroika am Ende, 73

<sup>199</sup> Ebd., 73

Hoffer nennt vier Gründe, die den Reformversuch scheitern ließen:<sup>200</sup>

1. Die Folgen einer halben Dezentralisierung. Die Übertragung betrieblicher Autonomie wurde ohne die Übertragung von Eigentumsformen eingeführt. Daher entwickelten weder Arbeiter noch Manager ein Interesse am Gedeihen der Betriebe. Außerdem blieben die Preise staatlich festgesetzt. Ohne freie Preise war eine Überprüfung der betrieblichen Kostenstruktur aber nicht möglich. Die harte Hand der Planbürokraten wurde also gelockert, doch die Betriebe wurden nicht zur Gänze den Regeln des freien Marktes überlassen.

2. Die Zulassung eines privaten Sektors. Die Zulassung von privaten Bereicherungsmöglichkeiten führte aufgrund von fehlenden Strukturreformen nicht zum erwünschten Effekt, dass zusätzliche Dienstleistungen und Produkte für die Versorgung der Bevölkerung angeboten wurden. Viel mehr führte es zu schnellen Gewinnen einiger risikobereiter Unternehmer, denn die Geschäfte mit dem Mangel in der UdSSR waren augenscheinlich gewinnbringender als Geschäfte zur Beseitigung des Mangels.<sup>201</sup>

3. Glasnost als Offenlegung der Schwäche der alten Ordnung und die öffentliche Zerstörung ihrer Legitimität. Das Glasnost-Programm kam zu spät, um durch die Möglichkeit der öffentlichen Diskussion Unterstützung für die System-Reform zu gewinnen. Die Befürchtungen konservativer Kritiker hatten sich bewahrheitet: Durch die Transparenz und Offenlegung gesellschaftlicher Missstände wurden diese aufgrund des ausgelösten Schocks teilweise noch verstärkt. Die Berichte über Verbrechen der Vergangenheit, die katastrophalen Lebensbedingungen und die ökologischen Katastrophen führten nicht zu einer Aufbruchsstimmung, sondern lösten Erschütterung über die aktuelle gesellschaftliche Lage aus und erweckten das Bild, dass man vor 70 Jahren den falschen Weg eingeschlagen habe.<sup>202</sup>

4. Nationalismus und ethnisch motivierte Bewegungen führten zur Unterminierung des Gesamtstaates. Das Bedürfnis zur Wiederherstellung der eigenen Kultur und ethnischen Identität sowie die Ablehnung der Moskauer Zentralmacht, der die Schuld für die schlechten Lebensbedingungen gegeben wurde, führte zu nationalen Unabhängigkeitsbewegungen. Dies war nahezu in allen nicht-russischen Sowjetrepubliken mit unterschiedlicher Intensität festzustellen. Ein Austritt aus der UdSSR war mit der Hoffnung verbunden, dass sich die Situation mit westlicher Hilfe schneller verbessern würde, als dies in einem Unionsverband möglich wäre. Es zeigte sich jedoch,

---

<sup>200</sup> Hoffer, Perestroika am Ende, 77f

<sup>201</sup> Ebd., 79f

<sup>202</sup> Ebd., 80f

dass der Zerfall des Zentralstaates nicht zur raschen Lösung der ökonomischen und ethnischen Probleme führte.<sup>203</sup>

Insgesamt betrachtet, erwies sich der versuchte Mittelweg Gorbatschows als politischer Sprengstoff. Dass er die Möglichkeit einer demokratischen Zivilgesellschaft aufzeigte, sie aber nicht bis zur letzten Konsequenz verwirklichen wollte, sollte letztendlich zum Zusammenbruch der Sowjetunion führen.<sup>204</sup>

#### 4.2.2 Reykjavik und die Welle der Abrüstung

Parallel zu den innenpolitischen Reformen setzte Gorbatschow nach zähen Verhandlungen mit US-Präsident Reagan auch außenpolitisch neue Akzente, die entscheidend zur Beendigung des Kalten Krieges beigetragen haben. Bereits kurz nach seinem Amtsantritt im April 1985 signalisierte Gorbatschow seine Bereitschaft, die 1983 abgebrochenen Rüstungskontrollgespräche wiederaufzunehmen. Im Oktober 1985 verkündete er bei einer Sitzung in Sofia, dass man eine neue Richtung einschlagen müsse: *„Entweder wird das Wettrüsten eingestellt und es kommt zur Minderung der Kriegsgefahr, zur Gesundung des gesamten politischen Klimas, oder umgekehrt, die Oberhand gewinnen diejenigen Kräfte in der Welt, die hartnäckig die Spannungen weiter anheizen, das Wettrüsten beschleunigen, die Menschheit an den Rand des nuklearen Infernos drängen.“*<sup>205</sup>

Im November 1985 kam es in Genf zum ersten Gipfeltreffen zwischen der Sowjetunion und den USA seit sieben Jahren. Auch wenn dabei noch keine handfesten Verträge unterschrieben wurden, gaben sich die Vertreter der beiden Supermächte die Zusicherung, keine militärische Vorherrschaft anzustreben. In einer gemeinsamen Erklärung machte man deutlich, dass ein Atomkrieg nie gewonnen werden könnte und es daher zu keiner atomaren Konfrontation kommen dürfe.<sup>206</sup> Das erste Treffen war also von viel Symbolik, guten Absichten, aber wenig Substanz gekennzeichnet. Es zeigte sich aber, dass Reagan und Gorbatschow in eine ähnliche Richtung dachten und eine gute Verhandlungsbasis fanden. Doch es wurde auch deutlich, dass noch einige Hürden auf dem Weg der Abrüstung überwunden werden mussten. Der US-Präsident machte klar, dass er die Entwicklung des SDI-Programms („Strategische Verteidigungs-Initiative“, welche dem Abfangen von sowjetischen Mittelstreckenraketen dienen sollte) wegen der

---

<sup>203</sup> Hoffer, Perestroika am Ende, 81f

<sup>204</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 439

<sup>205</sup> Helmut Altrichter, Russland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums, München 2009, 320

<sup>206</sup> Gorbatschow, Perestroika, 298-300

Abrüstungsverhandlungen nicht einstellen werde.<sup>207</sup> Die amerikanisch-sowjetische Beziehung erlitt nach dem Genfer Treffen wieder einen Dämpfer. Die Vereinigten Staaten kündigten an, aus dem SALT-II-Vertrag auszusteigen. Das weiterhin geplante SDI-Programm der USA sollte laut Gorbatschow als amerikanisches Druckmittel dienen, um die UdSSR politisch und militärisch einzuschüchtern. Die Hoffnungen von Genf wichen bald der Erkenntnis, dass die USA nicht bereit waren, von ihrem bisherigen politischen Weg abzuweichen.<sup>208</sup>

Am 15. Jänner 1985 setzte Gorbatschow erneut ein Zeichen, dass ihm die nukleare Abrüstung am Herzen lag. Die KPdSU stellte ein Fünfzehn-Jahres-Programm vor, welches die schrittweise Abschaffung der Atomwaffen bis zum Jahr 2000 zum Ziel hatte. Während Andropow zwei Jahre zuvor noch den Verdacht hegte, dass die USA einen Überraschungsangriff planen würden, so vertraute Gorbatschow darauf, dass die Vereinigten Staaten diesen Schritt niemals wagen würden – selbst wenn sich die Sowjetunion vollständig entwaffnen würde.<sup>209</sup> Bestärkt wurde die Absicht der nuklearen Abrüstung über ein Jahr später, als mit der Tragödie von Tschernobyl im April 1986 deutlich wurde, welche Folgen ein nuklearer Krieg haben würde.<sup>210</sup>

Nach diesem tragischen Zwischenfall bereitete sich Gorbatschow auf das zweite Gipfeltreffen mit Reagan vor. In seiner „Wladiwostok-Rede“ vom 28. Juli 1986 unterbreitete Gorbatschow dem Westen und den USA weitreichende Angebote zur Abrüstung und Rüstungskontrolle. Dies sollte einerseits das Krisenbewusstsein der UdSSR in der Welt repräsentieren, andererseits wurden die Angebote aber von der Erkenntnis getragen, dass die Hochrüstung die eigenen ökonomischen Möglichkeiten massiv überforderte. Bonwetsch erwähnt, dass man sich für den Weg der Abrüstung entschied, solange von westlicher Seite dafür überhaupt noch Gegenleistungen zu erzielen waren.<sup>211</sup>

Mit seiner Abrüstungspolitik verfolgte Gorbatschow drei Ziele<sup>212</sup>:

- die Entnuklearisierung Europas
- die Verlangsamung der sowjetischen Rüstung
- die außenpolitische Absicherung seines Reformprogramms

---

<sup>207</sup> John Lewis *Gaddis*, *The United States and the End of the Cold War. Implications, Reconsiderations, Provocations*, Oxford 1992, 127

<sup>208</sup> *Gorbatschow*, *Perestroika*, 306-309

<sup>209</sup> *Gaddis*, *Der Kalte Krieg*, 285f

<sup>210</sup> *Gorbatschow*, *Perestroika*, 309f

<sup>211</sup> Bernd *Bonwetsch*, *Das Ende der Sowjetunion: die untragbare Bürde der Weltmacht*. In: *Osteuropa*, 7 (1992), 551-563, hier 561.

<sup>212</sup> *Ferdowski*, *Das Ende des Kalten Krieges*, 15

Dieser eingeschlagene Weg wird umso verständlicher, wenn man die sowjetischen Ausgaben für die Rüstung betrachtet. Ende der achtziger Jahre wurden zwischen 20 und 25 Prozent des Bruttosozialprodukts für militärische Zwecke ausgegeben, während in den USA zur selben Zeit etwa nur sechs Prozent des BSP aufgewendet wurden.<sup>213</sup>

Das zweite Gipfeltreffen mit Reagan fand im Oktober 1986 in Islands Hauptstadt Reykjavik statt. Gorbatschow wollte diesmal einen größeren Schritt als in Genf setzen, daher kündigte er im Vorfeld an: *„Mit winzigen Zugeständnissen nach Reykjavik zu fahren, gemessen an den Themen der Verhandlungen in Genf, bedeutet, dieses Treffen von vornherein zum Mißerfolg zu verdammen und eine weltweite Enttäuschung auszulösen. [...] Von Reykjavik aus muß die Welt weitreichende, politisch maßgebliche Vorschläge [...] hören. Die Worte müssen laut und für alle verständlich klingen, denn sie werden veröffentlicht oder wenigstens öffentlich bekannt.“*<sup>214</sup>

Neben den vermutlich ehrlichen Absichten Gorbatschows, das nukleare Wettrüsten aufgrund der weltweiten Sicherheit zu bremsen, war sein Handeln selbstverständlich auch innenpolitisch motiviert. Gorbatschow brauchte rasche Fortschritte bei den Abrüstungsverhandlungen, um die enormen Rüstungsausgaben der Sowjetunion zu verringern und damit seinen eingeschlagenen Weg der Perestroika als Erfolg zu verkaufen. Bei einer strategischen Besprechung des Politbüros im Vorfeld des Gipfeltreffens hielt er fest: *„Unser Hauptziel ist nun, die anstehende neue Etappe der Aufrüstung zu verhindern. Wenn uns das nicht gelingt, wird die Bedrohung zu unseren Ungunsten wachsen. [...] Wir werden in einen Rüstungswettkampf getrieben, der unsere Kräfte übersteigt. Wir verlieren, weil das Wettrüsten uns schon jetzt an die Grenzen unserer Möglichkeiten gebracht hat.“*<sup>215</sup> Damit wich Gorbatschow als erster sowjetischer Führer von der üblichen Richtlinie des Gleichgewichts der Kräfte ab. Angesichts der prekären wirtschaftlichen Lage war er gezwungen, diesen Schritt zu setzen.

In Reykjavik kam man einem nuklearen Abrüstungsprogramm schon näher, durchbrechende Erfolge wurden aber von der starren Position Reagans in Bezug auf das geplante amerikanische Raketenabwehrsystem SDI verhindert.<sup>216</sup> Doch es zeigte sich, dass beide Seiten zur Abrüstung bereit waren. Gorbatschow machte den Vorschlag, dass strategische Waffenarsenal beider Großmächte um 50 Prozent zu verringern. Reagan erweiterte das Angebot und schlug vor, in den nächsten 10 Jahren sämtliche Interkontinentalraketen abzubauen. Als Gorbatschow auf die Einstellung der SDI-

---

<sup>213</sup> *Ferdowsi*, Das Ende des Kalten Krieges, 16

<sup>214</sup> *Tschernajew*, Die letzten Jahre einer Weltmacht, 100f

<sup>215</sup> *Ebd.*, 106

<sup>216</sup> *Archie Brown*, The Gorbachev revolution and the end of the Cold War. In: Melvyn P. *Leffler* (Hg.), The Cambridge history of the Cold War. Volume III Endings, Cambridge 2010, 244-266, hier 262

Entwicklung pochte, brach Reagan das Treffen jedoch wütend ab.<sup>217</sup> Dennoch war Reykjavik eines der wichtigsten Gipfeltreffen der Nachkriegsgeschichte. Beide Staatsmänner waren der Meinung, dass der eingeschlagene Weg fortgesetzt werden müsse. So meinte Gorbatschow: „*Trotz allem war Reykjavik ein Wendepunkt in der Weltgeschichte. Es zeigte sehr deutlich, daß die Weltlage verbessert werden könnte. [...] In Reykjavik sind wir zur Überzeugung gelangt, daß unser Kurs richtig ist und daß ein neuer konstruktiver Weg des politischen Denkens lebenswichtig ist.*“<sup>218</sup>

Das Gipfeltreffen in Island wurde später von Henry Kissinger als die „Revolution von Reykjavik“ bezeichnet. Die Gespräche und gefassten Beschlüsse sollten zu einem der zentralen Wendepunkte im Verlauf des Kalten Krieges werden. Letzten Endes wurden nicht nur Punkte der Abrüstung beschlossen, sondern festgefahrene Fronten und Probleme des Kalten Krieges diskutiert und verändert.<sup>219</sup>

Beschlossen wurden unter anderem folgende Punkte:<sup>220</sup>

- Beseitigung aller Mittelstreckenraketen in Europa
- Reduzierung aller strategischen Waffen um 50 Prozent
- Abzug der UdSSR aus Afghanistan
- Beendigung des Iran-Irak-Krieges
- Rückzug kubanischer und sowjetischer Truppen aus Angola

Mit dem Gipfeltreffen in Washington 1987 gelang der entscheidende Durchbruch bei den Abrüstungsverhandlungen. Das Politbüro der KPdSU entschied sich im Vorfeld dazu, die Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenraketen nicht mehr vom SDI-Programm abhängig zu machen. So konnte am 8. Dezember 1987 der INF-Vertrag (Intermediate-Range Nuclear Forces) zur Beseitigung aller nuklearen Mittelstreckenraketen unterzeichnet werden.<sup>221</sup> Die Unterzeichnung dieses Vertrages war eine der bedeutsamsten Errungenschaften der zahlreichen Abrüstungsverhandlungen. Die SS-20, Pershing II und Cruise Missiles – jene Raketen die die Spannung des Kalten Krieges aufrecht hielten – wurden vernichtet. Als Souvenir nahmen Gorbatschow und Reagan Teile des Raketenschrotts mit nach Hause.<sup>222</sup>

---

<sup>217</sup> Gaddis, Der Kalte Krieg, 287

<sup>218</sup> Gorbatschow, Perestroika, 316

<sup>219</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 440

<sup>220</sup> Ebd., 440

<sup>221</sup> Brown, The Gorbachev revolution and the end of the Cold War, 262

<sup>222</sup> Gaddis, Der Kalte Krieg, 288

In den darauf folgenden Jahren wurden die Abrüstungsgespräche weiter intensiviert. Hier ein Auszug der wichtigsten Ergebnisse dieser neuen Rüstungspolitik:<sup>223</sup>

- Bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 1988 kündigte Gorbatschow die einseitige Reduzierung der Sowjetarmee um eine halbe Million Soldaten und um 10.000 Panzer an
- Vertrag über den Produktionsstopp und die Vernichtung von chemischen Waffen am 1. Juni 1990 sowie die Reduzierung der amerikanischen und sowjetischen Arsenale auf je 5000 Tonnen im Jahr 2002
- KSZE-Gipfel (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) 1990 in Wien: NATO und Warschauer Pakt verpflichten sich, die Zahl der Kampfpanzer und Artilleriegeschütze auf je 20.000 pro Seite zu reduzieren. 22 europäische Staaten unterzeichnen den KSE-Vertrag (Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa) mit festgelegten Obergrenzen von Hauptwaffensystemen, damit konnten Überraschungsangriffe ausgeschlossen werden
- Unterzeichnung des START-Vertrages (Reduzierung der Strategischen Atomwaffen) am 31. Juli 1991 auf dem sechsten Gipfeltreffen zwischen Gorbatschow und Bush in Moskau, drei Wochen vor dem August-Putsch gegen Gorbatschow. Ergebnis: Reduzierung der Nuklearwaffen der Supermächte um je ein Drittel

#### **4.2.3 Von der Breschnew-Doktrin zur „Sinatra-Doktrin“**

Die Breschnew-Doktrin beschrieb die Auffassung der sowjetischen Führung, ihre Vorherrschaft in Osteuropa bei Bedarf mit militärischen Mitteln zu sichern. Dies wurde bei der Revolte 1953 in der DDR, beim Ungarn-Aufstand 1956 oder bei der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 sichtbar, als die Moskauer Führung autonome Bestrebungen mit Militärgewalt niederschlagen ließ. Im Herbst 1968 formulierte Leonid Breschnew seine These von der *„begrenzten Souveränität der sozialistischen Staaten im Falle einer Gefahr für das sozialistische Weltsystem“*.<sup>224</sup> Diese Auffassung wurde auch schon von Breschnews Vorgängern vertreten und durchgeführt, doch mit seiner Rede am 12. November 1968 rechtfertigte der Parteichef das sowjetische Einschreiten in der Tschechoslowakei und machte erneut klar, dass die Souveränität der Satellitenstaaten

---

<sup>223</sup> Ferdowsi, Das Ende des Kalten Krieges, 16

<sup>224</sup> Luks, Die Geschichte Russlands und der Sowjetunion, 470

von der Moskauer Führung nach Belieben eingeschränkt werden kann – auch militärisch. Diese Doktrin galt für alle Länder im sowjetischen Machtbereich und sollte dort die politische Stabilität garantieren. Bei den Westmächten sorgte diese Vorgehensweise zwar für Unbehagen, man akzeptierte jedoch den nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Hegemonialbereich der Sowjetunion in Osteuropa.<sup>225</sup>

Zum ersten Mal wich das Politbüro der KPdSU im Dezember 1981 von der üblichen außenpolitischen Handlungsweise ab, als die Bewegung der Solidarność (erste unabhängige Gewerkschaft) in Polen unter Lech Wałęsa nicht von Moskau aus niedergeschlagen wurde. Die Breschnew-Doktrin wurde nicht exekutiert, man wollte einen militärischen Einsatz verhindern, auch weil man eine Eskalation fürchtete, da die Vereinigten Staaten unter dem neuen und radikaleren US-Präsidenten Reagan auf eine Besetzung Polens vermutlich hart reagiert hätten. Die Kremführung wollte allerdings verhindern, dass diese intern beschlossene Zurückhaltung nach außen dringt, denn es bestand die Gefahr eines Autoritätsverlustes und einer nicht kontrollierbaren Kettenreaktion innerhalb der Satellitenstaaten, die möglicherweise schon damals einen Zerfallsprozess der UdSSR eingeleitet hätte. Mit einer scharf formulierten Stellungnahme aus Moskau konnte man den neuen polnischen Staatschef General Wojciech Jaruzelski überzeugen, dass eine sowjetische Intervention unmittelbar bevorstehen würde. Daraufhin verhängte dieser das Kriegsrecht und die Solidarność-Gründer wurden von polnischen Militärs verhaftet. Redelführer Lech Wałęsa gab bei seiner Festnahme die prophetischen Worte von sich: *„Dies ist der Augenblick Ihrer Niederlage. Dies sind die letzten Nägel im Sarg des Kommunismus.“*<sup>226</sup>

Die größte oppositionelle Massenbewegung in der Geschichte des Ostblocks – die Solidarność zählte Ende 1980 bereits über zehn Millionen Mitglieder – konnte zwar noch einmal unterdrückt werden, doch zum ersten Mal verzichtete die sowjetische Führung dabei auf einen militärischen Einsatz in einem verbündeten sozialistischen Land. Dabei galt Polen in den Augen der Moskauer Dogmatiker stets als Unruheherd und Sprungbrett für Aggressionen gegen Russland. Daher sollte es auf keinen Fall aus dem sowjetischen Hegemonialbereich entlassen werden. Angesichts dieser Befürchtungen war die militärische Zurückhaltung umso bedeutender.<sup>227</sup> Die Herrschaft über Osteuropa sollte nur mehr über die Androhung von Gewalt aufrecht erhalten werden. Intern wusste man jedoch, dass man die Drohungen nicht in die Tat umsetzen werde. Jemanden zu unterdrücken oder in die Knie zu zwingen, sei nur für begrenzte Zeit möglich, aber *„in der*

---

<sup>225</sup> Steininger, Der Kalte Krieg, 37

<sup>226</sup> Gaddis, Der Kalte Krieg, 275

<sup>227</sup> Luks, Die Geschichte Russlands und der Sowjetunion, 468f

*Perspektive einer langfristig, in großen Zeiträumen denkenden Politik kann keiner andere unterwerfen*“, meinte Gorbatschow.<sup>228</sup>

Schon bei dem Begräbnis seines Vorgängers Tschernenko verkündete Gorbatschow den kommunistischen Führern Osteuropas, dass ihr zukünftiges Verhältnis auf Gleichheit basieren und die Doktrin der beschränkten Souveränität beendet werden sollte. Zu diesem Zeitpunkt schien diese Ankündigung aber alles andere als glaubwürdig.<sup>229</sup> Ab 1985 verfolgte Gorbatschow aber parallel zur Abrüstungspolitik auch zunehmend den außenpolitischen Rückzug der UdSSR – wohl auch aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Situation. Er erklärte dieses „Neue Denken“ aber als eine Notwendigkeit, um den Sozialismus letzten Endes weiterzuentwickeln. Mit der Phrase *„ein freier Freund sei nützlicher als ein Vasall“*<sup>230</sup> versuchte er, das Ansehen der UdSSR aufzuwerten. Es sollte aber kein Zeichen der Schwäche sein. Die verbündeten sozialistischen Länder sollten den Sozialismus nun aus eigenen Kräften aufbauen. Verfolgte man mit der Breschnew-Doktrin noch die Beschränkung der Souveränität der sozialistischen Staaten, so wurde diese neue außenpolitische Haltung von Gennadi Gerassimow, dem Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, ironisch als „Sinatra-Doktrin“ – in Anspielung an das Lied „I did it my way“ – bezeichnet. Denn Gorbatschow erklärte in seinen Reden ab 1986 gebetsmühlenartig, dass jedes sozialistische Land die Freiheit habe, eigene Wege zu gehen. Die Aufgabe der Breschnew-Doktrin war einer der zentralen politischen Wendepunkte, der entscheidend zum Zerfall der Sowjetunion beitragen sollte.<sup>231</sup>

Ab der Mitte der achtziger Jahre hatte die Sowjetunion nicht nur im osteuropäischen Einflussbereich mit Krisen zu kämpfen, sondern auch die Expansion in der Dritten Welt war an ihre Grenzen gestoßen. Ab 1988 zog die Union ihre Hegemonialstellung nach und nach zurück und räumte ihre Einflusszonen. Nur ein Jahrzehnt früher wurde in einem Bericht des Zentralkomitees der KPdSU der Großmachtstatus am XXV. Parteitag dokumentiert, indem man verlautbarte, dass jeder Winkel der Erde bei der Gestaltung der sowjetischen Außenpolitik berücksichtigt werden müsse. Aber die militärische Konkurrenz mit den USA, die Aufrechterhaltung der Vormachstellung in Ostmitteleuropa, das Engagement in der Dritten Welt und die ökonomischen Probleme im Inneren brachten die sowjetische Führung an ihre Grenzen. Außerdem war die Sowjetunion neben dem Ost-West-Konflikt seit den sechziger Jahren auch in einen „Ost-Ost-Konflikt“ mit China involviert, weshalb Gorbatschow bei seiner Wladiwostok-Rede 1986 auch die Versöhnung mit China und den Abzug der militärischen Kräfte aus dieser Region in Aussicht stellte.

---

<sup>228</sup> Gaddis, Der Kalte Krieg, 291

<sup>229</sup> Brown, The Gorbachev revolution and the end of the Cold War, 253

<sup>230</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 441

<sup>231</sup> Ebd., 442f

Gorbatschow wusste, dass seine geplante Reform nur in einem wohlgesonnen internationalen Klima möglich sein würde. Der außenpolitische Rückzug der UdSSR hatte also auch die Funktion, der Perestroika im Landesinneren Rückendeckung zu geben. Das Ziel der innenpolitischen Reform hatte Priorität und machte daher auch eine Neugestaltung der internationalen Beziehungen notwendig. Hier sollte die Bereitschaft zur Partnerschaft und zum gemeinsamen Krisenmanagement mit dem Westen symbolisiert und ein Rückzug aus der Dritten Welt angestrebt werden. Durch die Gipfeltreffen mit den amerikanischen Präsidenten – zuerst Reagan, später Bush – wollte Gorbatschow den Wechsel von der Konfrontation hin zur Partnerschaft bewerkstelligen und die Führungsqualitäten und den Weltmachtstatus der Sowjetunion demonstrieren.<sup>232</sup>

Um dies zu gewährleisten, garantierte Gorbatschow den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan, denn der kostspielige Krieg sorgte auch für außenpolitische Isolation. Der 1979 begonnene Afghanistankrieg stellte eine enorme finanzielle Belastung dar und entwickelte sich zum Vietnam der Sowjetunion. Trotz technischer Überlegenheit gelang es nicht, den Bürgerkrieg für sich zu entscheiden. Ein Sieg wäre nur durch eine massive militärische Eskalation möglich gewesen, denn die sowjetisch-afghanischen Streitkräfte hatten die Lufthoheit verloren, nachdem die Mujahedin mit neuen Luftabwehrraketen ausgerüstet worden waren. Gorbatschow gab daher am 8. Februar 1988 öffentlich bekannt, dass sich die sowjetischen Truppen bis zum Jahresende vollständig zurückziehen werden. Trotz des militärischen Abzugs wurde das Regime in Kabul von der Sowjetunion monatlich mit Lieferungen im Umfang von 300 Millionen Dollar unterstützt. Dies entsprach dem Jahres-Etat der Vereinigten Staaten für die Unterstützung der Mujahedin. Erst Ende 1991 stellte die russische Regierung jegliche Lieferungen für den Afghanistan-Krieg ein.<sup>233</sup>

Das Expansionsstreben der Sowjetführung war bis zur Gorbatschow-Ära mit der weltrevolutionären Ideologie gerechtfertigt worden. Die Vormachtstellung der Sowjetunion sollte gefestigt und der kapitalistische Gegner geschwächt werden. Der Kassensturz unter Gorbatschow zeigte die Überforderung des eigenen Systems im internationalen Wettkampf. Dies und die angestrebten Reformziele machten einen außenpolitischen Rückzug notwendig. Die Zwangslage sollte aber für ein besseres politisches Klima genutzt werden. Kooperationsbereite Staaten würden den Interessen des eigenen Landes eher dienen, als unterdrückte Satelliten. Der Abbau der Konfrontation wurde vom Westen mit Erleichterung aufgenommen und führte zu einem Prestigegewinn. Gorbatschow genoss im Westen so viel Ansehen und Vertrauen, wie kein sowjetischer Führer zuvor.

---

<sup>232</sup> *Ferdowsi*, Das Ende des Kalten Krieges, 14

<sup>233</sup> *Simon*, Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, 199f

Die Grundzüge der neuen Außenpolitik waren eine größere Bereitschaft zur Partnerschaft mit dem Westen sowie ein Rückzug aus der Dritten Welt – dem sogenannten sozialistischen Lager. Ähnlich wie bei der Innenpolitik ging die sowjetische Führung wohl davon aus, dass man die Selbstheilungskräfte des Sozialismus nur aktivieren müsse und dass reformkommunistische Kräfte in den Ländern des sozialistischen Lagers die Leitung übernehmen und den Perestroika-Kurs annehmen würden.<sup>234</sup>

Allerdings hoffte Gorbatschow bis zum Frühjahr 1987 darauf, den Emanzipationsbestrebungen der Satellitenstaaten Einhalt gebieten zu können und die Blockdisziplin wiederherzustellen. Doch im Verlauf des Jahres musste er sich eingestehen, dass man den Autonomiebestrebungen vor der sowjetischen Westgrenze aufgrund der Schwierigkeiten im eigenen Land kaum entgegentreten konnte. Die bisherige Vasallentreue der Satellitenstaaten musste einem gelockerten sicherheitspolitischen Arrangement weichen. *„Eine Nation mag sich entweder für den Kapitalismus oder für den Sozialismus entscheiden. Das ist ihr souveränes Recht. Nationen können und sollen ihr Leben nicht nach dem Muster der Vereinigten Staaten oder der Sowjetunion ausrichten. Politische Positionen sollten deshalb frei sein von ideologischer Intoleranz“*, verkündete Gorbatschow.<sup>235</sup>

Ferdowsi skizziert die chronologische Entwicklung der Aufgabe der Breschnew-Doktrin in folgenden Punkten:<sup>236</sup>

- Bei einer Kundgebung der tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaft am 10. April 1987 in Prag machte Gorbatschow in seiner Rede deutlich, den Abbau der Vormachtstellung der UdSSR vollziehen zu wollen. *„Wir sind weit davon entfernt, irgendjemand aufzurufen, uns zu kopieren. Jedes sozialistische Land hat seine Spezifik. [...] Hinzu kommt, dass einige Probleme, die in der UdSSR jetzt den Vorrang haben, in anderen sozialistischen Ländern gelöst sind oder auf eigene Weise gelöst werden. [...] Die Selbstständigkeit jeder Partei, ihre Verantwortung vor dem eigenen Volk und das Recht, souverän die Fragen der Entwicklung des Landes zu lösen sind für uns selbstverständliche Prinzipien“*.<sup>237</sup>
- Den nächsten Schritt in diese Richtung setzte Gorbatschow bei der Allunionskonferenz der KPdSU am 28. Juni 1988, wo er davon sprach, dass die

---

<sup>234</sup> Simon, Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, 188-190

<sup>235</sup> Gorbatschow, Perestroika, 182

<sup>236</sup> Ferdowsi, Das Ende des Kalten Krieges, 17

<sup>237</sup> Ebd., 17

Völker und Staaten frei über die Wahl ihres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems entscheiden können.

- In einem Kommuniqué des „Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer-Paktes“ wurde im Juli 1989 verlautbart, dass es keine universellen Sozialismus-Modelle gebe. Jedes Land habe das Recht, selbstständig seine eigene politische Linie, Strategie und Taktik zum Aufbau einer neuen Gesellschaft festzulegen – ohne Einmischung von außen.
- Mit einem weiteren Beschluss der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten im Oktober 1989, wo die volle Entscheidungsfreiheit der „Bruderstaaten“ über innere Angelegenheiten bestätigt wurde, war der Weg der Breschnew-Doktrin endgültig verlassen.

Die Weltmacht Sowjetunion sollte durch die neue außenpolitische Linie vom Überengagement entlastet, aber nicht demontiert werden. Von der Breschnew-Doktrin hatte man sich spätestens 1989 endgültig verabschiedet. Doch noch ahnte niemand, dass der Härtestest für den selbst auferlegten politischen Kurs unmittelbar bevorstand.<sup>238</sup> Viele hofften, dass es Gorbatschow gelingen würde, das sowjetische System im Inneren wiederzubeleben, ohne die Union dabei aufs Spiel zu setzen. Letztendlich blieben beide Hoffnungen unerfüllt.<sup>239</sup>

## 5. Der Transformationsprozess in den Satellitenstaaten

Die sowjetische Expansion Richtung Westen bildete nach dem Zweiten Weltkrieg die Basis für den Aufstieg zur Weltmacht. Im Umkehrschluss bedeutete die *„Entlassung der Völker Ostmitteleuropas in die Selbstbestimmung“*<sup>240</sup> gegen Ende der achtziger Jahre den Ausgangspunkt des Zusammenbruchs der sowjetischen Weltmacht und der UdSSR.

Doch obwohl die Sowjetunion unter Gorbatschow von der außenpolitischen Linie der Breschnew-Doktrin abgewichen war und sich aus Afghanistan und der Dritten Welt zurückzogen hatte, herrschte in Washington und Westeuropa die Ansicht, dass Moskau die Einflussphäre in Osteuropa niemals freiwillig aufgeben würde. Dies würde die Sicherheit des Systems gefährden und die Glaubwürdigkeit als selbstbewusste Weltmacht

---

<sup>238</sup> Altrichter, Russland 1989, 334

<sup>239</sup> Zubok, Soviet foreign policy from détente to Gorbachev, 111

<sup>240</sup> Simon, Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, 191

untergraben. Gorbatschow hatte diesbezüglich jedoch eine andere Einstellung. Er war der Meinung, dass die Unterdrückung unwilliger Völker der Sowjetunion schaden würde. Die Aufrechterhaltung der Kontrolle würde die Ressourcen überlasten, denn man könne sich dem zunehmend stärker werdenden Willen der Demokratisierung nicht in den Weg stellen. So machte er am 7. Dezember 1988 bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen die überraschende Ankündigung, dass die UdSSR in absehbarer Zeit ihre Bodentruppen innerhalb der Warschauer-Pakt-Staaten um eine halbe Million Mann dezimieren werde. Seine folgenden Worte sorgten für Aufsehen: *„Es ist offensichtlich, dass Gewalt und die Androhung von Gewalt keine Mittel der Außenpolitik sein können und sein sollten. [...] Wahlfreiheit ist [...] ein universales Prinzip, und es sollte keine Ausnahmen von ihm geben.“*<sup>241</sup> Spätestens mit dieser Ankündigung hatte er den Regierungen und Völkern Osteuropas klargemacht, dass die Türen nun offen standen, um eigene Wege zu gehen.

Ziel dieses außenpolitischen Kurses war aber nicht die Auflösung der Union, sondern Gorbatschow hoffte darauf, dass es in den bestehenden Regimen der Bruderstaaten zu einer Erneuerung im Sinne der Perestroika kommen würde. Die Zweifel, ob die sowjetische Führung den angekündigten Weg im Ernstfall tatsächlich beibehalten werde, blieben im Westen und in Ostmitteleuropa aber dennoch bestehen. Denn schon in früheren sowjetischen Erklärungen kamen die Wörter „Unabhängigkeit“, „Gleichberechtigung“ und „Nichteinmischung“ vor. Wie die Jahre 1989/90 zeigen sollten, hatte sich Gorbatschow aber an seine Ankündigung gehalten.<sup>242</sup>

Bestärkt wurde der neue Kurs von Außenminister Schewardnadse, der im September 1989 vor der UNO erklärte, dass die Freiheit der Wahl der höchste Wert jeder Nation sei. *„Jedes Volk hat [...] das Recht, frei die Wege und Mittel seiner Entwicklung zu wählen.“*<sup>243</sup> Seine Kritiker warfen ihm aufgrund dieses außenpolitischen Kurses Landesverrat vor. Alexander Prochanow, Schriftsteller und Verfechter der sowjetischen Expansion, kritisierte Gorbatschow im Frühjahr 1990: *„Zum ersten Mal in der Geschichte unseres Landes, ja in der Weltgeschichte, sehen wir, wie eine Macht nicht infolge von außenpolitischen Rückschlägen [...], sondern infolge der zielstrebigsten Handlungen ihrer Führer zerfällt.“*<sup>244</sup>

Diese fortschreitende Auflockerung der hegemonialen Ansprüche der UdSSR eröffnete für die verbündeten Staaten die Möglichkeit, die Gunst der Stunde zu nutzen, um sich von der Herrschaft Moskaus zu befreien und eigene Wege zu gehen. In Osteuropa setzte ein

---

<sup>241</sup> Gaddis, Der Kalte Krieg, 291f

<sup>242</sup> Günter Wagenlehner, Der Systemwandel in Osteuropa und in der DDR als Folge der Perestroika. In: Dieter Bingen (Hg.), Die revolutionäre Umwälzung in Mittel- und Osteuropa (Berlin 1993), 7-30, hier 10f

<sup>243</sup> Luks, Die Geschichte Russlands und der Sowjetunion, 501

<sup>244</sup> Ebd., 502

dominoartiger Demokratisierungsprozess ein, der wesentlich zur Beendigung des Kalten Krieges beitragen sollte. Dabei waren die Reaktionen auf den neuen außenpolitischen Kurs der UdSSR innerhalb der Regierungen der Bruderstaaten durchaus unterschiedlich. Aus Polen und Ungarn kam ungeteilte Zustimmung, Rumänien, Albanien und die DDR lehnten den neuen Kurs dagegen vehement ab. Bulgarien und die Tschechoslowakei reagierten strategisch clever, indem sie versuchten, sich durch eigene Vorschläge selbst als Vorreiter der neuen Reformbewegung darzustellen. Das blockfreie Jugoslawien lehnte weitere Veränderungen ab und verwies auf die bereits vollzogenen Reformen.<sup>245</sup>

Wie deutlich die Ablehnung des Kurswechsels teilweise war, zeigte sich in der DDR unter Erich Honecker, der im Herbst 1988 meinte, dass man einen Schutzwall gegen diese sozialistischen Reformen bilden müsse. Die DDR, Albanien und Rumänien hofften auf einen Sturz Gorbatschows und versuchten mit aller Kraft, die Infektion ihrer Länder durch den „Reform-Bazillus“ abwehren zu können.<sup>246</sup>

Die Zustimmung des Kurswechsels von Polen und Ungarn dominierte die späten 1980er Jahre. Beide Satellitenstaaten wurden zu Vorreitern der demokratischen Revolution, die den Einfluss des sowjetischen Machtbereiches zurückdrängte und den Zerfall des Ostblocks einleitete.

## **5.1 Polen und Ungarn lösen den Dominoeffekt aus**

Stürmisch verlief der Wandel in Polen in den 1980er Jahren. Im Dezember 1981 verhängte Jaruzelski das Kriegsrecht, um die Opposition und hier vor allem die Gewerkschaft Solidarność mit den von Jaruzelski gefürchteten Umsturzplänen zu unterdrücken. Die Ermordung des oppositionellen Priesters Jerzy Popiełuszko durch die polnische Staatssicherheit im Jahr 1984 machte das harte Vorgehen der Regierung deutlich. Ab Mitte der achtziger Jahre führte Jaruzelski dann kleinere Wirtschaftsreformen durch, die auch bei Gorbatschow Gefallen fanden und mit dem Konsultativrat wurde ein überparteilicher Beraterstab ins Leben gerufen, dem auch Mitglieder der Opposition angehörten. Die Legalisierung der Solidarność ließ aber weiterhin noch auf sich warten. Zu bedrohlich erschien die auf über zehn Millionen Mitglieder angewachsene Gewerkschaftsbewegung noch zu sein. Streiks im Jahr 1988 wurden gewaltsam niedergeschlagen, doch ein Jahr später kündigte sich eine Wende an.<sup>247</sup> Im Februar 1989 starteten Verhandlungen am runden Tisch. Nach Gesprächen zwischen Regierung und Opposition vereinbarten Vertreter der beiden Gruppen einen Stufenplan zur Umsetzung

---

<sup>245</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 442

<sup>246</sup> Bergmann, Perspektiven des Sozialismus am Ende der Stalin-Ära. 42

<sup>247</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 444

demokratischer Reformen – dieser wurde später auch in anderen Staaten übernommen. Nach zwei Monaten war das Reformprogramm fertig ausgearbeitet. Es sah die Wiedezulassung der Solidarność vor, die Koppelung von Löhnen an die Inflationsrate, den Abbau der Auslandsverschuldung und die stufenweise Schaffung eines freien Marktes. Auch die Zensur wurde gelockert. Der Opposition war es nun erlaubt, eine Tageszeitung mit 500.000 Exemplaren herauszugeben, pro Woche eine Stunde im Radio und 30 Minuten im Fernsehen zu senden und die Gründung von Vereinen und politischen Klubs wurde erleichtert. Am 7. April 1989 verabschiedete der Sejm (eine von zwei Kammern des Parlaments) diese Vereinbarungen und es wurde der Weg zu Neuwahlen frei gemacht. Damit wurde in Polen eine historische Wende vollzogen.<sup>248</sup>

Im Juni 1989 fanden die ersten freien Wahlen in Polen statt. Die Gewerkschaft Solidarność erreichte dabei einen wahren Erdrutschsieg: Alle 161 Sitze im Sejm gingen an die Vertreter der Solidarność, damit war die kommunistische Partei abgewählt. Jaruzelzski konnte mit einer Mehrheit von nur einer Stimme im Juli 1989 das Präsidentenamt noch einmal erreichen, mit dem Solidarność-Berater Tadeusz Mazowiecki hatte Polen den ersten nicht-kommunistischen Ministerpräsidenten im Ostblock. Kurz vor dem Jahreswechsel erfolgte auch der politische Wechsel. Am 30. Dezember 1989 erklärte sich Polen zur demokratischen Republik, die Volksrepublik Polen hatte als Satellitenstaat aufgehört zu existieren, die kommunistische Partei Polens löste sich im Jänner 1990 auf. Der ehemalige Solidarność-Führer Lech Wałęsa wurde im Dezember 1990 zum ersten frei gewählten Staatspräsidenten Polens.<sup>249</sup>

Bei einem Kongress im April 1990 formulierte die Solidarność ihre Prinzipien: *„Die wichtigste Zielsetzung ist die Schaffung der Voraussetzungen eines würdevollen Lebens in einm ökonomisch und politisch unabhängigen Polen. Das Ziel ist ein von Armut, Ausbeutung und Angst und Lüge befreites Leben in einer auf dem Grund der Demokratie und des Rechts organisierten Gesellschaft. Heute sind wir diesem Ziel näher gekommen, aber uns erwarten noch viele Anstrengungen und Opfer.“*<sup>250</sup> In der Folge begann in Polen die Aufsplitterung der Politlandschaft und auch der Untergang der Arbeiterbewegung der Solidarność, wobei die Popularität des ehemaligen Führers und späteren Staatspräsidenten Lech Wałęsa noch lange anhielt.<sup>251</sup>

Ungarn versuchte im Systemkonflikt zwischen Ost und West jahrzehntelang einen Mittelweg zu gehen. Hinter dem Schlagwort des „Gulasch-Kommunismus“ unter Staatschef János Kádár verbarg sich die Strategie, kleinere ökonomische Reformen

---

<sup>248</sup> Altrichter, Russland 1989, 338f

<sup>249</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 444

<sup>250</sup> Dalos, Der Vorhang geht auf, 60

<sup>251</sup> Ebd., 60

zuzulassen, ohne die sowjetische Vorherrschaft in Frage zu stellen. Von 1956 bis 1988 prägte Kádár die politische Ordnung Ungarns, der „Kádárismus“ wurde zu einem lebensfähigen Modell im Ostblock. Der politische Stil könnte auch als „gemütliche, nicht-totalitäre Diktatur“, als „aufgeklärter Absolutismus“ oder „Einparteienpluralismus“ beschrieben werden. Ähnlich schwierig fällt auch die Beurteilung seiner Persönlichkeit aus. László Kiss bezeichnet ihn als einen konservativen Reformen, *„der unfähig war, mit der Zeit Schritt zu halten und von der Macht Abschied zu nehmen“*.<sup>252</sup>

Der schwammige Kurs des „Kádárismus“ geriet in den achtziger Jahren allerdings ins Schleudern. Die Presse und sogar die Kommunistische Partei diskutierten über bis dahin unveränderbare Regeln: Annäherung an die Europäische Gemeinschaft und marktwirtschaftliche Reformen. So trat Ungarn Anfang der achtziger Jahre beispielsweise dem Internationalen Währungsfond bei, 1988 nahm es als erster kommunistischer Staat diplomatische Beziehungen mit der Republik Südkorea auf und auch die diplomatischen Beziehungen zum Westen wurden im Sinne einer versuchten Entspannung vertieft und erweitert. Diese Vorgehensweise ging über die gewohnte Toleranzgrenze hinaus und überspannte den Bogen. Kádár verlor die Rückendeckung Gorbatschows.<sup>253</sup> Der Umbruch fand im Mai 1988 bei der außerordentlichen Konferenz der Kommunistischen Partei Ungarns statt. Das Ergebnis dieser Konferenz war revolutionär. Ein Großteil der Vertreter des Politbüros wurde gegen Reformen ausgetauscht und mit ihnen auch der Staats- und Parteichef János Kádár, dem der zum konservativen Reformflügel gehörende Károly Grosz folgte. Dieser wurde aber nur sechs Monate später vom Wirtschaftsexperten Miklós Németh abgelöst.<sup>254</sup>

Kádár räumte seinen Posten nicht freiwillig, er musste dem enormen Druck von oberster Stelle aber nachgeben, als Gorbatschow darauf drängte, dass er seinen Rücktritt bekanntgeben möge. Nachdem dieser keinen Ausweg mehr sah, räumte er schwermütig seinen Posten. Die Stellungnahme Gorbatschows, dem Initiator der Wachablöse von Budapest, über Kádárs Rücktritt, war für diesen vermutlich kein Trost: *„Diese Tatsache zeugt von der politischen Weisheit von Ungarns Führer, meines Freundes János Kádár. Hauptsache, dass dabei die Interessen des Landes und der Partei berücksichtigt wurden. Ich sage ehrlich, dass ich keine andere Entscheidung erwartet habe.“*<sup>255</sup>

Der Rücktritt Kádárs war symbolisch für die Veränderung im Land und wirkte wie ein Dambruch. Es entstand eine neue Dynamik, Euphorie und neue Perspektiven taten sich

---

<sup>252</sup> László J. Kiss, Warum scheiterte der „Gulaschkommunismus“? Eine Anatomie des Kádárismus. In: Jürgen Elvert (Hg.), Der Umbruch in Osteuropa, Stuttgart 1993, 121-134, hier 121

<sup>253</sup> Kiss, Warum scheiterte der „Gulaschkommunismus“?, 131

<sup>254</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 442

<sup>255</sup> Dalos, Der Vorhang geht auf, 77

auf. Vorrangiges Ziel war die Integration des Landes in die Europäische Gemeinschaft. Man wollte auf den „europäischen Zug aufspringen“<sup>256</sup>, westliche Normen von Politik und Moral durchsetzen und einen schnellen Aufstieg erreichen. Es formierten sich politische Gruppierungen und Organisationen, etwa „das Komitee für historische Gerechtigkeit“, aber auch ökologische Gruppen, Interessensvertretungen und Opferverbände.<sup>257</sup>

Károly Grosz, Nachfolger von János Kádár, wurde nach nur sechs Monaten vom Wirtschaftsexperten Miklós Németh abgelöst, der den „sozialistischen Pluralismus“ vertrat. Bereits nach den ersten freien Wahlen im Frühjahr 1990 waren die Kommunisten nicht mehr im ungarischen Parlament vertreten. Neuer Ministerpräsident wurde József Antall, der ehemalige Vorsitzende des Revolutionsausschusses während des Ungarischen Aufstandes 1956. Zwei Ereignisse prägten in der Folge den revolutionären Wandel in Ungarn und setzten ein Zeichen für die restliche Welt: Einerseits wurde der 1958 hingerichtete Führer des Ungarnaufstandes Imre Nagy posthum rehabilitiert und am 16. Juni 1989 feierlich in ein Ehrengrab umgebettet. Andererseits öffnete die ungarische Regierung am 2. Mai 1989 erste Abschnitte seiner Westgrenze. Damit ging der Eisene Vorhang in Ungarn auf und viele Bürger der DDR nutzten diese Möglichkeit, um über Ungarn die Flucht in den Westen anzutreten. Am 23. Oktober 1989, dem Jahrestag des sowjetischen Einmarschs zur Niederschlagung des Aufstandes, erklärte sich Ungarn feierlich zur Republik. Damit waren der Kádárismus und die kommunistische Herrschaft in Ungarn beendet.<sup>258</sup>

## 5.2 Die Revolution verselbstständigt sich

Nach Ungarn und Polen wurden die weiteren zum Ostblock gehörenden Staaten (Bulgarien, Tschechoslowakei, Rumänien) von der Dynamik der Ereignisse erfasst und wie bei einem Dominoeffekt griff der Demokratisierungsprozess auf die verbliebenen Satelliten der UdSSR in Ostmitteleuropa über. In diesem Kapitel werden die zum Teil parallel verlaufenden Umstürze in Bulgarien, der Tschechoslowakei und Rumänien überblicksartig dargestellt. Ausgespart werden die revolutionären Vorgänge in Albanien und Jugoslawien. Albanien galt seit dem XXII. Parteitag (Oktober 1961) nach Differenzen mit der Sowjetunion nicht mehr als Teil des sozialistischen Lagers und Jugoslawien ging unter Tito nach dem Zweiten Weltkrieg den Weg der blockfreien Staaten.<sup>259</sup>

---

<sup>256</sup> Dalos, Der Vorhang geht auf, 78

<sup>257</sup> Ebd., 77f

<sup>258</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 443

<sup>259</sup> Ebd., 448f

Bulgarien war durch ein linientreues Regime gekennzeichnet, welches sich dem „großen Bruder“ gegenüber jahrzehntelang unterwarf. In offiziellen Dokumenten und sogar in der Nationalhymne wurde die „ewige Freundschaft mit der Sowjetunion“ aufgenommen und verankert.<sup>260</sup> Mit Todor Schiwkow regierte ein taktisch cleverer Politiker, der seit 1954 alle Strömungen im Kalten Krieg miterlebt und überlebt hatte. Er entwickelte die „Preustrojstwo“, eine imitierte Version von Gorbatschows Perestroika, und versuchte somit dem Kreml-Chef und dessen Kurswechsel zu entsprechen. Tiefgreifenden Reformen trat er aber bis 1989 entschieden entgegen und auch die Opposition unterdrückte er vehement – Journalisten, Demonstranten oder Umweltaktivisten bekamen die Härte der Macht des Partei- und Staatschefs zu spüren. Doch Schiwkows Verhältnis zu Gorbatschow wurde zusehends schlechter, nicht zuletzt auch wegen seiner offensichtlichen Scheinreformen, mit denen er sich sein Amt sichern wollte.<sup>261</sup>

Auch in Bulgarien machte sich die allgemeine wirtschaftliche und politische Krise des Ostblocks bemerkbar und die begonnene Reformpolitik Gorbatschows schürte die latenten oppositionellen Kräfte im Land. Ende 1988 formierten sich die ersten Bürgerrechtsbewegungen. Nur ein Jahr später, am 10. November 1989 (am Tag nach dem Fall der Berliner Mauer), wurde Schiwkow in einer „Palastrevolte“ gestürzt und unter der neuen Führung Petar Mladenows setzte ein Demokratisierungsprozess ein. Es bildeten sich oppositionelle Parteien im Land. Zum Teil schlossen sich wieder jene demokratischen Parteien zusammen, die 1947/48 von den Kommunisten brutal aufgelöst wurden. Mit der Union Demokratischer Kräfte (SDS) wurde im Dezember 1989 eine Dachorganisation aller nichtkommunistischen Parteien und Bewegungen gegründet.<sup>262</sup> Fast gleichzeitig mit der beginnenden Demokratisierung brach um die Jahreswende 1989/90 aber auch die bulgarische Wirtschaft zusammen. Dies war zwar eindeutig eine Folge des alten Systems, belastete aber die beginnende demokratische Entwicklung. Bildung von mafiaähnlichen Strukturen, steigende Kriminalität, Arbeitslosigkeit und Rückgang der Produktion waren die „Mitgift“ der Freiheit. Die ersten freien Wahlen in Bulgarien fanden im Juni 1990 statt. Bei diesen Parlamentswahlen stellten sich 40 Organisationen den Wählern. Die Sozialistische Partei ging mit 47,1 % als stärkste Partei vor dem Oppositionsblock SDS mit 36,2 % hervor. Shelju Shelev (Chef der Union Demokratischer Kräfte) wurde vom Parlament zum Präsidenten der Republik gewählt.<sup>263</sup>

Turbulent gingen die Veränderungen in der Tschechoslowakei vor sich. Der dortige Parteichef Gustáv Husák – er trat nach der Revolution von 1968 die Nachfolge des

---

<sup>260</sup> Assen *Ignatow*, Widerstände und Chancen für die Demokratisierung in Bulgarien. In: Jürgen *Elvert* (Hg.), *Der Umbruch in Osteuropa*, Stuttgart 1993, 149-161, hier 149

<sup>261</sup> *Stöver*, *Der Kalte Krieg*, 446

<sup>262</sup> *Ignatow*, *Widerstände und Chancen für die Demokratisierung in Bulgarien*, 150f

<sup>263</sup> *Dalos*, *Der Vorhang geht auf*, 170f

vertriebenen Alexander Dubček an – kam durch den neuen Kurs von Gorbatschow in eine unangenehme Situation: Die Reformen Gorbatschows gingen in eine ähnliche Richtung wie die Forderungen des „Prager Frühlings“ von 1968. Eine Verwirklichung dieser Reformen hätte den Visionen und Forderungen von Dubček entsprochen, seine Person somit rehabilitiert und Husák selbst und auch seine Politik in Frage gestellt. Dalos schreibt darüber: *„Angesichts der verblüffenden Parallelen zwischen dem von Moskau propagierten ‚neuen Denken‘ und dem Ideenschatz des ‚Sozialismus mit menschlichem Antlitz‘ musste den Führungskadern eine Rückkehr zu diesem Gedankengut wie der Weltuntergang vorkommen.“*<sup>264</sup>

Der rasche politische Wandel am Ende des Jahres 1989 war einerseits geprägt vom Nachahmungseffekt der demokratischen Entwicklungen in Polen und Ungarn, andererseits war die Transformationsprozess das Ergebnis einer gescheiterten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der kommunistischen Partei gepaart mit dem immer stärker werdenden Drang der Bevölkerung, aus der politischen Unterdrückung auszubrechen.<sup>265</sup> Nachdem Husák nach der Niederschlagung des Prager Frühlings zum kommunistischen Parteichef wurde, scheute er nicht vor harten Maßnahmen zurück, um jegliche Reformkräfte im Land auszuschalten. Doch die Entwicklung in Richtung Demokratie war auch in der Tschechoslowakei nicht mehr aufzuhalten. Die Bürgerrechtsbewegung der Charta 77 rund um Václav Havel ermutigte die Bevölkerung, sich aktiver am Demokratisierungsprozess zu beteiligen. Das Husák-Regime versuchte diese Entwicklung zunächst mit aller Kraft zu unterdrücken. Doch der Amtsantritt Gorbatschows und der neue, liberale außenpolitische Kurs in Moskau bestärkte die Bewegung der Regimegegner in der ČSSR und nahm der tschechoslowakischen Führung den Wind aus den Segeln. Zunächst versuchte Husák in der DDR und in Rumänien noch Verbündete gegen den Reformkurs Gorbatschows zu finden, doch Ende des Jahres 1987 musste Husák abdanken.<sup>266</sup>

Sein Nachfolger wurde der konservative Miloš Jakeš. Im Jahr 1988 folgten Großdemonstrationen gegen die Prager Regierung, speziell an den neuralgischen Jahrestagen des Einmarsches der Warschauer-Pakt-Staaten 1968 und der Staatsgründung von 1918. In den letzten Monaten von 1988 und am Beginn des Jahres 1989 wurde in der Tschechoslowakei derselbe gesellschaftspolitische Prozess losgetreten, der in Polen und Ungarn schon seinen Höhepunkt erreicht hatte – die

---

<sup>264</sup> Dalos, Der Vorhang geht auf, 179

<sup>265</sup> Roland Schönfeld, Die „samtene“ Revolution. Zur politischen und wirtschaftlichen Umwälzung in der Tschechoslowakei. In: Dieter Bingen (Hg.), Die revolutionäre Umwälzung in Mittel- und Osteuropa (Berlin 1993), 83-102, hier 82.

<sup>266</sup> Zdeněk Sládek, Der tschechische Realsozialismus. Seine Destabilisierung und sein Zusammenbruch. In: Jürgen Elvert (Hg.), Der Umbruch in Osteuropa, Stuttgart 1993, 109-120, hier 110-114

„samtene Revolution“ begann.<sup>267</sup> Am historischen Landestag des 17. November 1988 (am 17. November 1939 demonstrierte die Prager Bevölkerung gegen die deutsche Okkupation) nahm die Revolution ihren Lauf. Etwa 10.000 Demonstranten zogen in Richtung Stadtzentrum und Wenzelsplatz, als Sondereinheiten des Innenministeriums die Menge einkesselte und mit aller Härte gegen die Demonstranten vorging. Nach Medienberichten und öffentlicher Empörung über das Vorgehen der Polizei erfolgte ein panischer und ungeordneter Rückzug der politischen Elite. Man gestand sich ein, dass dieses massive Einschreiten eine negative Wirkung auf die Lage im Land ausgeübt hätte und dass es sich um einen unangemessenen Eingriff handelte. Zehn Tage später waren erneut zweistündige Generalstreiks angekündigt. Dort forderte man lautstark den Rücktritt von Miloš Jakeš. Die Staats- und Parteiführung verhielt sich nach dem Eklat vom 17. November bewusst zurückhaltend, am 28. November kapitulierte die tschechoslowakische Regierung.<sup>268</sup>

Am 29. November 1989 wurde die „führende Rolle“ der kommunistischen Partei aus der Verfassung gestrichen und das militärische Einschreiten des Warschauer Pakts von 1968 für unrechtmäßig erklärt. Am 10. Dezember wurde eine Koalitionsregierung gebildet, Husák, Jakeš und andere ehemalige kommunistische Machthaber wurden aus der Partei ausgeschlossen. Václav Havel – der kurz zuvor noch inhaftiert war – wurde im Dezember zum ersten freien Staatspräsidenten und Alexander Dubček zum Parlamentspräsidenten gewählt.<sup>269</sup> Dieser radikale wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Systemwechsel innerhalb weniger Wochen ging angesichts seiner Tragweite weitgehend friedlich vonstatten, weshalb sich auch der Begriff „samtene Revolution“ einbürgerte.<sup>270</sup> Der Zerfall der Tschechoslowakei kurz danach kam für viele unerwartet. Eine Erklärung dafür ist, dass der Kalte Krieg die schwelenden Nationalitätenkonflikte innerhalb der ČSSR unterdrückte und die Slowaken am Ende des Ost-West-Konfliktes die Möglichkeit zur Loslösung nutzten. Die offizielle Trennung der Tschechoslowakei erfolgte am 1. Jänner 1993.<sup>271</sup>

Weit radikaler vollzog sich der Wechsel in Rumänien, wo der Führer Nicolae Ceaușescu im Dezember 1989 nach Kämpfen mit der rumänischen Staatssicherheit gestürzt wurde. Als Erich Honecker, Todor Schiwkow und János Kádár bereits entmachtet waren, sich Husáks Ära in Prag dem Ende näherte und in Polen schon die Regierung der Solidarność im Amt war, ließ sich Ceaușescu am 14. Parteitag der Rumänischen Kommunistischen Partei im November 1989 in Bukarest noch immer als Führer feiern. Seine Lobesworte

---

<sup>267</sup> Schönfeld, Die „samtene“ Revolution, 91

<sup>268</sup> Dalos, Der Vorhang geht auf, 190-204

<sup>269</sup> Schönfeld, Die „samtene“ Revolution, 92

<sup>270</sup> Altrichter, Russland 1989, 366

<sup>271</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 447

über die gesunde Gesellschaft, die hochentwickelte Industrie und den großen Wohlstand entsprachen nicht mehr der politischen und wirtschaftlichen Realität. Die rumänische Produktion war hinter jener der Tschechoslowakei und Ungarn, aber auch hinter Polen und Bulgarien zurückgeblieben. Die Lebensumstände waren miserabel und jegliche oppositionelle Gruppierung wurde von der allgegenwärtigen Geheimpolizei (Securitate) unterdrückt. Mit Ceaușescu an der Macht wurde die Hoffnung auf einen politischen Wandel zur Illusion.<sup>272</sup>

Versuche Gorbatschows, in Rumänien Reformen durchzubringen, wurden vom rumänischen Parteichef klar abgelehnt. Am 16. Dezember begann die Lage mit einer Demonstration in der Stadt Temesvar, im unterdrückten ungarischen Landesteil, zu eskalieren. Die Geheimpolizei versuchte, den regimekritischen Geistlichen László Tökes (er war wegen seiner scharfen Kritik gegen die rumänische Regierung bekannt) festzunehmen und nach Ungarn abzuschicken. Protestanten bildeten eine Menschenkette, verhinderten den Zugriff und die Demonstrationen griffen auf weitere Städte über. Armee und Geheimdiensteinheiten schossen tagelang auf das eigene Volk und die Demonstranten, es gab hunderte, wenn nicht tausende Tote.<sup>273</sup> Am Abend des 22. Dezember zogen Massen von Demonstranten in die Innenstadt von Bukarest und stürmten das Gebäude des Zentralkomitees. Ceaușescu konnte im letzten Moment per Hubschrauber die Flucht ergreifen, wurde dann aber aufgegriffen. Nach einem Schnellgerichtsverfahren eines Militärtribunals am 25. Dezember 1989 wurde er als einziger Machthaber des Ostblockes erschossen. Der oppositionelle Ion Iliescu, der vermutlich mit Unterstützung Moskaus schon seit Oktober 1989 den Sturz von Ceaușescu plante, galt als Verfechter der Perestroika und kannte Gorbatschow aus der gemeinsamen Studienzeit. Am 26. Dezember 1989 übernahm er die Nachfolge von Ceaușescu und wurde nach den Wahlen vom 20. Mai 1990 der erste rumänische Staatspräsident.<sup>274</sup>

### 5.3 Der Fall der Berliner Mauer

Laut Alexander von Plato gab es viele wichtige Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands: *„Die Unabhängigkeitsbewegung in Polen [...] und dann in ganz Osteuropa, der wirtschaftliche Niedergang des ‚Realsozialismus‘, die Perestroika unter Gorbatschow und seine Nichteinmischungspolitik im sowjetischen Hegemonialbereich, die Bürgerbewegung in der DDR, die Flüchtlingsströme aus der DDR*

---

<sup>272</sup> Altrichter, Russland 1989, 376

<sup>273</sup> Ebd., 376

<sup>274</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 448

*in den Westen [...]“<sup>275</sup> Entscheidend dabei war auch, dass die Wiedervereinigung Deutschlands ab März 1989 in der amerikanischen Außenpolitik eine immer wichtigere Rolle einnahm. Brent Scowcroft, Chef des amerikanischen nationalen Sicherheitsrates, gab in einem Interview 1999 rückblickend seine Gedanken über die politische Strategie der Vereinigten Staaten preis: „[...] das entscheidende Ziel war natürlich die Wiedervereinigung Deutschlands und Berlins, denn dies würde ein klares Zeichen setzen, dass der Kalte Krieg beendet sei.“<sup>276</sup>*

Das geteilte Deutschland und das geteilte Berlin waren ein Symbolbild des Kalten Krieges, daher sahen die USA in der Wiedervereinigung Deutschlands auch den entscheidenden Schritt zur Beendigung dieser Konfrontation. Ronald Reagans Nachfolger George Bush machte dies während seines Deutschlandbesuches im Mai 1989 bei einer öffentlichen Rede in Mainz deutlich. Er stellte klar, dass ein ungeteiltes und freies Europa das politische Ziel des Westens sei. „[...] Der Kalte Krieg begann mit der Teilung Europas. Er kann nur beendet werden, wenn die Teilung Europas aufgehoben ist. [...] Wir streben die Selbstbestimmung für ganz Deutschland und alle Länder Osteuropas an. [...] Berlin muss die nächste Station sein.“<sup>277</sup>

Plato weist darauf hin, dass es für die damaligen Politiker eine große Bedeutung hatte, wer als erster den Anstoß der Wiedervereinigungspolitik gab. Vieles spricht dafür, dass die Bush-Administration die Initiative der neuen Europastrategie mit einem vereinigten Deutschland ergriff. Dabei betonten die meisten beteiligten Politiker, dass es eine nicht vorhersehbare Dynamik in der Politik der Wiedervereinigung gegeben hätte. Im Frühherbst 1989 rechneten noch die wenigsten mit einer absehbaren Vereinigung. So verlautbarte Bundeskanzler Kohl noch wenige Tage vor dem Fall der Mauer, dass er erst in zehn Jahren mit der Realisierung der deutschen Einheit rechne. Ähnliches galt für die britische Premierministerin Margaret Thatcher und für den französischen Präsidenten François Mitterand – beide rechneten im Frühherbst 1989 noch nicht mit einer baldigen Vereinigung. Plato betont, dass er in der Bush-Administration im Sommer 1989 die einzige Regierung der damaligen Zeit sah, welche die Möglichkeit einer deutschen Einheit konkret ins Auge fasste und ihre Politik danach ausrichtete, dem Einfluss Gorbatschows in Mittel- und Westeuropa entgegenzutreten. Als Hauptinstrument dafür sollte die Stärkung der NATO dienen.<sup>278</sup>

Als die Lage der DDR im Sommer 1989 zunehmend instabil wurde, machte die sowjetische Führung ihren außenpolitischen Standpunkt erneut klar: Jede Einmischung in

---

<sup>275</sup> Plato, Die Vereinigung Deutschlands, 19

<sup>276</sup> Ebd., 21

<sup>277</sup> Ebd., 22

<sup>278</sup> Ebd., 27-31

die Angelegenheiten anderer Parteien und Staaten sei unannehmbar und die Anwendung militärischer Gewalt werde unter allen Umständen ausgeschlossen.<sup>279</sup> Zubok merkt dazu an, dass sich die Moskauer Führung tatsächlich wenig um die Entwicklungen in Ungarn, Polen oder der DDR kümmerte. Zwei Faktoren waren dafür ausschlaggebend: Erstens die neue ideologische Orientierung, sich aus Angelegenheiten anderer Länder herauszuhalten, und zweitens die innenpolitische Krise der Sowjetunion.<sup>280</sup> Die Haltung Gorbatschows zur deutschen Frage basierte laut Tschernajew auf drei Überlegungen:<sup>281</sup>

- der Prozess einer möglichen Wiedervereinigung müsse schrittweise erfolgen, denn das deutsche Streben nach Einheit sollte Gorbatschows Ziel der Beendigung des Kalten Krieges nicht gefährden
- den Deutschen sei das Recht auf die Selbstbestimmung ihrer Zukunft zugestehen, jedoch nur unter Berücksichtigung der Interessen ihrer Nachbarn
- militärische Gewalt dürfe nicht eingesetzt werden

In der Ära des Kalten Krieges nimmt der Zusammenbruch der DDR im November 1989 und ihr Beitritt zur BRD 1990 einen besonderen Stellenwert ein. Die deutsche Teilung war mit ihrer militärisch gesicherten Grenze ein Symbolbild im Konflikt zwischen Ost und West und nirgendwo sonst trat nach dem politischen Umbruch ein Mitgliedsstaat des Ostblocks einer westlichen Nation bei. Das deutlichste Zeichen der Systemkrise war die zunehmende Zahl der DDR-Flüchtlinge. Die Zahl der Ausreisenden erreichte gegen Ende der 1980er in der DDR Höchstwerte, Schätzungen gehen von etwa 250.000 Ausreisen im Jahr 1988 aus. Verstärkt wurde dieser Trend, nachdem der Eiserne Vorhang in Ungarn 1989 aufgegangen war. Tausende DDR-Bürger flüchteten bei ihrem „Ungarn-Urlaub“ über die offene Grenze nach Österreich und ließen Hab und Gut zurück.<sup>282</sup> Der Eiserne Vorhang war nicht nur die Grenze zwischen Österreich und Ungarn, sondern galt als Demarkationslinie zwischen zwei Welten – zwischen Ost und West. Als der neu ernannte ungarische Außenminister Gyula Horn gemeinsam mit dem österreichischen Außenminister Alois Mock am 27. Juni 1989 den Stacheldraht zwischen der österreichisch-ungarischen Grenze zerschnitt, war das ein erster Vorgeschmack der Maueröffnung.<sup>283</sup> Hintergrund dieser Grenzöffnung war eine geheime Abmachung Kohls mit der reformierten ungarischen Führung: Ungarn erhielt von der BRD als Gegenleistung für die Grenzöffnung einen Kredit über eine Milliarde D-Mark, um das Haushaltsdefizit zu

---

<sup>279</sup> Gerhard *Wettig*, Die sowjetische Rolle beim Umsturz in der DDR und bei der Einleitung des deutschen Einigungsprozesses. In: Jürgen *Elvert* (Hg.), *Der Umbruch in Osteuropa*, Stuttgart 1993, 39-63, hier 41f

<sup>280</sup> Vladislav *Zubok*, Die Krisen Gorbatschows und die Vereinigung Deutschlands. In: *Kießmann* (Hg.), *Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen*, Berlin 2002, 245-268, hier 252

<sup>281</sup> *Zubok*, Die Krisen Gorbatschows und die Vereinigung Deutschlands, 251

<sup>282</sup> *Stöver*, *Der Kalte Krieg*, 452-453

<sup>283</sup> *Dalos*, *Der Vorhang geht auf*, 92

decken.<sup>284</sup> Beim „Pan-Europa-Picknick“ am 19. August 1989 bei Ödenburg (Sopron) flüchteten über 600 DDR-Bürger über Ungarn nach Österreich. Westdeutsche Quellen verlautbarten, dass alleine im August 1989 über 3300 Menschen aus der DDR über Ungarn nach Österreich geflohen waren. Als der ungarische Außenminister Gyula Horn Ende August versicherte, dass man keine ausreisewilligen DDR-Bürger aufhalten werde, stieg die Zahl der Flüchtlinge am 11. September auf 7000 Menschen an, nur zwei Wochen später waren es über 20.000.<sup>285</sup>

Die Fluchtbewegung und die unzähligen Ausreiseanträge beeinflussten laut Plato die Politik in Ost und West fundamental. Die ungeschickte Aussage Honeckers, dass er den Ausreisenden keine Träne nachweinen würde, bestärkte die Opposition enorm und ließ ihn selbst bei den eigenen Genossen des Politbüros untragbar werden.<sup>286</sup> Prekär wurde die Situation für die DDR-Führung allerdings ab jenem Zeitpunkt, ab dem die unzufriedenen Massen nicht mehr ausreisen wollten, sondern sich mit den oppositionellen Kräften innerhalb des Landes verbündeten. Im Oktober 1989 verschärften sich die Anzeichen der Protestbewegungen: Bilder von Friedensgebeten in der Gethsemane-Kirche in Ostberlin, in der Nikolai-Kirche in Leipzig und von den „Montagsdemonstrationen“ in Leipzig gingen um die Welt. Am 4. November 1989 demonstrierte eine halbe Million Menschen am Ostberliner Alexanderplatz für die Demokratie. Am 18. Oktober musste Staats- und Parteichef Erich Honecker gegen seinen ausdrücklichen Willen den Hut ziehen und wurde von seinen Ämtern entbunden. Auch die angestrebten Versuche seines Nachfolgers Egon Krenz, die Situation zu stabilisieren, scheiterten. Er war ebenso wenig reformbereit wie Honecker und konnte die entstandene Dynamik nicht mehr bremsen.<sup>287</sup> Die kurzlebige Ära Krenz brachte jedoch einen entscheidenden Wandel gegenüber Honecker: Die Versammlungsfreiheit. Dies ermöglichte die unaufhaltsamen Protestbewegungen der DDR-Bürger in den letzten Oktoberwochen des Jahres 1989.<sup>288</sup>

Den Fall der Berliner Mauer leitete ein Missverständnis der DDR-Führung bei einer Pressekonferenz am 9. November 1989 ein. Der Ministerrat der DDR wollte die Welle der Ausreisenden über Drittländer eindämmen und fasste daher Beschlüsse über eine zeitweilige Übergangsregelung für Reisen und über die sogenannte ständige Ausreise. Die abgesegnete Regelung wurde Günter Schabowski, dem Sekretär für Information, kurz vor der angesetzten Pressekonferenz um 18.00 Uhr übergeben. Dieser war offensichtlich

---

<sup>284</sup> Vladislav Zubok, Die Krisen Gorbatschows und die Vereinigung Deutschlands. In: Kleßmann (Hg.), Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen, Berlin 2002, 245-268, hier 248

<sup>285</sup> Altrichter, Russland 1989, 351

<sup>286</sup> Plato, Die Vereinigung Deutschlands, 52f

<sup>287</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 454

<sup>288</sup> Dalos, Der Vorhang geht auf, 127

noch nicht über den genauen Ablauf dieser Regelung informiert und teilte auf Nachfrage eines italienischen Reporters mit, dass seinen Informationen nach die Genehmigung für Privatreisen von DDR-Bürgern unverzüglich möglich seien. Darüber hinaus würden auch Visa für die ständige Ausreise ausgestellt werden. Als die Meldung in den Abend-Nachrichten verlautbart wurde, dass die DDR nach Aussagen von Schabowski die Grenzen öffnen würde, folgte in der Nacht des 9. Novembers ein Ansturm tausender Ostberliner auf die Grenzübergangsstellen. Die uninformierten Grenzbeamten wirkten überfordert und waren den anstürmenden Menschenmassen nicht mehr gewachsen. Die Schlagbäume am Bornholmer Übergang wurden von den kapitulierenden Grenzwachen gegen 23:30 Uhr geöffnet und Menschenmassen strömten nach Westberlin. Versuche der DDR-Spitzen, diesen „Unfall“ rückgängig zu machen, kamen zu spät.<sup>289</sup> Die Ausreise hätte als gestaffelter Prozess stattfinden sollen, doch die missglückte Pressekonferenz und deren rasche Verbreitung über westliche Medien sorgte dafür, dass sich die Ereignisse überschlugen. Ostberliner strömten nach Westberlin, Menschen kletterten auf die Mauer und rissen Brocken mit Hammer und Meißel heraus.<sup>290</sup> Die Berliner Mauer war in der Nacht des 9. Novembers 1989 symbolisch gefallen und wurde wenige Tage später auch physisch abgebaut.<sup>291</sup> Hertle meint dazu:

*„Es war nur konsequent, daß dieses zentrale Symbol des Kalten Krieges mit der Annäherung zwischen den Supermächten untragbar wurde. Technisch gesprochen war der Fall der Mauer das Resultat eines Versehens, historisch gesehen aber war sie durch die vorhergehenden und parallel verlaufenden Prozesse der Reformen in der Sowjetunion und der Entspannung zwischen den Weltmächten obsolet geworden.“<sup>292</sup>*

Auffällig war laut Zubok, dass Gorbatschow in der DDR-Krise nicht die Initiative ergriff, sondern eine abwartende Haltung an den Tag legte. Der Fall der Berliner Mauer war daher auch die Folge der Passivität der sowjetischen Führung. Während in der schicksalshaften Nacht des 9. Novembers 1989 an der DDR-Grenze das Chaos ausbrach, versuchte die Botschaft der UdSSR in Ost-Berlin Gorbatschow oder Schewardnadse über eine geheime Telefonleitung zu informieren. *„Die gesamte Führung war jedoch beschäftigt und niemand hatte Zeit für die Belange der DDR“* erinnert sich Igor Maximytschew, der damalige erste Gesandte der UdSSR-Botschaft in Ost-Berlin.<sup>293</sup> Die sowjetische Führung war in dieser Nacht nicht erreichbar und auch am nächsten Tag ließ

---

<sup>289</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 455-457

<sup>290</sup> Gaddis, Der Kalte Krieg, 307

<sup>291</sup> Robert L. Hutchings, Als der Kalte Krieg zu Ende war. Ein Bericht aus dem Inneren der Macht, Berlin 1999, 117

<sup>292</sup> Kleßmann (Hg.), Die fatale Stabilisierung, 17

<sup>293</sup> Zubok, Die Krisen Gorbatschows und die Vereinigung Deutschlands, 257

Gorbatschow keinen Krisenstab einberufen, der sich mit den Ereignissen in der DDR beschäftigen hätte können. Auf der Tagesordnung des Politbüros standen lediglich innenpolitische Themen. Die passive Haltung Gorbatschows zu den dramatischen Vorgängen in der DDR wurde von seinen politischen Gegnern heftig kritisiert.<sup>294</sup>

Der überraschend schnelle Fall der Berliner Mauer weckte in Ost und West Bedenken über eine mögliche militärische Konfrontation. Dies hätte eine fundamentale Kollision zwischen NATO und Warschauer Pakt zur Folge gehabt. Gorbatschows Berater Anatoli Tschernajew rechtfertigte daher die sowjetische Zurückhaltung. Er meinte, dass der Mauerfall ohnehin unvermeidbar gewesen wäre und dass Gorbatschow nach seinem DDR-Besuch schon geahnt hätte, dass Honeckers Regime nicht zu retten gewesen sei. Gorbatschow wollte eine militärische Konfrontation der beiden Blöcke um jeden Preis verhindern. Tschernajew: *„Das durfte absolut nicht sein, und wir hielten uns eigentlich ganz ruhig dem gegenüber, was nun später auf uns zukam. Das gilt für den Mauerfall und auch für die Beseitigung von Honecker.“*<sup>295</sup> Um die Lage nicht weiter zu destabilisieren, verhielt sich die Kremelführung überraschend ruhig.

Die Öffnung der Mauer beschleunigte die Entwicklung der Wiedervereinigung enorm. Die neue DDR-Regierung unter Ministerpräsident Hans Modrow musste sich eingestehen, dass das Land vor dem Staatsbankrott stand und die Situation prekär war:<sup>296</sup>

- veraltete Produktionsanlagen
- schlechte und veraltete Infrastruktur
- mehr als 550 Milliarden DDR-Mark Verschuldung Ende der achtziger Jahre
- in der BRD wurden 53 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, in der DDR hingegen nur 15 Prozent für Investitionen ausgegeben (1989)

Plato betont, dass diese ökonomische Niederlage gegenüber dem Westen für die überzeugten Sozialisten und Kommunisten der DDR deprimierend gewesen sein muss.<sup>297</sup> Und für die Bürger der DDR war die BRD ein unmittelbarer Gradmesser. Die demokratisch-liberale Wohlstandsgemeinschaft hinter der Mauer übte enorme Anziehungskraft aus. Damit hatte kein anderer kommunistischer Staat zu kämpfen. Je deutlicher der ostdeutsche Staat versagte, desto attraktiver wurde der westdeutsche.<sup>298</sup>

Bundeskanzler Helmut Kohl trieb nach dem Mauerfall die Vereinigung voran und sein triumphaler Empfang durch die Dresdner Bevölkerung bei seinem DDR-Besuch im

---

<sup>294</sup> Zubok, Die Krisen Gorbatschows und die Vereinigung Deutschlands, 258

<sup>295</sup> Plato, Die Vereinigung Deutschlands, 95

<sup>296</sup> Ebd., 81

<sup>297</sup> Ebd., 81

<sup>298</sup> Peter Bender, Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, München 1995, 267

Dezember 1989 bestärkte ihn dabei.<sup>299</sup> Mit der Verkündung seines „Zehn-Punkte-Plans“ am 28. November 1989 hatte er eine rasch ausgearbeitete Strategie für die Wiedervereinigung parat, die von Seiten der US-Regierung unterstützt wurde. Gorbatschow hatte hingegen kein Konzept in Bezug auf die deutsche Frage, zu sehr forderte die desaströse Lage innerhalb der Sowjetunion seine Aufmerksamkeit. Darüber hinaus war er überrascht und verärgert über den Vorstoß von Kohls Programm, denn der deutsche Kanzler hatte Gorbatschow zuvor versichert, dass er nach dem Fall der Mauer die Situation in der DDR nicht in Richtung einer Wiedervereinigung destabilisieren oder forcieren wolle.<sup>300</sup>

Kohl informierte nur die Bush-Administration über seinen „Zehn-Punkte-Plan“. Gorbatschow war darüber empört, doch es wurde zunehmend deutlich, wie hilflos die sowjetische Führung beim Zerfallsprozess der DDR – wie auch beim parallel ablaufenden Transformationsprozess in Osteuropa – war. Plato zeigt auf, dass sich in der Frage der DDR ein Grundfehler der sowjetischen Politik wiederholte. Einerseits wurde die Bewegung „von unten“ (Protestkundgebungen, Demonstrationen, Ausreisewelle) zu wenig berücksichtigt, andererseits wurde die Besonderheit der DDR als „halbe Nation“ übersehen. Man unterschätzte *„die Bedeutung der anhaltenden Bindung zwischen Deutschland-Ost und Deutschland-West, die sofort mit dem Wegfall der Mauer wirksam werden musste.“*<sup>301</sup> Das westdeutsche Vorgehen in Bezug auf die DDR wurde kritisiert, als ob es sich um eine Einmischung in Polen oder der Tschechoslowakei handeln würde. Eine sachliche Analyse hätte verdeutlicht, dass die DDR ökonomisch verfallen war und die Weichen in Richtung einer Wiedervereinigung standen. Dies hätte auch die Ausarbeitung sowjetischer Bedingungen für eine deutsche Vereinigung ermöglicht. Stattdessen wurde von Kohl verlangt, von seiner Grundüberzeugung einer deutschen Einheit abzuweichen, obwohl der wirtschaftliche und politische Niedergang der DDR nicht mehr aufzuhalten war – was Gorbatschow in seinem Optimismus jedoch noch nicht erkennen wollte. Ohne ein konkretes Konzept zu haben, versuchte er nur noch, die Politiker Westeuropas gegen die Wiedervereinigung zu mobilisieren, was jedoch nicht gelingen sollte.<sup>302</sup>

Ähnlich fällt die Bilanz von Seiffert über die Entwicklungen in der DDR aus. Er merkt an, dass zahlreiche Politologen, Ökonomen, Historiker und Publizisten mit ihren Analysen über die Lage in der DDR versagt hätten, weshalb auch von einer *„Blindheit der Analyse*

---

<sup>299</sup> Altrichter, Russland 1989, 357

<sup>300</sup> Zubok, Die Krisen Gorbatschows und die Vereinigung Deutschlands, 261f

<sup>301</sup> Plato, Die Vereinigung Deutschlands, 135

<sup>302</sup> Ebd., 134f

gegenüber der realen Situation in der DDR<sup>303</sup> gesprochen wird. In Anbetracht der zunehmenden Flüchtlingsströme aus der DDR, der untauglich gewordenen zentralistischen Planwirtschaft, der innenpolitischen Probleme der Sowjetunion sowie der Entwicklungen in Osteuropa und innerhalb der UdSSR bedurfte es schon „ideologischer Scheuklappen“, um zu leugnen, dass die Tendenz zu einer deutschen Einheit abzusehen war.<sup>304</sup> Der Hauptgrund hierfür lag in der – auch in der BRD-Politik üblichen – Angst vor Instabilität. Ein Status-quo-Denken und die Aufrechterhaltung einer alten Ordnung wurden präferiert. Stabilität um jeden Preis würde aber eine gewaltsame Unterdrückung von Unabhängigkeitsbestrebungen notwendig machen, die das Recht auf Selbstbestimmung ignoriert. Politische Stabilität ist auf Dauer jedoch nur zu gewährleisten, wenn sich die Mehrheit der Bevölkerung mit den vorherrschenden Verhältnissen identifizieren kann. Seiffert hält fest, dass die deutsche Vereinigung das Resultat der Umwälzungen in Osteuropa war. Entscheidend hierfür waren die Öffnung der ungarischen Grenze nach Österreich, die Bürgerrechtsbewegung in der DDR sowie die Fluchtbewegung aus der DDR. Gorbatschow stimmte der Vereinigung Deutschlands im Jänner 1990 zu, weil er einerseits eingesehen hatte, dass diese Entwicklung nicht mehr zu stoppen war, andererseits erhoffte er sich davon politische und wirtschaftliche Kooperation, denn Deutschland sollte der ökonomische Hauptpartner der UdSSR für die nächsten Jahre werden.<sup>305</sup> Gorbatschow war angesichts der angespannten innenpolitischen Lage zum Einlenken gezwungen und suchte daher die Unterstützung im Westen, um einen möglichen Zusammenbruch der Sowjetunion abzuwenden. Denn der sowjetische Staatshaushalt war im Frühjahr 1990 bankrott und man war auf westliche Kredite angewiesen. Gorbatschow und seine Berater gerieten in eine Zwangslage, in eine psychologische Abhängigkeit gegenüber ihren ehemaligen Gegnern.<sup>306</sup>

Im März 1990 siegte die „Allianz für Deutschland“ bei den ersten freien Volkskammerwahlen in der DDR. Nur wenige Tage später wurde die „Wirtschafts-, Sozial- und Währungsunion“ vereinbart, die mit 1. Juli 1990 in Kraft trat. Der Beitritt der DDR zur BRD war faktisch vollzogen. Der unterzeichnete „Zwei-Plus-Vier-Vertrag“ zwischen der DDR, der BRD, den USA, der UdSSR, Großbritannien und Frankreich am 12. September sicherte zu, dass die Außengrenzen der beiden deutschen Staaten von nun an auch die unveränderlichen Grenzen des vereinigten Deutschland darstellen sollen. Außerdem wurden die NATO-Mitgliedschaft Deutschlands und der stufenweise Abbau der gemeinsamen Armee auf 345.000 Soldaten vereinbart. In Artikel sieben wurde die

---

<sup>303</sup> Wolfgang Seiffert, Auswirkungen der deutschen Vereinigung auf Osteuropa. In: Jürgen Elvert (Hg.), Der Umbruch in Osteuropa, Stuttgart 1993, 97-108, hier 97-100, hier 97

<sup>304</sup> Seiffert, Auswirkungen der deutschen Vereinigung auf Osteuropa, 97-100

<sup>305</sup> Ebd., 105-107

<sup>306</sup> Zubok, Die Krisen Gorbatschows und die Vereinigung Deutschlands, 264

Souveränität Deutschlands verankert, die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges beendeten hiermit „ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes.“<sup>307</sup>

## 5.4 Bilanz des Demokratisierungsprozesses

Insgesamt betrachtet war das Tempo und die Dynamik der Wende in Ostmitteleuropa und den ehemaligen Satellitenstaaten beträchtlich und ging angesichts der enormen Veränderungen relativ friedlich vonstatten. Der Widerstand im eigenen Land ermunterte dabei immer wieder die oppositionellen Kräfte im anderen Land. Bis auf Bulgarien ereignete sich der Kollaps der ostmitteleuropäischen Regime innerhalb von zwei Monaten – von Mitte November bis zum Jahresende 1989. Davor wurden die Umstürze in Polen und Ungarn zum Gradmesser der sowjetischen Toleranz. Spätestens, als die Sowjetunion den symbolträchtigen Fall der Berliner Mauer hinnahm und von einer militärischen Intervention absah, war die Entwicklung unaufhaltbar. Gorbatschows optimistische und idealistische Erwartung, dass die sowjetische Akzeptanz neue Formen des Sozialismus bringen würde, sollte sich nicht bewahrheiten.<sup>308</sup>

Auch Hutchings nennt die Handlungsweise beziehungsweise Untätigkeit der Sowjetunion als den entscheidenden Faktor für die Umstürze. Nach den Wahlen in Polen und dem Fall der Berliner Mauer wurde endgültig klar, dass die Sowjetmacht den Regimen in Ostmitteleuropa definitiv nicht mehr zur Verfügung stand, für den Freiheitsdrang der Bürger innerhalb dieser Länder gab es in der Folge kein Halten mehr. Die Regime waren nun auf sich selbst angewiesen, die Macht mit eigenen Mitteln zu wahren. Doch sie waren den friedlichen, demokratischen von der Opposition angeführten Revolutionen nicht mehr gewachsen. Den Versuchen der Parteien, ihre Macht mit pseudodemokratischen Aktionen aufrecht erhalten zu können, fehlte es an Glaubwürdigkeit und letzten Endes auch am Willen, Aufstände ganzer Völker mit aller Brutalität niederzuwerfen – zu weit waren die Ereignisse schon fortgeschritten.<sup>309</sup>

Auch Altrichter zieht eine ähnliche Bilanz über den Transformationsprozess in den ehemaligen Satellitenstaaten. Die letzten Dezembertage des Jahres 1989 bildeten mit der Hinrichtung Ceaușescus und der Wahl Václav Havels zum Präsidenten der Tschechoslowakei den Schlusspunkt einer Entwicklung, die in ihrer Tragweite und Rasanz von keinem vorausgesehen wurde. Die kommunistische Herrschaft Osteuropas

---

<sup>307</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 458

<sup>308</sup> Jaques Lévesque, The East European revolutions of 1989. In: Melvyn P. Leffler (Hg.), The Cambridge history of the Cold War. Volume III Endings, Cambridge 2010, 311-332, hier 331f

<sup>309</sup> Hutchings, Als der Kalte Krieg zu Ende war, 77

befand sich in Auflösung und die Gesellschaft im Umbruch. Die unterschiedlichen Vorgänge in Warschau, Prag, Sofia, Budapest, Bukarest oder Berlin hatten einen gemeinsamen, erstaunlichen Nenner: Die Sowjetunion verzichtete darauf, einzugreifen oder das Geschehen aufzuhalten.<sup>310</sup>

Luks merkt an, dass die Auflösung der kommunistischen Regime des Ostblocks nicht die Folge einer Revolution „von unten“, sondern eine in erster Linie eine Revolution „von oben“, also die Folge eines neuen außenpolitischen Konzepts der sowjetischen Führung war. Die revolutionären Umwälzungen in Osteuropa kamen nicht aufgrund von gesellschaftlichen Protestbewegungen zu Stande. Selbst die Massenbewegung der *Solidarność* war nicht im Stande, das bestehende System zu stürzen. Im Gegenteil: Deren Niederschlagung durch das polnische Militär verstärkte in der Öffentlichkeit sogar den Eindruck, dass die kommunistischen Regime Osteuropas unbezwingbar seien. Doch der neue außenpolitische Kurs der sowjetischen Führung, die Abkehr von der Breschnew-Doktrin und die wiederholten Aussagen über die Wahlfreiheit der verbündeten sozialistischen Länder leiteten nicht deren Erneuerung, sondern deren Loslösung ein. Der Zerfall des „äußeren Sowjetimperiums“ (Ostblock) ab 1989 beschleunigte dann auch den Zerfall des „inneren Imperiums“ (UdSSR).<sup>311</sup>

Für den Rückzug aus Ostmitteleuropa gilt laut Simon grundsätzlich dasselbe wie für fast alle Ergebnisse der Perestroika: Die radikale Entwicklung war von der sowjetischen Führung nicht in diesem Ausmaß gewollt und vorgesehen worden. Die Gorbatschow-Führung hoffte darauf, dass man durch die Lockerung der Zwangsgemeinschaft der Warschauer-Pakt-Staaten einen freiwilligen Zusammenschluss erreichen könnte, der zu wechselseitigen Vorteilen und zur Stärkung des Sozialismus führen würde. Dabei wurden aber die tiefsitzende Abneigungen der ostmitteleuropäischen Völker gegen die sowjetische Vorherrschaft sowie die frei werdenden nationalen Bestrebungen unterschätzt. Nachdem Gorbatschow die Tore verbal geöffnet hatte, ergriff man in Osteuropa entschlossen die Chance, sich vom Osten ab- und dem Westen zuzuwenden.<sup>312</sup>

Wagenlehner stellt ähnliche Thesen zu den revolutionären Umwälzungen auf. Er meint, dass die sowjetische Führung angesichts der politischen und wirtschaftlichen Krise die revolutionäre Stimmung im Sowjetblock erkannt hätte. In inoffiziellen Meinungsumfragen wurde die steigende Unzufriedenheit großer Bevölkerungsgruppen innerhalb der verbündeten Länder festgestellt. Gorbatschow hätte durch die Perestroika zwar versucht,

---

<sup>310</sup> *Altrichter*, Russland 1989, 380f

<sup>311</sup> *Luks*, Die Geschichte Russlands und der Sowjetunion, 500f

<sup>312</sup> *Simon*, Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, 192f

die Führungsrollen der Kommunistischen Parteien in den Bruderstaaten zu erhalten, doch er überließ die Entwicklung im Sowjetblock dem Selbstlauf und nahm die Auflösung der sowjetischen Paktsysteme in Kauf.<sup>313</sup>

Diesbezüglich führt Cox einen anderen, interessanten Ansatz an. Er verweist auf einen Aspekt, der für die Akzeptanz der Loslösung des Ostblocks von der sowjetischen Hegemonie wohl mit entscheidend gewesen sein dürfte. Seit den 1970er Jahren wurde der Ostblock immer mehr zur ökonomischen Last für Moskau. Dies wird umso deutlicher, wenn man die Auslandsverschuldung Mitte der achtziger Jahre betrachtet. Zu dieser Zeit betrug allein der Schuldenberg von Polen, Ungarn und der DDR gegenüber westeuropäischen Banken in etwa 80 Milliarden Dollar. Osteuropa verursachte also zunehmend steigende Kosten und war daher auf die Hilfe Moskaus angewiesen (dies wurde beispielweise bei den kostengünstigen Öllieferungen für Osteuropa deutlich). Diese finanzielle Belastung spielte Ende der achtziger Jahre vermutlich eine Rolle bei den Überlegungen, Ostmitteleuropa nicht mehr mit aller Gewalt an Moskau binden zu wollen. Dieser Punkt wurde von Gorbatschows Gegnern oft übersehen, als sie ihn dafür kritisierten, dass er das sowjetische Imperium ohne Gegenwehr aufgab.<sup>314</sup> Dennoch rief Tschernjew in Erinnerung, dass Gorbatschow wohl darauf gehofft hatte, dass die ehemaligen Satellitenstaaten nach der friedlichen Loslösung von Moskau ein neues Sozialismus-Modell etablieren würden. Mit den ersten Wahlen wurde aber deutlich, dass Gorbatschow hier falsch lag. Die Ostblockstaaten orientierten sich an Westeuropa und verließen den Warschauer Pakt.<sup>315</sup>

Der Untergang der sowjetischen Vorherrschaft im ehemaligen Hegemonialbereich resultierte laut Bender daraus, dass das System der Wirtschaft und Politik an seine Grenzen gestoßen war und mit keiner wesentlichen praktischen Frage mehr fertig wurde. Die ostmitteleuropäischen Staaten verfielen ideologisch, ökonomisch und moralisch – Unterschiede bestanden lediglich im Grad und Tempo. Gorbatschows Versuch, das angeschlagene Imperium zu erneuern, war gescheitert und das Reich zerfiel. Die UdSSR hatte einen Zustand erreicht, in dem sie weder die alten Verhältnisse noch deren Reformen überleben konnte. Mit militärischer Gewalt hätte man den Zerfallsprozess vermutlich hinauszögern können, doch darauf verzichtete Gorbatschow.<sup>316</sup>

Die damaligen Politiker, wie etwa Margaret Thatcher, François Mitterrand oder Hans-Dietrich Genscher, hoben besonders die Rolle Gorbatschows hervor, der ab 1988 den

---

<sup>313</sup> *Wagenlehner*, Der Systemwandel in Osteuropa, 30

<sup>314</sup> Michael Cox, Who won the Cold War in Europe? A historiographical overview. In: Frédéric Bozo (Hg.), Europe and the End of the Cold War. A reappraisal, London 2008, 9-20, hier 14f

<sup>315</sup> Marie-Pierre Rey, Gorbachev's New Thinking and Europe, 1985-1989. In: Frédéric Bozo (Hg.), Europe and the End of the Cold War. A reappraisal, London 2008, 23-35, hier 32f

<sup>316</sup> *Bender*, Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen, 263f

Ländern Ostmitteleuropas größere Eigenständigkeiten zugestand, die unter früheren Sowjetführern undenkbar gewesen wären. Wesentlich dabei war, dass sich die Regierung unter Gorbatschow an das Prinzip der militärischen Nicht-Einmischung gehalten hatte. Dies ermöglichte eine unabhängigere Politik in ganz Osteuropa und auch in der DDR.<sup>317</sup> Gorbatschows Berater Anatoli Tschernajew merkte dazu an: *„Wir erleben ein globales Phänomen: die komplette Demontage des Sozialismus. Das mag unausweichlich und gut sein. Denn hier findet eine Wiedervereinigung der Menschheit auf der Grundlage des gesunden Menschenverstandes statt. Und ein einfacher Mann aus Stavropol hat diesen Prozeß in Gang gesetzt.“*<sup>318</sup>

In seiner Silvesterbotschaft Ende 1989 zog Gorbatschow in der Tageszeitung „Prawda“ folgende Bilanz: *„Wellen der revolutionären Erneuerungen gingen über Osteuropa hinweg. In den dramatischen Ereignissen, [...] fand die Notwendigkeit, Sozialismus und Demokratie zu vereinen, erneut mit enormer Kraft ihre Bestätigung. Wir wünschen unseren Freunden viel Erfolg auf diesem Wege. Sie können immer auf unsere Solidarität bauen.“*<sup>319</sup> In einer weiteren Botschaft an die Vereinigten Staaten prophezeite er: *„Die 90er Jahre können zu einem Jahrzehnt werden, in dem Freiheit, Demokratie und Gleichheit im globalen Maßstab und unumkehrbar verankert werden.“*<sup>320</sup>

Laut Luks hatte das Ende der sowjetischen Vorherrschaft in Osteuropa zwei Auswirkungen: Einerseits wurden die Loslösungs-Tendenzen der Sowjetrepubliken innerhalb der UdSSR verstärkt, andererseits forderten Verfechter der imperialen Idee, dass der Zerfall der Union militärisch gestoppt werden müsse. Davon wich Gorbatschow (bis auf wenige Ausnahmen) ab – der Zusammenbruch des morsch gewordenen Gebäudes ließ nicht mehr aufhalten.<sup>321</sup>

---

<sup>317</sup> Plato, Die Vereinigung Deutschlands, 39

<sup>318</sup> Zubok, Die Krisen Gorbatschows und die Vereinigung Deutschlands, 255

<sup>319</sup> Wagenlehner, Der Systemwandel in Osteuropa, 20

<sup>320</sup> Ebd., 20

<sup>321</sup> Luks, Die Geschichte Russlands und der Sowjetunion, 506

## 6. Ein System kollabiert – der Untergang der Sowjetunion

Am Ende des Jahres 1991 hörte ein Staat von gewaltiger Dimension auf zu existieren – die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zerbrach und mit ihr ein politisches, wirtschaftliches, militärisches und ideologisches System, ein weltumspannendes Netz von Einflusszonen. Die Sowjetunion verschwand nicht in Folge eines Krieges, ihr offizielles Ende vollzog sich auf politisch-diplomatische Weise im Rahmen einer Konferenz. Der Zerfall kam nicht unerwartet, aber unerwartet schnell.<sup>322</sup>

Bis 1991 bestand der Vielvölkerstaat der UdSSR aus 15 Unionsrepubliken, 20 autonomen Republiken, 8 autonomen Gebieten und 10 autonomen Kreisen. Die 15 Unionsrepubliken waren Russland (RSFSR), Ukraine, Weißrussland, Moldawien, die kaukasischen Republiken Aserbaidshan, Armenien und Georgien, die zentralasiatischen Republiken Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan, Kirgisien und Tadschikistan sowie die baltischen Republiken Estland, Lettland, Litauen.<sup>323</sup>



**Abb. 1:** Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) und ihre 15 Teilrepubliken.  
Quelle: Alex Pravda, *The Collapse of the Soviet Union, 1990-1991*, 357

<sup>322</sup> Hans Hecker, Untergang eines Weltreiches. In: *Osteuropa*, 6 (1992), 465-481, hier 465f

<sup>323</sup> Gaddis, *Der Kalte Krieg*, 314

Laut Alex Pravda waren externe und interne Faktoren für den Kollaps der Sowjetunion ausschlaggebend. Innere Ursachen waren zwei ineinander greifende Prozesse: Einerseits die Reform des kommunistischen Regimes unter Gorbatschow und andererseits die Unabhängigkeitsbestrebungen der Sowjet-Republiken. Während die Reform des Regimes aber eine „Revolution von oben“ war, so fiel die Union einer „Revolution von unten“, also den nationalen Bestrebungen der Teilrepubliken, zum Opfer. Die internationalen, externen Faktoren lagen im Wettkampf der Systeme begründet: Die Vormachtstellung der Sowjetunion sollte durch das Wettrüsten und das Engagement in der Dritten Welt gesichert werden. Dies überforderte jedoch die wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten und führte zur Überschuldung.<sup>324</sup>

Zunächst werden die erwähnten internen Ursachen dargestellt (Rolle der KPdSU, die Bedeutung von Gorbatschows Reformen und die Nationalbewegungen der Teilrepubliken). Im Anschluss daran sollen die externen Faktoren, die zur Überforderung des Systems beigesteuert haben, erläutert werden.

Für den Zusammenbruch des sowjetischen Herrschaftssystems war laut Simon der Legitimationsverlust der KPdSU in den Jahren zwischen 1989 und 1991 ein entscheidender Faktor. Die Partei verlor ihre führende Rolle als Inhaber der Macht. In Polen beginnend griff der Zerfall der kommunistischen Regime auf die Länder Ostmitteleuropas und dann auf die UdSSR – ausgehend von den baltischen Republiken – über. Die Entwicklung lief also entgegengesetzt zur Entstehungsgeschichte der Union ab: Nach 1945 weitete sich die Revolution vom Machtzentrum aus und griff auf die angrenzenden Länder über – nun brachen die Regime an den Rändern zusammen und der Umsturz zog immer engere Kreise um das Zentrum.<sup>325</sup>

Die Krise der KPdSU war vor allem die Folge der praktizierten Machtsicherung, also der Personalpolitik in Form der Nomenklatura. Schlüsselstellen in allen Bereichen der Staatsorganisation – etwa in der Wirtschaft, der Armee oder im Bereich der Bildung – wurden nur an Mitglieder der kommunistischen Partei und nicht im offenen Wettbewerb oder aufgrund von Kompetenzen vergeben. Talente, Fähigkeiten oder Ambitionen blieben ungeachtet, Konformismus wurde belohnt. 1988 zählte die KPdSU etwa 19,5 Millionen Mitglieder, das entsprach sieben Prozent der Bevölkerung. Über 90 Prozent der Sowjet-Bürger wurden daher weitgehend vernachlässigt, wenn es um die Besetzung von Führungspositionen ging. Keine moderne Gesellschaft kann sich im Wettbewerb der Systeme so einen Verfall an Kreativität und Potential leisten.<sup>326</sup> Deutlich wurde der

---

<sup>324</sup> *Pravda*, *The Collapse of the Soviet Union*, 356

<sup>325</sup> *Simon*, *Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums*, 69

<sup>326</sup> *Ebd.*, 71f

Machtverlust der KPdSU im Jahr 1990, als in allen Unionsrepubliken Wahlen der lokalen parlamentarischen Vertretungen und der Obersten Sowjets abgehalten wurden. Überall dort, wo Chancengleichheit bestand und erste Ansätze eines Mehrparteiensystems gelegt worden waren, erwies sich die KPdSU als nicht mehrheitsfähig.<sup>327</sup> Nach der Oktoberrevolution hatten die Bolschewiki und die KPdSU ab 1917 versucht, die nationalen und regionalen Teile des russischen Reiches wieder zusammenzufügen. Unter Stalin wurde dieser Vorgang nach dem Zweiten Weltkrieg in Osteuropa vollendet. Die Sowjetunion wurde von der KPdSU geschaffen, die Partei war die wichtigste Klammer des Vielvölkerimperiums. Daher war es nur folgerichtig, dass mit dem Legitimationsverlust und dem Niedergang der KPdSU auch zwangsläufig der Zusammenbruch der Sowjetunion in Gang gesetzt wurde.<sup>328</sup>

Was die Emanzipationsbewegung der Teilrepubliken betrifft, so betont Kappeler, dass vor allem die Bewegung der nicht-russischen Nationen wesentlich zum Zerfallsprozess der Sowjetunion beigetragen hat und dass Gorbatschow diesen Loslösungsprozess lange unterschätzte. Bis Ende 1990 erklärten alle Mitgliedsstaaten ihre Souveränität und damit ihre wirtschaftliche und politische Autonomie.<sup>329</sup> Den Unionsrepubliken wurde im Artikel 72 der sowjetischen Verfassung von 1977 „das Recht auf den freien Austritt der UdSSR“<sup>330</sup> garantiert. Der Zerfall des „äußeren Sowjetimperiums“, der sich 1989 nach den demokratischen Revolutionen in Osteuropa vollzog, beschleunigte nun auch den Zerfall des „inneren Imperiums“, also der UdSSR.<sup>331</sup> Das Streben nach Unabhängigkeit verband sich mit einer lang angestauten Unzufriedenheit über die anhaltende Wirtschaftskrise, den sinkenden Lebensstandard und der steigenden Arbeitslosigkeit. Vor allem in den baltischen Staaten war die Unabhängigkeitsbewegung am stärksten. Eine Erklärung hierfür ist in der Staatstradition zu finden, denn bis 1940 bildeten diese Länder unabhängige Nationalstaaten, ehe sie unter Stalin völkerrechtswidrig annektiert wurden.<sup>332</sup> Jene Emanzipationsbewegung, die von Polen und Ungarn in den Warschauer-Pakt-Staaten in Gang gesetzt wurde, wurde innerhalb der Union von den baltischen Republiken ausgelöst – sie wurden zum Sprengsatz für die UdSSR.<sup>333</sup>

Tschernajew hielt in seinen Aufzeichnungen fest, dass sich Gorbatschow mit einem Austritt der baltischen Staaten nicht abfinden wollte. Gorbatschow betonte im April 1990: „*Ich werde das Baltikum nicht gehen lassen!*“<sup>334</sup> Er wollte den Zerfall der Union unbedingt

---

<sup>327</sup> Simon, Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, 83

<sup>328</sup> Ebd., 126f

<sup>329</sup> Kappeler, Russland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Zerfall, 314f

<sup>330</sup> Luks, Die Geschichte Russlands und der Sowjetunion, 500

<sup>331</sup> Ebd., 500

<sup>332</sup> Kappeler, Russland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Zerfall, 316f

<sup>333</sup> Bonwetsch, Das Ende der Sowjetunion: die untragbare Bürde der Weltmacht, 552

<sup>334</sup> Tschernajew, Die letzten Jahre einer Weltmacht, 291

verhindern. Außerdem war er davon überzeugt, dass die Teilrepubliken wirtschaftlich nicht überlebensfähig seien, wenn sie auf sich allein gestellt wären. Er rechnete damit, dass die Bevölkerung der Republiken unter einem Ausstieg wirtschaftlich zu leiden hätte und sich daher bei den ersten negativen Anzeichen gegen eine Abspaltung von der Union aussprechen würde. Doch sein politischer Instinkt sollte sich nicht bewahrheiten.<sup>335</sup>

Bestärkt von den Vorgängen in Polen, Ungarn und der DDR erklärte Litauen am 11. März 1990 die „Wiederherstellung des unabhängigen litauischen Staates“. Plato bezeichnet dieses Ereignis als eine zentrale Wende der Gorbatschow-Ära. Denn nachdem der äußere Hegemonialbereich, der den Weltmachtstatus der Sowjetunion rechtfertigte, bereits weggebrochen war, drohte nun der innere Zerfall der Union.<sup>336</sup> Der Souveränitätserklärung Litauens folgten weitere, von den Obersten Sowjets beschlossene Unabhängigkeitserklärungen: Estland sagte sich am 30.3.1990 vom Gesamtstaat los, Lettland am 4.5.1990, Armenien am 23.8.1990 und Georgien am 14.11.1990. Die Souveränitätserklärungen zogen zwar noch keinen sofortigen Ausstieg aus der Union nach sich, doch der Staatenbund wurde immer stärker ausgehöhlt und die Position Gorbatschows damit geschwächt – er wurde immer mehr zum „General ohne Truppen“.<sup>337</sup> Die Unabhängigkeitserklärungen der jeweiligen Unionsrepubliken sicherten den Vorrang der eigenen Verfassung gegenüber jener der Union und auch die Hoheitsgewalt über das eigene Territorium.<sup>338</sup>

Die wichtigste Proklamation ereignete sich am 12. Juni 1990, als die RSFSR (Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik) unter Gorbatschows politischem Gegner Boris Jelzin (dem Vorsitzenden des Volksdeputiertenkongresses) eine Erklärung für die Staatssouveränität Russlands beschloss. Gorbatschow hatte Jelzin Ende 1987 aus dem Kongress ausgeschlossen. Mit der gewonnenen Abstimmung feierte er als gewählter Vorsitzender einen wichtigen politischen Erfolg und wurde zum erbitterten Gegenspieler von Gorbatschow. Er forderte radikalere demokratische und marktwirtschaftliche Reformen und bekam Unterstützung von jenen, die Gorbatschows halbherzige Politik kritisierten.<sup>339</sup> Nachdem sich die RSFSR im Juni 1990 für souverän erklärte, war das Kernland der UdSSR weggefallen. Letzte Versuche Gorbatschows, den Zerfall der UdSSR durch militärische Gewalt (Einmarsch der sowjetischen Armee in 1989 Georgien,

---

<sup>335</sup> *Tschernajew*, Die letzten Jahre einer Weltmacht, 290f

<sup>336</sup> *Plato*, Die Vereinigung Deutschlands, 308

<sup>337</sup> *Hildemeier*, Geschichte der Sowjetunion 1917-1991, 1052

<sup>338</sup> *Luks*, Die Geschichte Russlands und der Sowjetunion, 500

<sup>339</sup> *Hildemeier*, Geschichte der Sowjetunion 1917-1991, 1052

1990 in Aserbaidschan) oder Wirtschaftsblockaden (gegen Litauen) aufzuhalten, scheiterten.<sup>340</sup>

Verstärkt wurden die bisher erwähnten inneren Umbrüche von äußeren, externen Faktoren. Diese liegen dem Mechanismus des Kalten Krieges zugrunde, dem Versuch, sich im Konkurrenzkampf mit den Vereinigten Staaten und den westlichen Industrieländern als das bessere, historisch notwendige System darzustellen. Als Gorbatschow 1985 zum Generalsekretär gewählt wurde, war ihm klar, dass die ökonomische Entwicklung verbessert werden musste, um im Vergleich der Systeme nicht hoffnungslos ins Hintertreffen zu geraten. Die Wirtschafts- und Lenkungsmethoden des Staates mussten verbessert werden, alleine deswegen, um dem Status einer Welt- oder Supermacht gerecht zu werden. Die alarmierend sinkenden Wachstumsraten zwangen der sowjetischen Führung die Erkenntnis auf, dass mit den bisherigen Methoden weder der Lebensstandard der Bevölkerung gehalten, noch die Systemkonkurrenz mit den kapitalistischen Ländern gewonnen werden konnte. Da die Intensivierung der Wirtschaft im Rahmen der starren administrativen Lenkung und der allgemeinen Arbeitseinstellung nicht möglich war, setzte man auf eine gesamtgesellschaftliche Umgestaltung – die Perestroika.<sup>341</sup> Denn die rohstoffreiche Sowjetunion war nicht im Stande, ihr potentiell Kapital auszuschöpfen und in verfügbares Kapital zu verwandeln. Waren Wachstumsprobleme in westlichen Industrieländern konjunkturell bedingt, so waren jene der Sowjetunion eindeutig strukturell bedingt. Damit entwickelte sich ein immer größer werdendes Problem, das laut Bonwetsch wesentlich zum Zerfall der Sowjetunion beigetragen hat: Die permanente Überforderung der Wirtschaft durch die angestrebte Weltmachtrolle und den damit verbundenen Rüstungsausgaben. Die territoriale Expansion unter Stalin nach dem Zweiten Weltkrieg verlieh der Sowjetunion den Status einer Weltmacht, setzte sie aber gleichzeitig unter einen Leistungs- und Konkurrenzdruck, dem die Wirtschaft in der Folge nicht gewachsen war. Den Status einer Weltmacht hatte die Sowjetunion aufgrund ihrer Größe erhalten, nicht jedoch aufgrund ihrer wirtschaftlichen Kapazität – hier hinkte das Imperium unübersehbar hinterher. Lenins Formel vom „Einholen und Überholen“ der führenden kapitalistischen Länder blieb bis zuletzt eine nicht einmal im Ansatz erfüllte Vorgabe.<sup>342</sup> Gorbatschow erkannte die permanente Überforderung des Systems, zog mit der Entscheidung zur Abrüstung und dem Rückzug aus der Dritten Welt die finanziell begründeten Konsequenzen und leitete sein Reformprogramm ein.

---

<sup>340</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 460f

<sup>341</sup> Bonwetsch, Das Ende der Sowjetunion: die untragbare Bürde der Weltmacht, 553f

<sup>342</sup> Ebd., 555f

Nicht nur in den Ländern Ostmitteleuropas, sondern auch innerhalb des kommunistischen Systems der UdSSR konnten die beabsichtigten Reformen aber nicht verwirklicht werden. Der Zerfallsprozess der Union war laut Ferdowski die logische Konsequenz von Gorbatschows Bemühungen, die Vereinbarkeit des Unvereinbaren umzusetzen. So sollte die staatlich gesteuerte Planwirtschaft mit marktwirtschaftlichen Elementen verbunden und die KPdSU zu einer parlamentarisch-demokratischen Partei gemacht werden. Es wurde im Laufe der Jahre immer deutlicher, dass die in Gang gesetzte Reformpolitik das bestehende System zwar demontierte, jedoch kein neues aufbauen konnte. Die Sowjetunion lag nach dem Loslösungsprozess der Satellitenstaaten und den Unabhängigkeitsbestrebungen im Kernland in ihren letzten Zügen.<sup>343</sup>

Auch Zubok zieht eine ähnliche Bilanz über die Auswirkungen der Reformpolitik Gorbatschows. Die Krise der UdSSR beruhte auf den systemimmanenten Problemen, die im wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Aufbau der Sowjetunion lagen. Die plötzliche Verschärfung dieser Krise gegen Ende der achtziger Jahre war auch die Konsequenz der Reformpolitik Gorbatschows, die sich verselbstständigte und ihre Reformer überrollte. Gorbatschow wurde daher auch als Mann bezeichnet, „der auf dem Tiger reitet“ – unfähig, die in Gang gesetzten Entwicklungen unter Kontrolle zu halten, aber tapfer kämpfend, um nicht abgeworfen zu werden.<sup>344</sup> Hecker meint, dass die von Gorbatschow ins Leben gerufenen Reformen Perestroika und Glasnost zu jenen Revolutionen innerhalb der Sowjetunion führten, die das Kartenhaus zum Einsturz brachten. Die Bevölkerung erkannte die immer auswegloser werdende Lage und zog die Konsequenzen. Derart weitreichende Veränderungen hatte Gorbatschow wohl nicht beabsichtigt. Er hielt eine Reparatur des staatlich etablierten Sowjetsozialismus für notwendig, doch mit dem Reformprogramm wurden auf allen politischen Ebenen Lawinen losgetreten, die nicht mehr zu stoppen, sondern nur noch zu verzögern waren. So mündete der geplante Umbau in einen ungeordneten Abbau.<sup>345</sup>

Die personellen Veränderungen an der Parteispitze wurden Ende 1990 zu Vorboten des kommenden Unheils. Am 20. Dezember verkündete der im Ausland beliebte Außenminister Eduard Schewardnadse überraschend seinen Rücktritt. Bei seiner Rede deutete er auch an, dass ein reformfeindlicher Staatsstreich bevorstehe, doch Gorbatschow schenkte dem keinen Glauben. Im Gegenteil: Gorbatschow beging einen folgenschweren Fehler, als er den bekannten Reformgegner Gennadi Janajew zu seinem Stellvertreter ernannte – dieser sollte zu einem von vier Hauptverantwortlichen des Putsches im August 1991 werden. Verschärft wurde die ohnehin angespannte Lage

---

<sup>343</sup> Ferdowski, Das Ende des Kalten Krieges, 21

<sup>344</sup> Zubok, Die Krisen Gorbatschows und die Vereinigung Deutschlands, 264f

<sup>345</sup> Hecker, Untergang eines Weltreiches, 469f

innerhalb der Union, als die sowjetische Armee am 13. Jänner 1991 im abtrünnig gewordenen Litauen einmarschierte: 15 Tote und hunderte Verletzte waren zu beklagen. Gorbatschow beteuerte, dass er niemals die Entscheidung für die militärische Intervention gegeben habe. Bis heute bleibt die Frage offen, woher der Befehl tatsächlich kam. Gorbatschows politischer Gegner Boris Jelzin bekundete demonstrativ seine Solidarität mit Litauen und nahm an der Beerdigung der Opfer teil. Am 12. Juni 1991 feierte Jelzin einen politischen Triumph, als er zum Präsidenten Russlands (der RSFSR) gewählt wurde. Er war damit das erste direkt-demokratisch gewählte Staatsoberhaupt in der Geschichte Russlands.<sup>346</sup>

Die Wahl Jelzins zum Präsidenten der RSFSR beschleunigte den Zerfallsprozess der Union. Am 20. Juli verbot er alle kommunistischen Parteizellen in der Teilrepublik Russland. Der Demütigung nicht genug wurde das symbolträchtige rote Hammer-und-Sichel-Banner durch die weiß-blau-rote Nationalfahne Russlands verdrängt. Am 18. August 1991 – zwei Tage, bevor ein neuer Unionsvertrag unterzeichnet werden sollte – begann der Putsch gegen Gorbatschow, der in seinem Feriendomizil auf der Krim weilte. Nachdem sämtliche Verbindungen zur Außenwelt gekappt wurden, stellte man ihm auf der Krim ein Ultimatum: Entweder sollte er den Notstand verhängen oder die Vollmachten an Vizepräsident Gennadi Janajew übertragen. Als Gorbatschow beides verweigerte, wurde am Montag, dem 19. August um 6:00 Uhr früh verkündet, dass Janajew alle Vollmachten übernommen habe, weil Gorbatschow nicht mehr im Stande sei, seine Amtsgeschäfte auszuführen. Jelzin wandte sich in einer öffentlichen Rede gegen die Putschisten, erklärte ihr Vorgehen für gesetzeswidrig und behielt in den folgenden zwei chaotischen Tagen die Oberhand und die Loyalität des Militärs – der Putsch scheiterte. Gorbatschow wurde in der Nacht zum 22. August nach Moskau geflogen, doch politisch war er nicht mehr haltbar. Er zog selbst die Konsequenzen und erklärte am 24. August seinen Rücktritt als Generalsekretär der KPdSU.<sup>347</sup>

Der Putschversuch scheiterte zwar, trieb aber den Niedergang der Union voran. Nachdem Georgien am 9. April 1991 den Austritt aus der UdSSR erklärt hatte, folgte Estland während des Putsches am 20. August. Am 21. folgte Lettland, am 24. die Ukraine, am 25. Weißrussland, am 27. Moldawien, am 30. Aserbaidschan, am 31. Kirgisien und Usbekistan, am 9. September Tadschikistan, am 23. September Armenien und am 27. September Turkmenistan. Am 29. August wurde die KPdSU im gesamten Staatsgebiet der UdSSR verboten, am 24. Oktober wurde der KGB abgeschafft.<sup>348</sup>

---

<sup>346</sup> *Hildemeier*, Geschichte der Sowjetunion 1917-1991, 1054f

<sup>347</sup> *Ebd.*, 1055-1057

<sup>348</sup> *Ebd.*, 1058

Tschernajew betont, dass der Zerfall der Union von westlichen Politikern trotz der vergangenen System-Konkurrenz nicht positiv gesehen wurde. *„Niemand in der Weltgemeinschaft wollte diesen Zerfall. [...] Und das ist auch verständlich: Die Sowjetunion wurde dank Gorbatschow zu einer friedlichen Macht.“*<sup>349</sup> Gorbatschow genoss Vertrauen, war im Ausland beliebter als in der Heimat und stand in der Politik für demokratische und verlässliche Beziehungen. Sein Rücktritt und der Zerfall der Union galten als Unsicherheitsfaktoren, deren Folgen noch nicht abzuschätzen waren.<sup>350</sup>

Nach Gorbatschows Rücktritt als Generalsekretär (er war immer noch Staatspräsident der UdSSR) setzte sich Boris Jelzin politisch durch. Er hatte ein klares, strategisches Ziel vor Augen: Die Auflösung der Sowjetunion, die Zerschlagung der KPdSU und den Willen, Russland zu einem demokratischen und kapitalistischen Staat zu transformieren.<sup>351</sup> Jelzin erklärte am 8. Dezember 1991 mit der Ukraine und Weißrussland den Unionsvertrag für gegenstandslos und rief die „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“ (GUS) ins Leben. Am 21. Dezember wurde die offizielle Gründung vollzogen. Vier Tage später trat Michael Gorbatschow auch von seinem Amt als Staatspräsident der UdSSR zurück. Am 31. Dezember 1991 endete die Ära der Sowjetunion – fast genau 69 Jahre nach ihrer Gründung. Mit dem Zusammenbruch der UdSSR war auch der Kalte Krieg, der im Sommer 1947 begonnen hatte, nun endgültig und offiziell zu Ende. Die Auflösung des RGW wurde bereits am 4./5. Jänner 1991 beschlossen, der Warschauer Pakt wurde am 25. Februar 1991 aufgelöst und die Rote Armee wurde aus den ehemaligen Satelliten des Ostblocks abgezogen.<sup>352</sup>

Als Gorbatschow am 25. Dezember 1991 den Erlass für das offizielle Ende der UdSSR unterschrieb, meinte er in seiner Abschlussrede: *„Dem Kalten Krieg wurde ein Ende gesetzt. Das Wettrüsten und die wahnwitzige Militarisierung unseres Landes, die unsere Wirtschaft, das gesellschaftliche Bewusstsein und die Moral verunstaltet hatten, wurden zum Stehen gebracht. Die Gefahr eines Weltkrieges wurde gebannt.“*<sup>353</sup>

Kein Staat von vergleichbarer Größe oder Bedeutung trat so geräuschlos und friedlich von der historischen Bühne ab.<sup>354</sup>

---

<sup>349</sup> Tschernajew, Die letzten Jahre einer Weltmacht, 427

<sup>350</sup> Ebd., 427

<sup>351</sup> Gaddis, Der Kalte Krieg, 316

<sup>352</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 459-462

<sup>353</sup> Gaddis, Der Kalte Krieg, 321

<sup>354</sup> Hildemeier, Geschichte der Sowjetunion 1917-1991, 1059

## 7. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

1917 putschte sich Wladimir Iljitsch Lenin in Russland an die Macht. Nach dem überstandenen Bürgerkrieg wurden am 30. Dezember 1922 die von den Bolschewiki kontrollierten Gebiete zu einem föderalistischen Bundesstaat zusammengefasst, die UdSSR (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken) wurde gegründet. Nach Lenins Tod wurde die Union unter Stalin durch die Verfassung von 1936 in elf Sowjetrepubliken (Russland, Ukraine, Weißrussland, Georgien, Armenien, Aserbaidshan, Usbekistan, Turkmenistan, Tadschikistan, Kasachstan, Kirgisien) strukturiert. Mit der Oktoberrevolution von 1917 verschärften sich auch die russisch-amerikanischen Gegensätze. Davon zeugt auch das Friedensprogramm des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson. Seine „Vierzehn Punkte“, die er im Jänner 1918 veröffentlichte, stellen ein Konzept des Westens gegen das Regime der Bolschewiken und die „Diktatur des Proletariats“ dar. Darüber hinaus sorgte die von Lenins Nachfolger Stalin propagierte sowjetische Vorreiterrolle für die Weltrevolution im Westen für tiefes Misstrauen gegenüber der Sowjetunion. Zur 1922 gegründeten UdSSR wurden von amerikanischer Seite erst unter Franklin D. Roosevelt im Jahr 1933 diplomatische Beziehungen aufgenommen. Grundlegend verändert hat sich das schlechte russisch-amerikanische Verhältnis während des Zweiten Weltkrieges, als man mit der Anti-Hitler-Koalition ein grundsätzlich „unnatürliches Bündnis“ gegen den größeren und gemeinsamen Feind Adolf Hitler einging. Doch in den letzten Kriegsjahren sorgten verschiedene Ereignisse (Vorgehen Stalins beim Polen-Aufstand, nicht erfolgte Auflösung der Komintern) für eine erneute Distanzierung. Nach dem Zweiten Weltkrieg war der gemeinsame Feind verschwunden. Mit der sowjetischen Besetzung Ostmitteleuropas und der Abkehr Stalins von der Jalta-Deklaration wurde das Zerwürfnis der ehemaligen Bündnispartner besiegelt. Die amerikanischen, britischen und sowjetischen Vorstellungen über die Nachkriegsordnung waren nur schwer vereinbar.

Steininger vertritt die Auffassung, dass die Konfrontation des Kalten Krieges unvermeidlich war. Nachdem die gemeinsame Klammer der Anti-Hitler-Koalition nach dem Zweiten Weltkrieg weggefallen war, wurde klar, dass eine Kooperation mit Stalin nicht möglich sein werde. Dem gegenüber stand mit Truman ein US-Präsident, der bereit war, die „*kommunistische Herausforderung anzunehmen*.“<sup>355</sup> Damit wurde der Grundstein für die Systemkonkurrenz gelegt, die sich in den folgenden vier Jahrzehnten aufschaukeln sollte.

---

<sup>355</sup> Steininger, Der Kalte Krieg, 52

Die Reden des US-Präsidenten Harry S. Truman (Truman-Doktrin) und des sowjetischen Parteisekretärs Andrej Schdanow („Zwei-Lager-Theorie“) hatten den Charakter „ideologischer Kriegserklärungen“ und markierten den Beginn der Systemkonfrontation und des Kalten Krieges. Dieser wurde (zumindest zwischen den beiden Hauptakteuren) zwar nicht militärisch geführt, war aber ab dem Jahr 1947 ein permanenter „Nicht-Frieden“, der auf politisch-ideologischem, kulturell-sozialem, ökonomischem, technologisch-wissenschaftlichem und militärischem Gebiet betrieben wurde.<sup>356</sup> Die über vier Jahrzehnte andauernde Konfrontation stellte keinen homogenen linearen Verlauf dar. Es gab Krisen (Koreakrieg, erste und zweite Berlinkrise, Bau der Berliner Mauer, Kubakrise, Vietnamkrieg, Afghanistankrieg,...), in denen der Konflikt an die Grenze der (nuklear geführten) Eskalation rückte. Es gab aber auch Entspannungsphasen, wo bereits vor dem Jahr 1991 von einem möglichen Ende der Auseinandersetzung gesprochen wurde, wie etwa 1949 nach der Überwindung der Berlinblockade, 1953 nach Stalins Tod, 1962 nach der Kuba-Krise oder während der Hochphase der Entspannung zu Beginn der siebziger Jahre. Insgesamt war knapp die Hälfte des vier Jahrzehnte andauernden Kalten Krieges von militärischen und politischen Krisen geprägt. Teilweise wurden diese Konflikte an der „zentralen Front“ in Europa ausgetragen, teilweise in Asien, Afrika oder Lateinamerika.<sup>357</sup>

In Europa stabilisierte sich die Lage nach dem Bau der Berliner Mauer und der überstandenen Kuba-Krise. Ende der sechziger bis Mitte der siebziger Jahre war der Kalte Krieg von einer Phase der Entspannung gekennzeichnet. Dies zeigte sich vor allem im Bemühen der beiden Supermächte (speziell unter Breschnew und Nixon), das nukleare Wettrüsten zu reduzieren. Die vielen Gipfeltreffen, Verhandlungen und Vertragsabschlüsse dieser Ära stellten einen signifikanten Bruch zum Klima der sechziger Jahre dar, als die Kubakrise, der Vietnamkrieg und die Niederschlagung des Prager Frühlings immer wieder für Rückschläge in der amerikanisch-sowjetischen Beziehung sorgten. Mit dem Rücktritt Nixons, der härteren Gangart unter Ford und der aufkommenden Menschenrechtsdiskussion unter Carter verhärteten sich die Fronten zwischen Ost und West wieder. Für die konservativen Bürger in den USA war Entspannungspolitik gegenstandslos beziehungsweise unmoralisch, solange sich die Menschenrechtssituation in Osteuropa und innerhalb der Sowjetunion nicht besserte. Auf sowjetischer Seite sahen Kritiker die Détante als eine von der US-Regierung gestellte Falle, die dazu dienen sollte, die militärische Stärke und das internationale Ansehen der Sowjetunion zu schwächen. Mit dem NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979

---

<sup>356</sup> Stöver, *Der Kalte Krieg*, 76

<sup>357</sup> Bernd Greiner, *Krisen im Kalten Krieg. Bilanz und Ausblick*. In: Bernd Greiner, Christian Th. Müller, Dierk Walter (Hg.), *Krisen im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg*, Hamburg 2008, 7-23, hier 7f

(Plan zur Stationierung und Nachrüstung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa), der expansiven sowjetischen Außenpolitik in Afrika und dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan am 27. Dezember 1979 war die Phase der Entspannung endgültig beendet.

Die Entspannungspolitik schaffte es zwar nicht, den Kalten Krieg zu beenden, beschleunigte diesen Prozess aber vermutlich, weil die sowjetische Führung nach der amerikanischen Schmach im Vietnamkrieg die Chance gekommen sah, sich im gegenseitigen Wettrennen durch Hochrüstung absetzen zu können. Diese Gelegenheit beflügelte die Sowjetunion, ab der Mitte der siebziger Jahre militärisch einen Weg einzuschlagen, der letztendlich nicht zum Triumph, sondern zur Überschuldung führen sollte. Die Konsequenz des eingeschlagenen Weges war für Breschnew und sein Politbüro zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht absehbar.<sup>358</sup>

Gorbatschow übernahm bei seinem Amtsantritt 1985 eine Reihe von Altlasten, die sich in den Jahrzehnten der kommunistischen Diktatur angesammelt hatten. Die marode Wirtschaft, die starre Bürokratie, die internationale Isolierung (speziell nach dem Einmarsch in Afghanistan) sowie die hochgefahrenen und Geld verschlingende Rüstungsindustrie. Seit Ende der 1970er Jahre steckte die KPdSU und damit auch die Sowjetunion in einer inneren Krise. Aufgrund der rasch aufeinanderfolgenden Todesfälle an der Parteispitze und den enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten musste man sich technologische und finanzielle Defizite gegenüber den westlichen Staaten eingestehen. Das sture Wettrüsten überforderte die eigenen wirtschaftlichen Möglichkeiten bei weitem. Sinkender Lebensstandard und stagnierende Wirtschaft lähmten das Land außen- wie auch innenpolitisch.

Mit der Wahl Michael Gorbatschows 1985 an die Spitze der KPdSU wurde sowohl im Westen als auch im Osten die Hoffnung auf einen Umbruch und Neuanfang im Kalten Krieg geweckt. Mit dem 52-jährigen Gorbatschow kam nach den vergreisten Parteigranden Breschnew, Andropow und Tschernenko ein vergleichsweise junger Mann an die Spitze der Partei. Mit dem (notwendig gewordenen) Reformprogramm von Perestroika und Glasnost versuchte Gorbatschow den Sozialismus, die KPdSU und die Union zu retten. Die Prinzipien des Kommunismus sollten dabei aber nicht verworfen werden. Man kann nicht davon ausgehen, dass Gorbatschow die nachfolgenden, radikalen Änderungen voraussehen konnte oder gar beabsichtigt hatte. Es wurde jedoch immer deutlicher, dass mit dem eingeschlagenen Weg zwar das alte System demontiert, aber kein neues System aufgebaut werden konnte. Dies führte in der Folge zur Auflösung des ostmitteleuropäischen Imperiums – dem Vorhof der UdSSR. Gorbatschow gab die Hoffnung nicht auf, dass der Sozialismus in Ostmitteleuropa durch Perestroika und

---

<sup>358</sup> *Hanhimäki, Ironies and Turning Points: Détente in Perspective, 337f*

Glasnost revitalisiert werden könnte. Die kommunistische Herrschaft ging in Ostmitteleuropa aber bankrott, auch weil Gorbatschow – und das muss man ihm zugute halten – nie bereit war, die alte Ordnung mit Gewaltbereitschaft aufrecht zu erhalten. Durch die Aufgabe der Breschnew-Doktrin und der Bereitstellung der Möglichkeit für die Bruderstaaten neue, eigene Wege zu gehen, wurde das Ende des Ostblocks besiegelt.

Nach den Ereignissen in Polen und Ungarn schwappte die Welle der Demokratisierung auf die anderen osteuropäischen Staaten über. Es wurde ein Mechanismus ähnlich einem Dominoeffekt in Gang gesetzt, der sich verselbstständigte und den Drang nach Freiheit und Demokratisierung vorantrieb. Nach Ungarn und Polen vollzogen sich ähnliche Bewegungen in der Tschechoslowakei, in Bulgarien, Rumänien (gewaltsam) und auch in der DDR, die diese Reformprozesse unter Honecker lange Zeit vermeiden wollte. Die Ereignisse in der DDR in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 hatten enorme Symbolkraft: Nirgendwo sonst wurde die Konfrontation des Kalten Kriegs deutlicher repräsentiert als im geteilten Deutschland und im geteilten Berlin. Nach der missglückten Pressekonferenz und der Information durch Günter Schabowski, dass eine Ausreise aus der DDR ab sofort möglich sei, gab es kein Halten mehr. Tausende DDR-Bürger drängten an Grenzübergängen in Berlin in Richtung Westen, damit war die Mauer symbolisch gefallen.

Nachdem die Reformversuche auch innerhalb der UdSSR gescheitert waren, setzte auch im Kern der Sowjetunion ein Dominoeffekt der Loslösung ein – vor allem nachdem sich Russland im Juni 1990 unter Jelzin für unabhängig erklärt hatte. Mit Estland, Lettland und Litauen machten die baltischen Republiken den Anfang, Moldawien, Armenien und Georgien folgten. Hier versuchte Gorbatschow zunächst noch, den Zerfall durch militärische Gewalt und Wirtschaftsblockaden aufzuhalten, musste sich sein Scheitern aber bald eingestehen und trat nach dem versuchten Putsch gegen ihn am 24. August 1991 als Generalsekretär der KPdSU zurück. Sein politischer Gegner Boris Jelzin gewann zusehends die Oberhand und setzte am 8. Dezember 1991 den Unionsvertrag außer Kraft. Es wurde die „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“ (GUS) gegründet. Nach der offiziellen Gründung am 21. Dezember trat Michael Gorbatschow auch von seinem Amt als Staatspräsident der UdSSR zurück. Am 31. Dezember 1991 endete die Ära der Sowjetunion – fast genau 69 Jahre nach ihrer Gründung.

➤ *Welche Ursachen und Ereignisse führten zum Zusammenbruch der Sowjetunion?*

An dieser Stelle werden jene Ereignisse, Ursachen und Entwicklungen noch einmal im Überblick zusammengefasst, die zum Zerfall der Sowjetunion beigetragen haben. Dabei wird versucht, eine Gliederung in innenpolitische, außenpolitische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ursachen vorzunehmen, wobei sich diese Bereiche gegenseitig bedingen und beeinflussen.

Außenpolitische Ursachen:

- Der Versuch der Sowjetunion, mit dem forcierten amerikanischen Rüstungsprogramm zu Beginn der achtziger Jahre Schritt zu halten, überforderte die finanziellen Möglichkeiten.
- Die territoriale Expansion unter Stalin verlieh der Sowjetunion den Status einer Weltmacht, setzte sie aber unter jenen Leistungs- und Konkurrenzdruck, dem man wirtschaftlich nicht gewachsen war.
- Forcierung der Menschenrechtsdebatte nach dem Helsinki-Prozess
- Widerstandsbewegungen in den Satellitenstaaten
- der Wandel in Osteuropa entfesselte die Emanzipationsbewegung innerhalb der UdSSR
- Das sowjetische Engagement in der Dritten Welt überforderte die wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten.
- die Invasion in Afghanistan entwickelte sich zum „Vietnam der Sowjetunion“, isolierte das Land außenpolitisch und überforderte die finanziellen Möglichkeiten
- Die ostmitteleuropäischen Staaten verfielen gegen Ende der achtziger Jahre ökonomisch, ideologisch und moralisch – Unterschiede bestanden lediglich in Grad und Tempo.<sup>359</sup>
- Der Ostblock wurde ab den siebziger Jahren zur ökonomischen Last für Moskau. Die Unterstützung der wirtschaftlich angeschlagenen Satellitenstaaten überforderte die finanziellen Möglichkeiten der UdSSR.

---

<sup>359</sup> Bender, Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen, 263f

### Innenpolitische Ursachen:

- Bei der 19. Parteikonferenz im Juni 1988 wurde die Demokratisierung der Partei und der Gesellschaft verkündet. Dies eröffnete erstmals die Möglichkeit für politischen Pluralismus.
- In der Folge kam es zur Bildung von anti-kommunistischen Parteien und Bewegungen in der UdSSR
- Umbau der sowjetischen Gesellschaft und Politik durch Perestroika und Glasnost
- Fortschreitende Legitimationskrise der KPdSU im Lauf der achtziger Jahre. Die Partei war die wichtigste Klammer des Vielvölkerimperiums, daher setzte ihr fortschreitender Niedergang auch zwangsläufig den Zerfall der Union in Gang.
- Stagnation und Überalterung der Parteiführung unter Breschnew
- Breschnews Herzinfarkt 1976 und die rasch aufeinander folgenden Todesfälle an der Parteispitze ab 1982 sorgten für eine lange Phase der politischen Stagnation.
- Die innenpolitische Krise der Sowjetunion führte dazu, dass man sich weniger um die Entwicklungen in Osteuropa kümmerte.
- Diese Aufgabe der Breschnew-Doktrin forcierte den Loslösungsprozess der Satellitenstaaten. Die Abkehr der ostmitteleuropäischen Staaten von der Union war ein zentraler Wendepunkt, der entscheidend zum Zerfall der Sowjetunion besteuerte.
- Gorbatschows innere Ablehnung gegenüber dem Einsatz von Gewalt verringerte die Angst vor einem militärischen Vorgehen der sowjetischen Armee und verstärkte separatistische Tendenzen in der Union.
- Bestärkt von den Vorgängen in Osteuropa setzte auch innerhalb der UdSSR die Emanzipationsbewegung der Unionsrepubliken ein. Die Loslösung der baltischen Staaten und die Unabhängigkeitserklärung der RSFSR setzten die Auflösung der Sowjetunion in Gang. Die Auflösung des „äußeren Imperiums“ beschleunigte den Zerfall des „inneren Imperiums“.
- Auflösungserscheinungen ab 1989 innerhalb der Sowjet-Armee, die als starke Klammer des Imperiums galt<sup>360</sup>
- Jelzins Wahl zum Präsidenten der RSFSR im Juni 1991 beschleunigte den Zerfallsprozess der Union. Im Juli 1991 verbot er alle kommunistischen Parteizellen in Russland.
- Der Putschversuch gegen Gorbatschow scheiterte zwar, verstärkte ab August 1991 aber die Unabhängigkeitserklärungen der Teilrepubliken.

---

<sup>360</sup> Simon, Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, 138

### Wirtschaftliche Ursachen:

- Das zentralistisch-bürokratische System sorgte für ökonomischen Stillstand.<sup>361</sup>
- Die Zuwachsraten des produzierten Nationaleinkommens sanken von 1966 bis 1982 von 7,7 Prozent auf 2,6 Prozent. Die Zuwachsraten der Industrieproduktion sanken im selben Zeitraum von 8,4 Prozent auf 2,8 Prozent.<sup>362</sup>
- Gegen Ende der achtziger Jahre betrug das sowjetische Nationaleinkommen nur etwa 15 Prozent des amerikanischen Nationaleinkommens<sup>363</sup>
- Für die umfassende Aufrüstung in der zweiten Hälfte der Breschnew-Ära musste die Sowjetunion einen doppelt so hohen Anteil des Bruttosozialprodukts aufbringen als die Vereinigten Staaten.<sup>364</sup>
- Geringe Ausweitung der Produktion aufgrund von fehlendem technischen Fortschritt und Mangel an Facharbeitern
- Wirtschaftlicher Rückstand der UdSSR zu Beginn der achtziger Jahre gegenüber den Industrieländern. Der Wille, den Status einer Weltmacht zu halten, war mit Versuch verbunden, Rüstungsparität mit den Vereinigten Staaten herzustellen. Dieses Vorhaben sorgte jedoch für eine permanente Überforderung der wirtschaftlichen Möglichkeiten.<sup>365</sup>
- Zusammenbruch der sowjetischen Wirtschaft. Der Rückgang des Wirtschaftswachstums war laut Simon strukturell bedingt und das planwirtschaftliche System blockierte die notwendigen Neuerungen.<sup>366</sup>
- Der sowjetische Staatshaushalt war im Frühjahr 1990 bankrott. Gorbatschow war auf westliche Kredite angewiesen und musste daher auch in der deutschen Frage Zugeständnisse machen.<sup>367</sup>

---

<sup>361</sup> *Meissner*, Die Sowjetunion im Umbruch, 54

<sup>362</sup> *Ebd.*, 64f

<sup>363</sup> *Simon*, Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, 106-108

<sup>364</sup> *Meissner*, Die Sowjetunion im Umbruch, 54

<sup>365</sup> *Bonwetsch*, Das Ende der Sowjetunion: die untragbare Bürde der Weltmacht, 555

<sup>366</sup> *Simon*, Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, 106f

<sup>367</sup> *Zubok*, Die Krisen Gorbatschows und die Vereinigung Deutschlands, 264

### Gesellschaftliche Ursachen:

- Bildungsexplosion ab den fünfziger Jahren, Beseitigung des Analphabetismus
- Bewusstseinswandel der Gesellschaft, verbunden mit dem Streben nach mehr Mitspracherecht, Rechtssicherheit und höherem Lebensstandard.<sup>368</sup>
- Schlechter werdende Lebensqualität, schlechtere Versorgung mit Produkten des täglichen Gebrauchs und steigende Arbeitslosigkeit in weiten Teilen der Bevölkerung. Diese angestaute Unzufriedenheit führte zu einem Glaubwürdigkeitsproblem der KPdSU.
- Drang nach nationaler Selbstbestimmung und eigener Identität, getragen von einer gewachsenen Mittelschicht
- Wachsende Ablehnung gegenüber der Moskauer Zentralmacht
- Ein Austritt aus dem Unionsverband war mit der Hoffnung auf eine Verbesserung der Lebenssituation verbunden
- Der Versuch Gorbatschows, die Möglichkeiten einer demokratischen Zivilgesellschaft aufzuzeigen, sie aber nicht bis zur letzten Konsequenz verwirklichen zu wollen, erwies sich als politischer Sprengstoff.<sup>369</sup>
- Gorbatschow unterschätzte die tiefsitzende Abneigung der ostmitteleuropäischen Völker gegenüber der sowjetischen Vorherrschaft.<sup>370</sup>
- Unter der dünnen Schicht einer fiktiven Einheit bauten sich zunehmend nationale und nationalistische Problemlagen auf.<sup>371</sup>

Eine Reihe von in sich übergreifenden Entwicklungen, Ursachen und Prozessen sorgte für den überraschend schnellen Zerfall der Sowjetunion. Die Versuche Michael Gorbatschows, das System zu reformieren und sich aus den Schauplätzen des Kalten Krieges zurückzuziehen, um das „innere Imperium“ der Sowjetunion zu sichern, scheiterten. An dieser Stelle wird die aktuelle Situation der ehemaligen Satellitenstaaten und der drei baltischen Staaten durch zwei Grafiken dargestellt.

---

<sup>368</sup> *Meissner*, Die Sowjetunion im Umbruch, 65f

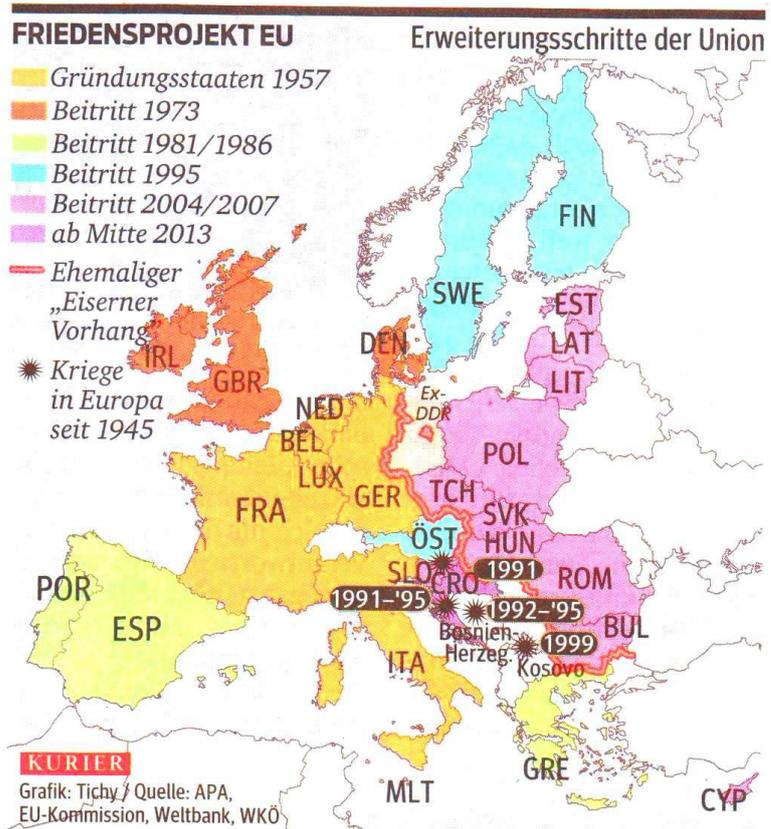
<sup>369</sup> *Stöver*, Der Kalte Krieg, 439

<sup>370</sup> *Simon*, Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, 192f

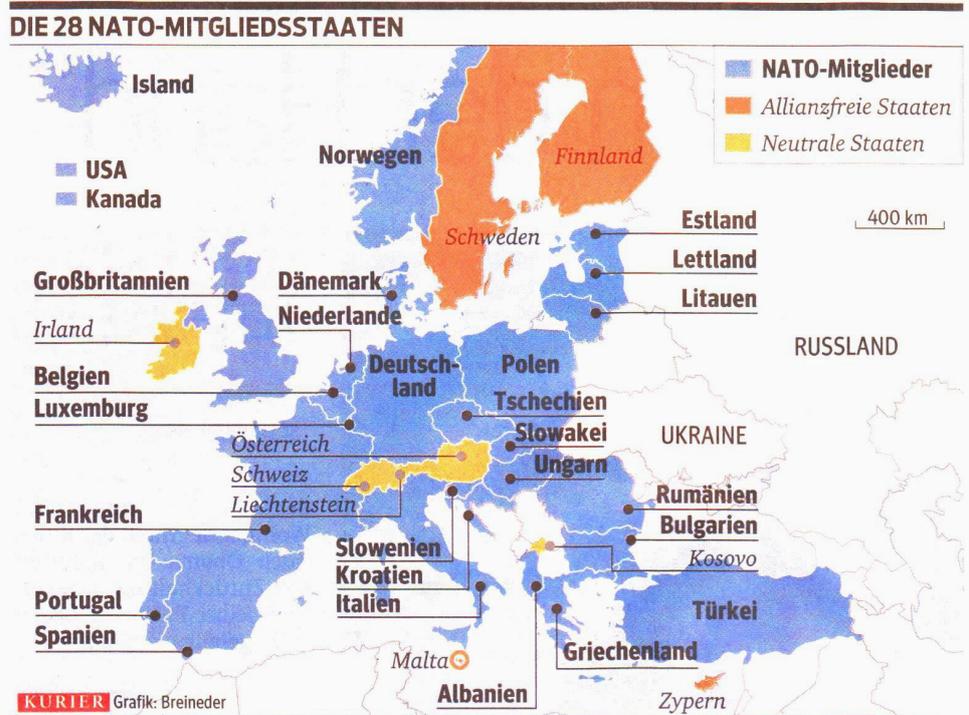
<sup>371</sup> Erhart *Neubert*, Erosion und Revolution in Mittelost- und Osteuropa. In: *Kießmann* (Hg.), Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen, Berlin 2002, 237-244, hier 240

Die beiden folgenden Grafiken zeigen die Entwicklung der ehemaligen Ostblockländer.

Abbildung 2 zeigt, dass alle früheren Satellitenstaaten der Sowjetunion sowie die ehemaligen Teilrepubliken Estland, Lettland und Litauen in den Jahren von 2004 bis 2007 der Europäischen Union beigetreten sind. Abbildung 3 zeigt, dass die angesprochenen Länder mittlerweile auch dem Militärbündnis der NATO beigetreten sind (Stand: März 2014).



**Abb. 2:** Die EU-Beitritte der ehemaligen Ostblockstaaten. Quelle: Kurier, Print-Ausgabe vom 19. März 2014, Seite 5



**Abb. 3:** Die 28 Mitgliedsstaaten der NATO. Stand: März 2014. Quelle: Kurier, Print-Ausgabe vom 6. März 2014, Seite 9

➤ *Endete mit dem Zerfall der Sowjetunion auch der Kalte Krieg?*

Der Titel der vorliegenden Arbeit stellt die zentrale These auf, dass mit dem Untergang der Sowjetunion auch der Kalte Krieg sein Ende fand. Mit Hilfe der verwendeten Literatur sollte untersucht werden, ob diese Aussage zulässig ist oder ob überhaupt ein bestimmter Zeitpunkt als offizielles Ende des Kalten Krieges angesehen werden kann.

Gennadi Gerasimov, außenpolitischer Sprecher von Gorbatschow, verkündete beispielsweise bereits beim Gipfeltreffen zwischen Gorbatschow und Bush am 2. und 3. Dezember 1989 in Malta, dass der Kalte Krieg zu Ende sei. Der Konflikt, so meinte er, erstreckte sich von Jalta (Februar 1945) bis Malta. Manche Historiker bezeichnen auch die Rede Gorbatschows am 7. Dezember 1988 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen als das eigentliche Ende des Kalten Krieges. Dort erklärte er, dass die Sowjetunion ihre Satellitenstaaten des Warschauer Pakts nicht länger militärisch unterdrücken werden. Auch die Beschlüsse zur Abrüstung in Washington 1987, der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 oder die Wiedervereinigung Deutschlands im Oktober 1990 gelten in verschiedenen Aufsätzen als mögliche Endpunkte der Konfrontation.<sup>372</sup>

Roberts hält fest, dass der Zerfall der Sowjetunion unausweichlich mit dem Ende des Kalten Krieges verbunden ist, denn die zunehmenden Spannungen innerhalb der UdSSR waren ein entscheidender Faktor für Gorbatschow, sich aus dem Kalten Krieg zurückzuziehen und ihn zu beenden.<sup>373</sup> Die historische Aufarbeitung über das Ende des Kalten Krieges legt eine vielfältige und mehrschichtige Analyse nahe. Roberts nennt sechs – teilweise ineinandergreifende – Ursachen, die zur Beendigung des Kalten Krieges führten.

*1. Die Entscheidung der sowjetischen Führung, ein nicht funktionierendes System zu ändern.* In den achtziger Jahren fand unter Gorbatschows Führung ein Rückzug aus vielen Schauplätzen des Kalten Krieges statt. Im April 1988 wurde der Rückzug aus Afghanistan beschlossen, am 22. Dezember ein Abzug der kubanischen Truppen aus Angola und Namibia. Am 7. Dezember hielt Gorbatschow seine berühmte Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen, wo er klar machte, dass die Breschnew-Doktrin gegenüber den Satellitenstaaten aufgegeben wird. Ein Jahr zuvor, am 8. Dezember 1987, wurde in Washington das Abkommen zur Abrüstung von Kurz- und Mittelstreckenraketen unterzeichnet. Gorbatschow kam zur Einsicht, dass er den Sozialismus innerhalb der UdSSR nicht retten konnte, solange die Ost-West-Spannungen anhielten. Vor dem

---

<sup>372</sup> Nicholas Guyatt, *The end of the Cold War*, In: Richard H. Immerman (Hg.), *The Oxford Handbook of the Cold War*, Oxford 2013, 605-621, hier 605

<sup>373</sup> Adam Roberts, *An 'incredibly swift transition': reflections on the end of the Cold War*. In: Melvyn P. Leffler (Hg.), *The Cambridge history of the Cold War. Volume III Endings*, Cambridge 2010, 513-534, hier 519

Hintergrund dieses Ziels versuchte er, sich von den vielfältigen Schauplätzen des Kalten Krieges zurückzuziehen, das bisherige System zu ändern und den Weg der Kooperation zu beschreiten.<sup>374</sup>

2. *Der Einfluss des neuen Führungsstils der Vereinigten Staaten.* Gerne wird in den Vereinigten Staaten die Behauptungen aufgestellt, dass man den Kalten Krieg gewonnen habe. Speziell Ronald Reagan (US-Präsident von 1981-1989) werden dafür entscheidende Erfolge zugesprochen, auch weil er erstmals klar deklarierte, den Kalten Krieg beenden zu wollen. Im Jahr 1983 denunzierte er die UdSSR in einer Rede noch als Reich des Bösen, kündigte die Einführung des Raketenabwehrsystems (SDI) an und wollte die Sowjetunion mit einer US-Rüstungs-Offensive tottrüsten. Tatsächlich war die technische Umsetzung des Raketenabwehrsystems noch weit entfernt, Reagans Ankündigung setzte die sowjetische Führung dennoch unter gehörigen Druck. Zu behaupten, dass Reagan den Kalten Krieg beendet hätte, wäre zu einfach. Er schuf aber Voraussetzungen (auch in Zusammenarbeit mit der britischen Premierministerin Margaret Thatcher), um die festgefahrene Situation im Kalten Krieg zu lockern und zu verändern.<sup>375</sup>

3. *Die vorherrschende internationale Stabilität ließ politische Risiken zu.* Die radikalen Veränderungen in Osteuropa und in der UdSSR fanden in einer Phase statt, die von hoher internationaler Kooperation gekennzeichnet war. Dazu trugen folgende Bausteine bei: Verstärkter diplomatischer Austausch, europäische Sicherheit, Abrüstung der Kurz- und Mittelstreckenraketen, Beendigung regionaler Konflikte in Asien, Afrika und Lateinamerika. Die deutlichste Auswirkung auf Osteuropa hatte dies, als Ungarn am 10. September 1989 ein geheimes Abkommen mit der DDR über Bord warf und den Eisernen Vorhang nach Österreich öffnete. Damit wurde das erste Loch in einen Damm gerissen, der zwei Monate später endgültig zusammenbrach. Auch die westeuropäischen Länder sendeten ein starkes Signal in Richtung Osteuropa, als Spanien, Portugal und Griechenland in den siebziger Jahren den friedlichen Wechsel von der Autokratie zur Demokratie vollzogen.<sup>376</sup>

4. *Der Helsinki-Prozess förderte die Politik der Menschenrechte gegenüber dem Ostblock.* Roberts meint, dass der Helsinki-Prozess jenen Aspekt der Entspannung zwischen Ost und West widerspiegelt, der am stärksten zur Beendigung des Kalten Krieges beigetragen hat. Die Schlussakte, die am 1. August 1957 von 35 Staats- und Regierungschefs unterzeichnet wurde, setzte einen Prozess in Gang, der entscheidende Auswirkungen auf den kommunistischen Einflussbereich hatte. Die Standards, die in Korb III der

---

<sup>374</sup> Roberts, An 'incredibly swift transition': reflections on the end of the Cold War, 519-522

<sup>375</sup> Ebd., 523f

<sup>376</sup> Ebd., 525f

Schlussakte über Menschenrechte unterzeichnet wurden, führte zu Bewegungen wie der Solidarność in Polen oder der Charta 77 in der Tschechoslowakei. Die Schlussakte von Helsinki hatte drei wichtige Auswirkungen, die in der Folge zur Beendigung des Kalten Krieges führten: Erstens bestärkte es die Idee, dass durch Kooperation ein stabiles internationales Klima hergestellt werden kann. Zweitens verpflichtete es die teilnehmenden Länder, also auch die kommunistischen Staaten, die Legitimität der Menschenrechte anzuerkennen. Drittens bestärkte es innerhalb der kommunistischen Staaten die politischen Bewegungen, die für die Umsetzung der Menschenrechte im Sinne von Helsinki kämpften.<sup>377</sup>

Auch der ehemalige BRD-Außenminister Hans-Dieter Genscher betonte die Bedeutung der Helsinki-Schlussakte: *„Die Schlussakte von Helsinki, 1975, eröffnet ein vollkommen neues Kapitel, indem sie nämlich westliche Wertvorstellungen wie Selbstbestimmungsrecht der Völker, Menschenrechte, Lösung humanitärer Fragen in den Ost-West-Dialog einführt, ja die andere Seite verpflichtet, sich auf diese Begriffe festzulegen. Und damit wurde ein Prozess in Gang gesetzt, der am Ende alle diese Entwicklungen ermöglichte, von denen Václav Havel, von denen Bürgerrechtler in der DDR profitierten, auf die sich Sacharow berufen konnte, auf die sich sehr stark Solidarność berufen hat.“*<sup>378</sup> Genscher meinte, dass die Sowjetunion mit der Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte eigentlich den Status quo in Deutschland und Europa festigen wollte. Speziell unter der Ära des US-Präsidenten Jimmy Carter entwickelte sich dies aber zum Boomerang. Carter rückte die Menschenrechtsfrage in den Fokus seiner außenpolitischen Strategie, wissend, dass er damit oppositionelle Strömungen innerhalb der sowjetischen Gesellschaft bestärken würde. Der Helsinki-Beschluss enthielt außerdem zwei weitere wichtige Punkte, die erstaunlicherweise wenig Beachtung erhielten. Genscher: *„Erstens, dass jedes Land selbst entscheiden kann, ob es einem Bündnis angehören will und welchem; das war für uns wichtig, als es um die NATO-Mitgliedschaft ging. Und zweitens, dass die Grenzen in Europa nicht verändert werden dürfen, es sei denn friedlich.“*<sup>379</sup> Dieser Passus schien 1975 noch nicht von großer Bedeutung zu sein, wurde dann aber für die deutsche Wiedervereinigung bedeutend.

##### *5. Der gewaltlose Widerstand in Osteuropa und der UdSSR unterstützte den Wandel.*

Roberts meint, dass die verschiedenen Formen des gewaltlosen Widerstands innerhalb des Ostblocks und der UdSSR einen bedeutenden Beitrag zur Beendigung des Kalten Krieges beisteuerten. Schon lange vor 1989 formierten sich in Osteuropa verschiedene Bewegungen wie die Solidarność in Polen oder die Charta 77 in der Tschechoslowakei.

---

<sup>377</sup> Roberts, An 'incredibly swift transition': reflections on the end of the Cold War, 527-529

<sup>378</sup> Plato, Die Vereinigung Deutschlands, 36

<sup>379</sup> Ebd., 37

1989, im Jahr der Wende, vervielfachten sich die zahlreichen Demonstrationen gegen die kommunistischen Regime. Der entscheidende Moment für den Ostblock war dabei nicht der Fall der Mauer im November 1989, sondern es waren die Ereignisse in Polen, als nach Gesprächen zwischen Regierung und Opposition im April 1989 der Weg zu den ersten Wahlen freigemacht wurde. Diese führten zu einem Erdrutschsieg der Solidarność und zur ersten nicht-kommunistischen Regierung im Ostblock. Damit wurde das Signal ausgesandt, dass ein friedlicher Systemwechsel möglich ist. Dies forcierte nicht nur den Wandel der anderen Satellitenstaaten, sondern auch die Emanzipationsbewegung der Teilrepubliken der UdSSR. Am 23. August 1989 versammelten sich etwa 2 Millionen Menschen in den baltischen Teilrepubliken, bildeten eine cirka 600 Kilometer lange Menschenkette und forderten ihre Eigenstaatlichkeit. Der beharrliche Widerstand wurde trotz des militärischen Einschreitens in Litauen 1991 nicht gebrochen. Im Herbst 1991 erreichten die drei baltischen Länder ihre staatliche Unabhängigkeit.<sup>380</sup>

*6. Der aufbrechende Nationalismus steuerte zum Zerfall der UdSSR und zum Ende des Kalten Krieges bei.* Die politischen Umbrüche zwischen 1989 und 1991 waren auch das Ergebnis des aufbrechenden Nationalismus, der durch den Kalten Krieg lange unterdrückt wurde. In den osteuropäischen Staaten richtete sich dieser vor allem gegen die Fremdbestimmung aus Moskau. Innerhalb der UdSSR war es auch die Altlast der Politik Stalins. In den Deportationen und ethnischen Säuberungen wurzelten jene Konflikte, die im Aufbrechen der UdSSR wieder an die Oberfläche gelangten und gegen Ende des Kalten Krieges den Loslösungsprozess von der Union bestärkten.<sup>381</sup>

Roberts sieht in der Beendigung des Kalten Krieges also eher einen fortschreitenden Prozess bis zum Jahr 1991, nennt jedoch keinen konkreten Zeitpunkt, der als Ende der Konfrontation betrachtet werden könnte.

Zubok fasst drei Etappen zusammen, in denen der Kalte Krieg beendet wurde: Die erste Phase von 1985-1987 war von einer deutlichen „Friedens-Offensive“ der sowjetischen Führung gekennzeichnet. Gorbatschow erkannte, dass die bisherige außenpolitische Strategie der UdSSR zum Einmarsch in Afghanistan und in der Folge zu einem Abbruch der Entspannungsphase zwischen Ost und West geführt hatte. Die beginnende Abrüstung und der außenpolitische Rückzug waren die Folge. Mit dem „Neuen Denken“ im Inneren der Sowjetunion begann auch eine neue Phase der diplomatischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Gorbatschow versuchte, das Vertrauen Reagans zu gewinnen und machte dafür Kompromisse und Zugeständnisse. Dies wurde beispielsweise beim sowjetischen Angebot zur Abrüstung in Reykjavik oder bei der Freilassung des

---

<sup>380</sup> Roberts, An 'incredibly swift transition': reflections on the end of the Cold War, 529-531

<sup>381</sup> Ebd., 532

Dissidenten Andrej Sacharow deutlich. Die Friedens-Offensive wurde an die Liberalisierung und das Reformprogramm in der UdSSR und an den Abbau des sowjetischen Feindbildes in Europa und den USA gekoppelt.<sup>382</sup>

In der zweiten Phase von 1987 bis Mitte 1988 signalisierte sowohl die sowjetische, als auch die amerikanische Seite den Willen zur Abrüstung und zum Abbau der Spannungen. Nach der Unterzeichnung des INF-Vertrages entwickelte sich eine Vertrauensbasis zwischen Reagan und Gorbatschow. Auf der 19. Parteikonferenz (Juni/Juli 1988) erklärten Gorbatschow und Schewardnadse, dass die bisherige Außenpolitik die Sowjetunion in den Kalten Krieg geführt hätte. Daher werde man von nun an eine neue außenpolitische Linie, basierend auf menschlichen Werten, verfolgen. Damit war der Weg der Breschnew-Doktrin endgültig verlassen und der Boden für die Demokratisierung Osteuropas geebnet.<sup>383</sup> Außerdem wurden erste Schritte zur Einführung des Parlamentarismus beschlossen. Damit sollte laut Simon das Vertrauen der Gesellschaft in die Einparteierrschaft gestärkt werden. Doch das Angebot von „ein wenig Parlamentarismus“ löste die Forderung nach umfassender Demokratisierung aus – und damit den Legitimationsverlust der KPdSU.<sup>384</sup>

Die dritte Phase von Mitte 1988 bis Ende 1989 war vom Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Osteuropa, dem beginnenden Loslösungsprozess innerhalb der UdSSR und dem Kontrollverlust Gorbatschows in der Sowjetunion geprägt.<sup>385</sup> Was letztlich den Kalten Krieg beendete, war laut Zubok<sup>386</sup> die Liberalisierung, die unter Gorbatschow innerhalb der Sowjetunion entfesselt wurde, später aber nicht mehr kontrolliert werden konnte. Dies wäre (falls überhaupt) nur mehr durch hartes, militärisches Einschreiten möglich gewesen – doch dazu war Gorbatschow nicht bereit. Das Ende des Kalten Krieges war in vielen Punkten daher so etwas wie das Nebenprodukt von Gorbatschows Scheitern.

Die internationale Lage von 1945 bis zum Zerfall der Sowjetunion war von einem vorherrschendem Muster geprägt: Von der konstanten Konfrontation jener beiden Supermächte, die aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen waren.<sup>387</sup> Betrachtet man den Kalten Krieg in seiner militärischen Dimension, so zeichnete sich das Ende schon vor 1991 ab. Hobsbawm meint, dass die Gipfeltreffen zwischen Reagan und Gorbatschow in Reykjavik 1986 und in Washington 1987 entscheidend waren: *„Der Kalte Krieg endete, sobald eine oder beide Supermächte die finstere Absurdität des atomaren*

---

<sup>382</sup> Zubok, Why Did the Cold War End in 1989? Explanations of 'The Turn', 349f

<sup>383</sup> Ebd., 350-352

<sup>384</sup> Simon, Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, 73

<sup>385</sup> Zubok, Why Did the Cold War End in 1989? Explanations of 'The Turn', 353

<sup>386</sup> Ebd., 361

<sup>387</sup> Hobsbawm, Zeitalter der Extreme, 285

*Rüstungswettlaufs erkannt hatten und sobald eine oder beide an den aufrichtigen Wunsch der Gegenseite zu glauben begannen, mit diesem Wettlauf Schluß zu machen.*<sup>388</sup>

Außerdem hält er fest, dass es Gorbatschow war, der die Abrüstungsgespräche ins Rollen brachte, dass er es schaffte, das Vertrauen der USA und westlicher Regierungen zu gewinnen und so den Kalten Krieg zu einem Ende zu führen: *„Die Welt verdankt Michail Gorbatschow nicht nur deshalb so ungeheuer viel, weil er die Initiative ergriff, sondern auch, weil das Ende des Kalten Krieges sein persönlicher Erfolg war.*“<sup>389</sup>

Hobsbawm vermerkt auch, dass Reagans Beitrag nicht unterschätzt werden darf. Mit seinem *„einfältigem Idealismus“*<sup>390</sup> sei es ihm gelungen, die Kritiker zu überzeugen, den Schritt zur Abrüstung zu setzen.

In seiner gesamten Tragweite – in politischer, ideologischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Hinsicht – konnte der Konflikt jedoch noch nicht als beendet erklärt werden. Dazu musste es erst deutlich werden, dass die Sowjetunion, die ihre Satelliten und Teilrepubliken über vierzig Jahre lang unterdrückte, den Status einer Supermacht verlor. Hobsbawm hält daher fest: *„Erst der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums 1989, erst der völlige Zerfall und die Auflösung der Sowjetunion zwischen 1989 und 1991“*<sup>391</sup> machten deutlich, dass der Systemkonflikt zu Ende war.

Auch Karner kommt zu diesem Ergebnis. Obwohl am 21. November 1990 mit der „Charta von Paris“ eine Erklärung über die Beendigung des „Zeitalters der Konfrontationen und der Teilung Europas“ abgegeben wurde, war das Ende des Kalten Krieges *„erst mit dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes und dem Auseinanderbrechen des sowjetischen Imperiums 1991 gegeben.“*<sup>392</sup>

Stöver argumentiert, dass der Kalte Krieg mit der Auflösung der Sowjetunion am 31. Dezember 1991 sein offizielles Ende erreichte. Er hält es für sinnvoll, den Kalten Krieg systemtheoretisch zu erklären: Laut der Systemtheorie verursacht jeder Einfluss auf einen Teil des Systems Reaktionen in anderen Teilen. Fällt ein lebenswichtiger Teil des Systems aus, so zerbricht es. Mit dem Untergang der Sowjetunion war dies der Fall, daher endete der Kalte Krieg aus systemtheoretischer Sicht mit diesem Ereignis.<sup>393</sup>

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass dem Ende des Kalten Krieges ein längerer Prozess vorangegangen war, durch den die bestehenden Gegensätze der Konfrontation

---

<sup>388</sup> Hobsbawm, Zeitalter der Extreme, 315

<sup>389</sup> Ebd., 315

<sup>390</sup> Ebd., 315

<sup>391</sup> Ebd., 317

<sup>392</sup> Stefan Karner, Vor dem Zerfall der Sowjetunion. Zum Ende des Kalten Krieges, Neue sowjetische Dokumente zum Umbruch 1991. In: Erich Reiter (Hg.), Kalter Krieg. Beiträge zur Ost-West-Konfrontation 1945 bis 1990, Graz 2002, 89-113, hier 89

<sup>393</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 462-464

schrittweise minimiert wurden (Abrüstung, Rückzug aus der Dritten Welt, Demokratisierung Osteuropas, Fall der Berliner Mauer und Wiedervereinigung Deutschlands, Öffnung der Grenze zwischen Österreich-Ungarn, Liberalisierung der sowjetischen Innen- und Außenpolitik durch Gorbatschow,...). Der Zerfall der Sowjetunion kann dabei als letzter und entscheidender Schritt gesehen werden, der die Systemkonfrontation zwischen Ost und West, den Kalten Krieg, beendete.

Es nicht abzusehen, ob zukünftige Konflikte (Stichwort Ukraine) eine ähnliche Tragweite oder „Qualität“ entwickeln können. Allzu rasch wird von einem „neuen Kalten Krieg“ gesprochen. Doch der 1991 abgeschlossene Kalte Krieg wurde von zwei zentralen Charakteristika bestimmt: Einerseits herrschte ein unüberbrückbarer ideologisch-politischer Dualismus (liberal-kapitalistische parlamentarische Demokratie gegen staatssozialistisch-diktatorische „Volksdemokratie“)<sup>394</sup>, andererseits war eine ständige Bedrohung durch einen globalen Nuklearkrieg gegeben.<sup>395</sup>

- *Welche Rolle spielte Michael Gorbatschow und was war seine Absicht? Wollte er tatsächlich die Demokratisierung Osteuropas und der UdSSR vorantreiben und den Kalten Krieg beenden oder entglitt ihm die Kontrolle seiner Liberalisierungspolitik?*

Um den Zerfall der Sowjetunion und das Ende des Kalten Krieges zu erklären, ist es von Bedeutung, Gorbatschows Bild von sich selbst sowie seine Einstellungen und Eigenschaften zu verstehen. Zunächst wurde mit zunehmender Dauer seiner Amtszeit eine Westorientierung Gorbatschows erkennbar. Je mehr sein Ansehen im eigenen Land aufgrund der steigenden sozialen und politischen Probleme schwand, desto mehr wendete er sich dem Westen zu. Laut dem sowjetischen Botschafter Anatoli Dobrynin habe Gorbatschow den Kalten Krieg ab 1988 unbedingt beenden wollen, um seine Misserfolge im eigenen Land mit politischen Durchbrüchen in der Außenpolitik zu kompensieren.<sup>396</sup>

Zubok merkt dazu an, dass „spätestens nach 1988, wenn nicht schon früher, westliche Politiker die vielleicht wichtigsten Bezugspersonen Gorbatschows darstellten.“<sup>397</sup> Kritiker warfen dem Generalsekretär vor, die freundschaftlichen Beziehungen zu westlichen Staatsmännern über die Interessen der Sowjetunion zu stellen. Doch Gorbatschow gelang

---

<sup>394</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 463

<sup>395</sup> Ebd., 477

<sup>396</sup> Vladislav Zubok, Die Krisen Gorbatschows und die Vereinigung Deutschlands. In: Kleßmann (Hg.), Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen, Berlin 2002, 245-268, hier 245f

<sup>397</sup> Zubok, Die Krisen Gorbatschows und die Vereinigung Deutschlands, 246

es, das vorherrschende Bild eines sowjetischen Generalsekretärs im Westen fundamental zu ändern. Er wurde immer mehr zur Vertrauensperson für westliche Politiker, was zu einer vorsichtigen Annäherung der beiden Blöcke führte. So gesehen trug auch die unter Gorbatschow praktizierte Politik der Entspannung erheblich zur Beendigung des Kalten Krieges bei.<sup>398</sup>

Eine weitere, wesentliche Eigenschaft Gorbatschows war die Ablehnung gegenüber dem Einsatz von Gewalt. Diese Haltung war ein fundamentaler Bestandteil seines Charakters und unterschied ihn gleichzeitig von sowjetischen und russischen Führern vor und nach ihm.<sup>399</sup> Die Angst vor Gewaltanwendung ging im sowjetischen Hegemonialbereich sogar zusehends verloren. Dies verstärkte in Verbindung mit der Liberalisierung und dem Glasnost-Programm die separatistischen und antirussischen Bewegungen im Baltikum, in Zentralasien in der Westukraine und im Kaukasus.<sup>400</sup>

Gorbatschow wollte durch die wirtschaftlichen und politischen Reformen den Niedergang der angeschlagenen Sowjetunion verhindern und ihr Fortbestehen sichern.<sup>401</sup> Sein Reformprogramm sollte das sowjetische System im Inneren wiederbeleben, die Union aber nicht aufs Spiel setzen. Am Ende scheiterte er mit beiden Vorhaben.<sup>402</sup> Zubok betont, dass der Kollaps des kommunistischen Systems (in Osteuropa und innerhalb der UdSSR) nicht nur die Folge von Gorbatschows gutem Willen war, sondern vor allem die Folge seiner fortschreitenden Handlungsunfähigkeit und seiner fehlenden Strategie, nachdem er die „Revolution von oben“ in Gang gesetzt hatte. Sein optimistischer Glaube an das große Potential des Sozialismus sollte sich nicht bewahrheiten.<sup>403</sup> Seine engsten Berater erkannten dies zum Teil bereits vor 1991. So hielt Tschernajew im Frühjahr 1989 fest: *„In mir wachsen Depression und Unruhe. Höchstwahrscheinlich wird es zu einem Zusammenbruch des Staates und zu so etwas wie Chaos kommen. Gorbatschow merkt, daß er die Hebel der Macht unwiederbringlich zu verlieren droht. [...] Er hat kein Konzept, wohin es gehen soll.“*<sup>404</sup>

Karner merkt an, dass Gorbatschow nach seinem Amtsantritt die Zeichen der Zeit erkannte und mit dem Reformprogramm Perestroika und Glasnost einen letzten Rettungsanker auswerfen wollte, um das Imperium und die KP-Herrschaft zu retten. Die notwendigen Reformen kamen jedoch um Jahrzehnte zu spät und beschleunigten daher

---

<sup>398</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 470

<sup>399</sup> Zubok, Die Krisen Gorbatschows und die Vereinigung Deutschlands, 248

<sup>400</sup> Ebd., 249

<sup>401</sup> Ferdowsi, Das Ende des Kalten Krieges, 13

<sup>402</sup> Zubok, Soviet foreign policy from détente to Gorbachev, 11

<sup>403</sup> Zubok, Why Did the Cold War End in 1989? Explanations of 'The Turn', 361

<sup>404</sup> Zubok, Die Krisen Gorbatschows und die Vereinigung Deutschlands, 254

den Zerfall des Ostblocks und der Sowjetunion.<sup>405</sup> Bonwetsch argumentiert ähnlich. Er meint, dass die Sowjetunion ab 1945 durch die Politik Stalins in die Rolle einer Weltmacht katapultiert wurde, obwohl man dieser Rolle politisch und wirtschaftlich noch nicht gewachsen war. Gorbatschow kam zur späten Einsicht, dass dieses riesige Imperium nicht mehr finanzierbar war. Mit seiner Reformpolitik wollte er sich von der Bürde des Weltmachtstatus befreien, um zumindest die Union noch als Einheit zu bewahren. Doch die zentrifugalen Kräfte innerhalb der UdSSR waren nicht mehr aufzuhalten.<sup>406</sup>

Die Dynamik der nationalen Bewegungen zwang Gorbatschow dazu, die Innenpolitik in den Mittelpunkt zu stellen. Die Auseinandersetzungen zwischen dem Zentrum und den zunehmenden zentrifugalen Kräften bestimmten ab 1990 die Politik. Gorbatschow geriet zusehends in die Defensive und ließ nach dem Putsch 1991 sogar die KPdSU fallen. Laut Simon war danach die Erhaltung des Sowjet-Staats seine letzte Bastion und die wollte er keinesfalls aufgeben. Als diese Hoffnung jedoch zerstört wurde, nahm er Abschied aus der Politik.<sup>407</sup>

Gaddis merkt an, dass Gorbatschow zwar wusste, dass die Sowjetunion nicht auf dem bisherigen Weg weitergehen konnte, doch er wusste noch nicht, wie der neue Weg aussehen sollte. *„Er war zugleich tatkräftig, entschlossfreudig und hilflos: Er verwandte enorme Kraft darauf, den Status quo zu zerbrechen, ohne einen Plan dafür zu haben, wie die Einzelteile wieder zusammengesetzt werden sollten. Daher ließ er es zu, dass die Umstände [...] seine Prioritäten bestimmten“.*<sup>408</sup>

Gorbatschow erkannte, dass der sich abzeichnende „Zweite Kalte Krieg“ (Anfang der achtziger Jahre, als der Afghanistan-Krieg, der NATO-Doppelbeschluss und die Ankündigung des SDI-Programms die Situation verschärften) die sowjetische Wirtschaft ausblutete. Sein unmittelbares Ziel war es daher, das Verhältnis zu verbessern und die Konfrontation beizulegen. In überraschend kurzer Zeit gelang es ihm, eine Vertrauensbasis aufzubauen und die westlichen Politiker von seinen Absichten zu überzeugen. Hobsbawm meint daher: *„Wenn es überhaupt irgendeinem einzelnen Menschen zugeschrieben werden kann, den vierzigjährigen globalen Kalten Krieg beendet zu haben, dann ihm.“*<sup>409</sup>

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Gorbatschow aufgrund der angespannten wirtschaftlichen und finanziellen Situation zu einem Einlenken gezwungen war (allerdings wären auch seine Vorgänger bereits dazu gezwungen gewesen, doch sie versuchten, den

---

<sup>405</sup> Karner, Vor dem Zerfall der Sowjetunion, 103

<sup>406</sup> Bonwetsch, Das Ende der Sowjetunion, 562f

<sup>407</sup> Simon, Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, 179

<sup>408</sup> Gaddis, Der Kalte Krieg, 284f

<sup>409</sup> Hobsbawm, Zeitalter der Extreme, 593f

Status quo aufrecht zu erhalten). Außerdem war das Brodeln in Osteuropa (vor allem in Polen) bereits unübersehbar. Gorbatschow hatte wohl die Überzeugung, dass er durch den außenpolitischen Rückzug aus Afghanistan und der Dritten Welt, durch eine verbesserte Beziehung zu westlichen Politikern und durch ein umfangreiches innenpolitisches und wirtschaftliches Reformprogramm den Fortbestand der Sowjetunion sichern könnte. Um dies zu erreichen, versuchte er, die Spannungen des Kalten Krieges zu minimieren: Durch die erfolgreichen Abrüstungsverhandlungen in Reykjavik und Washington, die Abkehr von der Breschnew-Doktrin und die Freilassung sowjetischer Dissidenten. Mit zunehmender Dauer seiner Regierungszeit wurde aber deutlich, dass sich seine Reform zu einer Lawine entwickelte, die nicht mehr kontrolliert werden konnte. Die Einführung erster demokratischer und marktwirtschaftlicher Elemente, die Öffnung der Gesellschaft, das Zulassen politischer Opposition, die Abkehr von der militärischen Unterdrückung der Bruderstaaten – all diese Schritte verstärkten den Wunsch nach Autonomie, Selbstbestimmung und Loslösung.

Gorbatschow stand in seiner Ära laut Gaddis oft vor Widersprüchen und er ließ gegen Ende eine klare strategische Linie vermissen. Einerseits wollte er den Sozialismus retten, andererseits war er als erster sowjetischer Führer nicht bereit, dafür Gewalt einzusetzen. Das eine konnte er aber ohne das andere nicht erreichen. Am Ende entschied er sich gegen die Gewalt und gab seine Ideologie und ein Reich auf. Diesbezüglich merkt Gaddis an: *„Nach traditionellem geopolitischem Verständnis war er gescheitert. Aber es machte ihn zum würdigsten Empfänger des Friedensnobelpreises, den es jemals gegeben hat.“*<sup>410</sup>

---

<sup>410</sup> Gaddis, Der Kalte Krieg, 321

## 8. Anhang

### Literaturverzeichnis

Adam *Roberts*, An 'incredibly swift transition': reflections on the end of the Cold War. In: Melvyn P. *Leffler* (Hg.), The Cambridge history of the Cold War. Volume III Endings, Cambridge 2010, 513-534.

Alexander von *Plato*, Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer Protokolle (Berlin 2002).

Alex *Pravda*, The Collapse of the Soviet Union, 1990-1991. In: Melvyn P. *Leffler* (Hg.), The Cambridge history of the Cold War. Volume III Endings, Cambridge 2010, 356-377.

Alpo M. *Rusi*, After the cold war. Europe's new political architecture (New York 1991).

Anatoli *Tschernajew*, Die letzten Jahre einer Weltmacht. Der Kreml von innen (Stuttgart 1993).

Andreas *Kappeler*, Russland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Zerfall (München 1992).

Anneli Ute *Gabanyi*, Rumänien. Anatomie einer Dauerkrise. In: Jürgen *Elvert* (Hg.), Der Umbruch in Osteuropa, Stuttgart 1993, 135-148.

Archie *Brown*, The Gorbachev revolution and the end of the Cold War. In: Melvyn P. *Leffler* (Hg.), The Cambridge history of the Cold War. Volume III Endings, Cambridge 2010, 244-266.

Assen *Ignatow*, Widerstände und Chancen für die Demokratisierung in Bulgarien. In: Jürgen *Elvert* (Hg.), Der Umbruch in Osteuropa, Stuttgart 1993, 149-161.

Ben *Fowkes*, Aufstieg und Niedergang des Kommunismus in Osteuropa (Mainz 1994).

Bernd *Bonwetsch*, Das Ende der Sowjetunion: die untragbare Bürde der Weltmacht. In: Osteuropa, 7 (1992), 551-563.

Bernd *Greiner*, Christian Th. *Müller*, Dierk *Walter* (Hg.), Krisen im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg (Hamburg 2008).

Bernd *Greiner*, Krisen im Kalten Krieg. Bilanz und Ausblick. In: Bernd *Greiner*, Christian Th. *Müller*, Dierk *Walter* (Hg.), Krisen im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg, Hamburg 2008, 7-23.

Bernd *Stöver*, Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947–1991 (München 2007).

Bierling *Stephan*, Geschichte der amerikanischen Außenpolitik. Von 1917 bis zur Gegenwart (München 2003).

Boris *Meissner*, Die Sowjetunion im Umbruch. Historische Hintergründe, Ziele und Grenzen der Reformpolitik Gorbatschows (Stuttgart 1989).

*Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien* (Hg.), Sowjetunion 1990/91. Krise – Zerfall – Neuorientierung (München/Wien 1991).

Charles *Gati*, Zur Neubewertung des ungarischen Aufstands 1956. In: Bernd *Greiner*, Christian Th. *Müller*, Dierk *Walter* (Hg.), Krisen im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg, Hamburg 2008, 127-158.

Daniel Marc *Segesser*, Der Erste Weltkrieg in globaler Perspektive (Wiesbaden 2010).

Daniela *Spenser*, Die Kubakrise 1962 und ihre Folgen für das kubanisch-sowjetische Verhältnis. In: Dierk *Walter* (Hg.), Krisen im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg, Hamburg 2008, 297-320.

Dieter *Bingen* (Hg.), Die revolutionäre Umwälzung in Mittel- und Osteuropa (Berlin 1993).

Eberhard *Fehrmann*, Frank *Neumann* (Hg.), Gorbatschow und die Folgen: Am Ende eines Zeitalters (Hamburg 1992).

Eberhard Fehrmann, Oktober 1917 bis August 1991 – Aufstieg und Fall des Historischen Idealismus. In: Frank *Neumann* (Hg.), Gorbatschow und die Folgen: Am Ende eines Zeitalters, Hamburg 1992, 97-112.

Erhard *Forndran* (Hg.), Politik nach dem Ost-West-Konflikt (Baden-Baden 1992).

Erhart *Neubert*, Erosion und Revolution in Mittelost- und Osteuropa. In: *Kleißmann* (Hg.), Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen, Berlin 2002, 237-244.

Eric *Hobsbawm*, Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts (München 1995).

Ernst *Nolte*, Deutschland und der Kalte Krieg (Stuttgart 1985).

Ernst-Otte *Czempiel*, Weltpolitik im Umbruch. Das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes (München 1991).

Ernst-Otte *Czempiel*, Mir A. *Ferdowsi*, (Hg.). Die Welt der 90er Jahre. Das Ende der Illusionen (Bonn 1995).

Frank-Detlev *Gödde*, Robert *Weiß* (Hg.), Chronik eines Zusammenbruchs. Der heiße Herbst 1989 und seine Folgen in den Ländern des Warschauer Paktes (Berlin 1990).

Frank *Hoffer*, Perestroika am Ende. In: Eberhard *Fehrmann*, Frank *Neumann* (Hg.), Gorbatschow und die Folgen: Am Ende eines Zeitalters, Hamburg 1992, 71-87.

Fred *Oldenburg*, Der Zusammenbruch des SED-Regimes und das Ende der DDR. In: Dieter *Bingen* (Hg.), Die revolutionäre Umwälzung in Mittel- und Osteuropa (Berlin 1993), 103-161.

Georg von *Rauch*, Geschichte der Sowjetunion (Stuttgart 1969).

Gerhard *Simon*, Nadja *Simon*, Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums (München 1993).

Gerhard *Wettig*, Die sowjetische Rolle beim Umsturz in der DDR und bei der Einleitung des deutschen Einigungsprozesses. In: Jürgen *Elvert* (Hg.), Der Umbruch in Osteuropa, Stuttgart 1993, 39-63.

György *Dalos*, Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa (München 2009).

Günter *Wagenlehner*, Der Systemwandel in Osteuropa und in der DDR als Folge der Perestroika. In: Dieter *Bingen* (Hg.), Die revolutionäre Umwälzung in Mittel- und Osteuropa (Berlin 1993), 7-30.

Hannes *Adomeit*, Die Wellen der Détente. Entspannungspolitik in den siebziger und achtziger Jahren. In: Dierk *Walter* (Hg.), Krisen im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg, Hamburg 2008, 215-221.

Hansgeorg *Conert*, Krise und Reform der sowjetischen Wirtschaft. In: Frank *Neumann* (Hg.), Gorbatschow und die Folgen: Am Ende eines Zeitalters, Hamburg 1992, 53-70.

Hans *Hecker*, Untergang eines Weltreiches. In: Osteuropa, 6 (1992), 465-481.

Hans-Hermann *Hertle*, Konrad H. *Jarausch*, Christoph *Kleißmann* (Hg.), Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen (Berlin 2002).

Hans-Hermann *Hertle*, Konrad H. *Jarausch*, Christoph *Kleißmann* (Hg.), Die fatale Stabilisierung. Einleitung. In: *Kleißmann* (Hg.), Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen, Berlin 2002, 9-18.

Hans-Hermann *Hertle*, Der Mauerfall. In: *Kleißmann* (Hg.), Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen, Berlin 2002, 269-284.

Hans *Lemberg*, Osteuropa, Mitteleuropa, Europa. Formen und Probleme der „Rückkehr nach Europa“. In: Jürgen *Elvert* (Hg.), Der Umbruch in Osteuropa, Stuttgart 1993, 15-28.

Harald *Neubert*, Führte der Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ zum Ende der Ost-West-Konfrontation? In: Walter *Schmidt* (Hg.), Der Ost-West-Konflikt und sein Ende. Beiträge eines Kolloquiums zum 65. Geburtstag von Karl Drechsler, Berlin 1998, 15-32.

Helmut *Altrichter*, Russland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums (München 2009).

Hermann *Weber*, DDR. Grundriss der Geschichte 1945-1990 (Hannover 1991).

Heinz *Brahm*, Voraussetzungen und Verlauf der Reformpolitik Gorbatschows. In: Jürgen *Elvert* (Hg.), Der Umbruch in Osteuropa, Stuttgart 1993, 29-37.

Jaques *Lévesque*, The East European revolutions of 1989. In: Melvyn P. *Leffler* (Hg.), The Cambridge history of the Cold War. Volume III Endings, Cambridge 2010, 311-332.

James *Burnham*, The Struggle for the World (New York 1948).

John Lewis *Gaddis*, Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte (München 2007).

John Lewis *Gaddis*, The United States and the End of the Cold War. Implications, Reconsiderations, Provocations (Oxford 1992).

John Lewis *Gaddis*, We know now. Rethinking Cold War History (Oxford 1998).

Joshua C. *Andy*, Operation „Anadyr“. Die sowjetische militärische Führung und die Kubakrise 1962. In: Dierk *Walter* (Hg.), Krisen im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg, Hamburg 2008, 321-342.

Jussi *Hanhimäki*, Odd Arne *Westad*, The Cold War. A History in Documents and Eyewitness Accounts (Oxford 2003).

Jussi *Hanhimäki*, Ironies and Turning Points: Détente in Perspective. In: Odd Arne *Westad* (Hg.), Reviewing the Cold War. Approaches, Interpretations, Theory, London 2001, 326-342.

Karl *Held* (Hg.), Von der Reform des ‚realen Sozialismus‘ zur Zerstörung der Sowjetunion. Das Lebenswerk des Michael Gorbatschow (München 1992).

Karl *Drechsler*, Wolfgang *Küttler* (Hg.), Der Ost-West-Konflikt und sein Ende: Beiträge eines Kolloquiums zum 65. Geburtstag von Karl Drechsler (Berlin 1998).

László J. *Kiss*, Warum scheiterte der „Gulaschkommunismus“? Eine Anatomie des Kádárismus. In: Jürgen *Elvert* (Hg.), Der Umbruch in Osteuropa, Stuttgart 1993, 121-134.

Leonid *Luks*, Geschichte Russlands und der Sowjetunion. Von Lenin bis Jelzin (Regensburg 2000).

Manfred *Hildemeier*, Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates (München 1998).

Marie-Pierre *Rey*, Gorbachev's New Thinking and Europe, 1985-1989. In: Frédéric *Bozo* (Hg.), Europe and the End of the Cold War. A reappraisal, London 2008, 23-35.

Mark *Kramer*, Der Aufstand in Ostdeutschland im Juni 1953. In: Bernd *Greiner*, Christian Th. *Müller*, Dierk *Walter* (Hg.), Krisen im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg, Hamburg 2008, 80-126.

Melvyn P. *Leffler* (Hg.), Odd Arne *Westad*, The Cambridge history of the Cold War. Volume III Endings (Cambridge 2010).

Michael *Beschloss*, Strobe *Talbott*, Auf höchster Ebene. Das Ende des Kalten Krieges und die Geheimdiplomatie der Supermächte 1989-1991 (Düsseldorf 1993).

Michael *Cox*, Who won the Cold War in Europe? A historiographical overview. In: Frédéric *Bozo* (Hg.), Europe and the End of the Cold War. A reappraisal, London 2008, 9-20.

Michael F. *Hopkins*, Acheson, Truman und die Entscheidung im Koreakrieg 1950. In: Bernd *Greiner*, Christian Th. *Müller*, Dierk *Walter* (Hg.), Krisen im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg, Hamburg 2008, 48-79.

Michael *Garleff*, Die Wiederherstellung der Unabhängigkeit: Die baltischen Staaten. In: Jürgen *Elvert* (Hg.), Der Umbruch in Osteuropa, Stuttgart 1993, 163-182.

Michael *Gorbatschow*, Perestroika. Die zweite Russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt (München 1987).

Michael J. *Hogan*, (Hg.), The End of the Cold War. Its Meanings and Implications (Cambridge 1992).

Michael *Lemke*, Die Berlinkrisen von 1948/49 und 1958 bis 1963. In: Bernd *Greiner*, Christian Th. *Müller*, Dierk *Walter* (Hg.), Krisen im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg, Hamburg 2008, 204-273.

Michael *Ploetz*, Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor (München 2000).

Michael *Salewski*, Jürgen *Elvert* (Hg.), Der Umbruch in Osteuropa (Stuttgart 1993).

Mir A. *Ferdowsi* (Hg.), Die Welt der 90er Jahre. Das Ende der Illusionen (Bonn 1995).

Mir A. *Ferdowsi*, Das Ende des Kalten Krieges und der Zerfall des Sowjetimperiums. Eine retrospektive Betrachtung. In: Mir A. *Ferdowsi* (Hg.), Die Welt der 90er Jahre. Das Ende der Illusionen, Bonn 1995, 11-22.

Nicholas *Guyatt*, The end of the Cold War, In: Richard H. *Immerman* (Hg.), The Oxford Handbook of the Cold War, Oxford 2013, 605-621.

Oliver *Bange*, Der Prager Frühling, Johnsons Strategie und Brandts Sonderrolle. In: Dierk *Walter* (Hg.), Krisen im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg, Hamburg 2008, 412-445.

Odd Arne *Westad* (Hg.), Reviewing the Cold War. Approaches, Interpretations, Theory (London 2001).

Olav *Njølstad*, The collapse of superpower détente, 1975-1980. In: Melvyn P. *Leffler* (Hg.), The Cambridge history of the Cold War. Volume III Endings, Cambridge 2010, 135-155.

Peter *Bender*, Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung (München 1995).

Petra *Goedde*, Richard H. *Immerman* (Hg.), The Oxford Handbook of the Cold War (Oxford 2013).

Richard *Saull*, Rethinking Theory and History in the Cold War. The State, Military Power and Social Revolution (London 2001).

Robert L. *Hutchings*, Als der Kalte Krieg zu Ende war. Ein Bericht aus dem Inneren der Macht (Berlin 1999).

Roland *Schönfeld*, Die „samtene“ Revolution. Zur politischen und wirtschaftlichen Umwälzung in der Tschechoslowakei. In: Dieter *Bingen* (Hg.), Die revolutionäre Umwälzung in Mittel- und Osteuropa (Berlin 1993), 83-102.

Rolf *Steininger*, Der Kalte Krieg (Frankfurt am Main 2003).

Simon J. *Ball*, The Cold War: An International History, 1947-1991 (London 1998).

Stefan *Karner*, Erich *Reiter* (Hg.), Gerald *Schöpfer*, Kalter Krieg. Beiträge zur Ost-West-Konfrontation 1945 bis 1990 (Graz 2002).

Stefan *Karner*, Vor dem Zerfall der Sowjetunion. Zum Ende des Kalten Krieges, Neue sowjetische Dokumente zum Umbruch 1991. In: Erich *Reiter* (Hg.), Kalter Krieg. Beiträge zur Ost-West-Konfrontation 1945 bis 1990, Graz 2002, 89-113.

Theodor *Bergmann*, Perspektiven des Sozialismus am Ende der Stalin-Ära. In: Frank *Neumann* (Hg.), Gorbatschow und die Folgen: Am Ende eines Zeitalters, Hamburg 1992, 41-52.

Vladislav *Zubok*, Die Krisen Gorbatschows und die Vereinigung Deutschlands. In: *Kießmann* (Hg.), Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen, Berlin 2002, 245-268.

Vladislav M. *Zubok*, Soviet foreign policy from détente to Gorbachev, 1975-1985. In: Melvyn P. *Leffler* (Hg.), The Cambridge history of the Cold War. Volume III Endings, Cambridge 2010, 89-111.

Vladislav M. *Zubok*, Why Did the Cold War End in 1989? Explanations of 'The Turn'. In: Odd Arne *Westad* (Hg.), Reviewing the Cold War. Approaches, Interpretations, Theory, London 2001, 343-367.

Wolfgang *Küttler*, Walter *Schmidt* (Hg.), Der Ost-West-Konflikt und sein Ende. Beiträge eines Kolloquiums zum 65. Geburtstag von Karl Drechsler (Berlin 1998).

Wolfgang *Seiffert*, Auswirkungen der deutschen Vereinigung auf Osteuropa. In: Jürgen *Evert* (Hg.), Der Umbruch in Osteuropa, Stuttgart 1993, 97-108.

Zdeněk *Sládek*, Der tschechische Realsozialismus. Seine Destabilisierung und sein Zusammenbruch. In: Jürgen *Evert* (Hg.), Der Umbruch in Osteuropa, Stuttgart 1993, 109-120.

## **Zeitungen**

Tageszeitung *Kurier*, Print Ausgabe vom 6. März 2014, Seite 9

Tageszeitung *Kurier*, Print Ausgabe vom 19. März 2014, Seite 5

## **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1: Die UdSSR und ihre 15 Teilrepubliken ..... Seite 89

Abbildung 2: Die EU-Beitritte der ehemaligen Ostblockstaaten .....Seite 105

Abbildung 3: Die 28 Mitgliedsstaaten der NATO .....Seite 106

## Abkürzungsverzeichnis<sup>411</sup>

BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSP	Bruttosozialprodukt
CIA	Central Intelligence Agency
ČSSR	Československá Socialistická Republika (Tschechoslowakische Sozialistische Republik)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ERP	European Recovery Program
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
INF	Intermediate-range Nuclear Forces
KGB	Komitet Gossudarstwennoi Besopasnosti (Komitee für Staatssicherheit)
Kominform	Kommunistisches Informationsbüro
Komintern	Kommunistische Internationale
KPČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KSE	Konventionelle Streitkräfte in Europa
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
NATO	North Atlantic Treaty Organization
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
SALT	Strategic Arms Limitation Talks
SDI	Strategic Defense Initiative (Strategische Verteidigungsinitiative)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
START	Strategic Arms Reduction Talks
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USA	United States of America
ZK	Zentralkomitee

---

<sup>411</sup> Stöver, Der Kalte Krieg, 479-486

## Lebenslauf



<b>Name</b>	Clemens Hahn
<b>Geburtsdatum</b>	Zwettl, am 19.06.1984
<b>Anschrift</b>	3911 Rappottenstein 60
<b>Telefon/e-mail</b>	Mobiltelefon: +43 699 119 60 919, clemens.hahn@hotmail.com
<b>Ausbildung</b>	<p>Lehramtsstudium für die Fächer „Bewegung und Sport; Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung“ an der Universität Wien</p> <p>Absolvierung des Studiums „Sportwissenschaft“ am Wiener Universitätssportinstitut 2009</p> <p>Von Oktober 2004 bis Juni 2006: Absolvierung des Universitätslehrganges für Sportjournalismus in Salzburg</p> <p>1998 – 2003 Bundesrealgymnasium Zwettl, Reifeprüfung wurde mit gutem Erfolg absolviert (Maturafächer: Deutsch, Englisch, Französisch, Mathematik, Spezialfach: Geschichte)</p> <p>1990 – 1998 Volks- und Hauptschule in Rappottenstein</p>
<b>Berufliche Tätigkeiten</b>	<p>Anstellung an der BHAK/BHAS Zwettl (Sondervertrag) seit September 2012 unter Mitverwendung in der NMS Rappottenstein</p> <p>Seit 2005 beschäftigt bei den Niederösterreichischen Nachrichten (Wochenzeitung für NÖ) im Sportressort</p> <p>Begleitung zahlreicher Schulen auf Wintersportwochen als ausgebildeter Ski- und Snowboardlehrer seit 2004</p> <p>Ehrenamtlicher Konditionstrainer in Sportvereinen</p>
<b>Sprachkenntnisse</b>	<p>Muttersprache: Deutsch</p> <p>Englisch: Sehr gut in Wort und Schrift</p> <p>Französisch: Gut in Wort und Schrift</p> <p>Russisch: Grundkenntnisse</p>
<b>Freizeitinteressen</b>	<p>Sport in Praxis (Tennis, Volleyball, Bergsteigen, Laufsport, Ski alpin, Snowboard) und Theorie (Beschäftigung mit Trainingslehre, Trainingsplanung und physiologischen Grundlagen), Aktivitäten mit Freunden, Lesen (geschichtliche und sportliche Fachliteratur), Musik (Schlagzeug)</p>